

Geschäftsbericht 2025

Politische Herausforderungen
in unsicheren Zeiten

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

1

Vorwort

Amtseinführung von US-Präsident Trump im Januar, Wahl zum Bundestag im Februar, Grundgesetzänderung für Verteidigung und „Sondervermögen“ im März. Das Jahr 2025 startet rasant. Krisen, Kriege und Angriffe auf die regelbasierte Weltordnung erschüttern Gewissheiten und fordern auch die politische Bildung heraus. Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) macht Angebote, um demokratiebezogene Kompetenzen zu stärken – auch angesichts der Komplexität der Ereignisse.

Ist Trump wirklich erst seit Anfang des Jahres 2025 an der Macht? Seine Politik ist nicht nur ein Anschlag auf das Zeitgefühl. Freiheit der Medien und Wissenschaft, Zugänge zur Bildung und Gesundheitsfürsorge, Minderheitenschutz und Achtung der Gewaltenteilung – der Furor des Präsidenten richtet sich gegen vieles zugleich. Auf bisher unvorstellbare Weise werden demokrati-

sche Fundamente der USA untergraben, Errungenschaften angetastet, Grundsätze gekippt.

Schlag auf Schlag geht es auch in der Außenpolitik der Regierung Trump voran. Der Auftritt von US-Vizepräsident Vance bei der Münchener Sicherheitskonferenz, der Hinauswurf des ukrainischen Präsidenten Selenskyj aus dem Weißen Haus, die von russischen Interessen geprägten Vorschläge der USA zur Beendigung des Kriegs in der Ukraine usw. – allenthalben gilt „America first“. Soll Europa doch seine Freiheit und Sicherheit selbst garantieren, so etwa lassen sich Ende 2025 Trumps Erwartungen an die transatlantischen Beziehungen zusammenfassen. Bündnis war gestern.

Mit diesen Veränderungen im multilateralen Machtgefüge ist Politik in Deutschland und Europa, ist auch politische Bildung in Baden-Württemberg konfrontiert. „Epochen-

bruch“ – mit bildhafter Wucht beschreibt Bundeskanzler Merz Ende 2025 den globalen Wandel. Sein Vorgänger Scholz hatte 2022 noch von „Zeitenwende“ gesprochen. Auch dieser Begriff ließ aufhorchen. Er steht seither für eine LpB-Gesprächsreihe zu den Facetten der sich wandelnden globalen Ordnung. Welten liegen zwischen beiden Worten. Das wird in der Rückschau umso deutlicher.

Die LpB greift die komplexen Veränderungen auf und fragt nach ihrer Bedeutung für die Demokratie. Dies geschieht in Informationsangeboten zur Lage in den USA, in der Auseinandersetzung mit den Folgen der Kriege in Gaza und der Ukraine oder auch in Formaten der politischen Medienbildung zu Desinformation in Zeiten hybrider Angriffe. „Wasserextreme als Gefahr für unsere Demokratie?“ – so lautet der Titel einer Tagung im Juli, die gemeinsam mit dem Landesbeauftragten gegen An-



LpB-Direktorin Sibylle Thelen bei der Vernetzungskonferenz „Künstliche Intelligenz in der Demokratie – Algorithmen an der Macht?“.

Foto: Franziska Kraufmann

tisemitismus Dr. Michael Blume und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart durchgeführt wird. Es geht um Ressourcen, Verteilungskonflikte und Klima – und darum, vielschichtigen Zusammenhängen nachzugehen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Vernetzung und Kooperation erweisen sich nicht nur in diesem Fall als Schlüssel zur interdisziplinären Erschließung von Komplexität. Die politische Agenda setzt 2025 eine ganze Reihe herausfordernder Themen, die von der LpB im Verbund mit unterschiedlichen Partnern bearbeitet werden – etwa zur Verfassungsresilienz der Gesellschaft, zur Demokratieförderung in der Arbeitswelt, zur Friedensbildung in der Schule. Und immer wieder kommen aktualitätsbedingt neue Herausforderungen hinzu. So wird das zehnjährige Bestehen der Servicestelle Friedensbildung im September 2025 mit einem Festakt gefeiert, bei dem die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Theresa Schopper das breite, an Schulklassen und Lehrkräfte gerichtete Angebot der Servicestelle als wertvollen Beitrag zur Demokratiebildung würdigt. Und schon wirft die Auseinandersetzung mit dem Wehrdienstgesetz, das der

Bundestag dann im Dezember beschließt, erste Schatten voraus.

Zunächst aber beginnt das Jahr 2025 für die LpB mit den Vorbereitungen der vorgezogenen Wahl zum Bundestag am 23. Februar. Der Bruch der Ampelkoalition ein knappes Jahr vor dem eigentlich vorgesehenen Wahltermin im September 2025 bedeutet für die Landeszentrale vor allem eines: Angebote aus dem Stand vorbereiten. Im Januar geht ein breites Informations- und Bildungsangebot an den Start: mit Veranstaltungen, Publikationen und einem vielfältigen digitalen Programm. Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit und an Schulen ist groß. Das zeigen die Zugriffe auf das LpB-Wahlportal **bundestagswahl-bw.de** und die Nachfrage nach Angeboten der LpB-Außenstellen.

Dank der konsequenten Unterstützung des Landtags von Baden-Württemberg können die vier Außenstellen ihre Bildungsarbeit 2025 gestärkt angehen. Nach dem Aufbau der beiden neuen Standorte in Ludwigsburg (2023) und Tübingen (2024) folgt im Laufe des Jahres der Ausbau der Teams an den vier Außenstellen. Mit vereinten Kräften erreichen sie mit ihren Angeboten

Schulen in jedem Landkreis und kooperieren mit unterschiedlichen Partnereinrichtungen vor Ort und in der Region. Vernetzung und Zusammenarbeit auch hier: „typisch LpB“.

Über die Außenstellen hinaus, für die gesamte Einrichtung zeigt der Geschäftsbericht dieses prägende Muster von Vernetzung und Zusammenarbeit auf: am Beispiel von LpB-Fachbereichen im Kontakt mit Kommunen, Migrantenvereinen, FÖJ-Einsatzstellen, Gedenkstätten usw.; am Beispiel der Kooperation mit dem Ministerium für Ernährung, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz beim Informationsangebot für Eltern zu TikTok, das einen regelrechten Ansturm auslöst; oder am Beispiel der Vernetzungskonferenz „Künstliche Intelligenz in der Demokratie – Algorithmen an der Macht?“, die Aktive aus der Bildungsarbeit zur gemeinsamen kritischen Auseinandersetzung mit dem digitalen Fortschritt einlädt.

Der Geschäftsbericht 2025 richtet seinen Blick nicht nur auf die rasante Folge der Ereignisse des Jahres, sondern auch auf die Potenziale einer demokratischen Gesellschaft, die sich den aktuellen Herausforderungen stellt. Vernetzung und Zusammenarbeit, um gemeinsam in die Handlung zu kommen – dafür braucht es in diesen von komplexen Veränderungen und kollektiver Verunsicherung geprägten Zeiten kontroverse und zugleich lösungsorientierte Diskurse. Politische Bildung kann dafür keine fertigen politischen Konzepte präsentieren. Aber sie kann Argumente sichten, Zusammenhänge aufzeigen, Menschen in den Austausch bringen und gemeinsam mit ihnen Handlungsmöglichkeiten erkunden und damit letztlich die Demokratie stärken. Anregungen dazu gibt dieser Geschäftsbericht.

Sibylle Thelen

Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 1

Politische Veränderungen nach Wahlen im In- und Ausland

Orientierungswissen in stürmischen Zeiten

Sachlich, fundiert und verständlich 5

Wählen gehen!

LpB-Angebot zur Bundestagswahl 6

Verfassungsresilienz im Fokus

Wie wehrhaft ist das Grundgesetz? 8

Verfassung unter Druck

Prof.in Dr. Daniela Winkler über die
Widerstands- und Anpassungsfähigkeit des
Grundgesetzes 10

Baden-Württemberg im Fokus

Der neue Fachbereich „Landespolitik“ 11

America First

Trumps Wahlsieg und die weltweiten Folgen
für die Demokratie 12

Mehr Frieden in Zeiten von Krieg und Krisen

10 Jahre Servicestelle Friedensbildung 14

Vernetzung in Zeiten von Spaltung und Polarisierung

Netzwerke knüpfen für die Demokratie

Die Landeszentrale unterstützt
Begegnung und Austausch 17

Demokratie-WG in Freiburg

Außenstelle und NS-Dokumentations-
zentrum unter einem Dach 18

Aus der Geschichte lernen

Julia Wolrab über die Beschäftigung mit
der NS-Vergangenheit, um die Demokratie
in Zukunft zu stärken 20

Gedenkstättenarbeit vernetzt

LpB und LAGG als Partner 21

Künstliche Intelligenz in der Demokratie

Vernetzungskonferenz in Stuttgart 24

Politische Bildung vernetzt denken

Die LpB im Digitalen 26

Orte der Begegnung

Aktions- und Infostände im ganzen Land 27

Politische Bildungsarbeit braucht Vernetzung

Das „Haus auf der Alb“ als Ort der Begegnung 28

Themenfelder der politischen Bildung

Medienkompetenz stärkt Demokratie

Politische Medienbildung
jetzt auch für Eltern 31

Nachhaltigkeit – kein Sprint, ein Marathon

Demokratie(n) in Zeiten von
Klimawandel und Extremwetter 32

Demokratie ganzheitlich denken

Demokratische Schulentwicklung in
Baden-Württemberg 34

Echte Beteiligung schafft Akzeptanz

Judith Hoffmann über die demokratische
Schulentwicklung an ihrer Schule in
Mannheim 35

80 Jahre Kriegsende

Vielfältiges Angebot zum 8. Mai 1945 36

NS-Bezüge im Landtag

Erste Ergebnisse zur Kunst liegen vor 37

Handlungsfelder der politischen Bildung

Politische Bildung für alle

Workshops am SBBZ 39

Demokratiebildung, die stärkt

Angebote zwischen Schule und Beruf 40

Geschichte und Gegenwart vernetzt

Der Schülerwettbewerb im Austausch 42

Kontrovers diskutiert: Prostitution

Fachbereich „Frauen und Politik“ aktuell 43

Extremismusprävention als dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe

Fachbereich „Team meX“ 44

Zusammen denken

Das Team des Projekts „as_ra“ über die
gemeinsame Bearbeitung von Rassismus
und Antisemitismus in Bildungskontexten 46

Unerreichte in den Fokus stellen

Fachbereich „Jugend und Politik“
beschreitet neue Wege 47

Politische Bildung im Klassenzimmer

50 Jahre „Politik & Unterricht“ 48

FÖJ: Mehr über die Natur lernen – und sich selbst

Teilnehmende erzählen 50

Sicheres Lernen in geschützten Räumen

Ein Schutzkonzept für die LpB 51

Schlaglichter 52

Die LpB in Zahlen 60

Anhang 64

Organigramm der Landeszentrale für
politische Bildung Baden-Württemberg 65

Mitglieder des Kuratoriums, weitere
Gremien der Landeszentrale und Adressen
der Zentralen für politische Bildung 66

2

Politische Veränderungen nach Wahlen im In- und Ausland

Trump bringt die regelbasierte Weltordnung ins Wanken. Antidemokratische Kräfte hierzulande und anderswo erstarken und rütteln an den Grundpfeilern der Demokratie. Diese Entwicklungen sowie die Kriege und Krisen weltweit verunsichern viele Menschen. Hier braucht es Bildungsangebote, die Orientierung bieten und Selbstwirksamkeit stärken.

Orientierungswissen in stürmischen Zeiten

Sachlich, fundiert und verständlich

Wirtschaft, Migration und internationale Konflikte – diese Themen treiben die Menschen in Deutschland Anfang 2025 um und an die Urnen. An der Neuwahl zum Bundestag am 23. Februar nehmen 82,5 Prozent der Stimmberechtigten teil. Höher lag dieser Wert zuletzt bei der Bundestagswahl 1987. Auch politische Bildung ist stark nachgefragt. Die LpB stellt Bildungs- und Informationsangebote zur Wahl und zu drängenden aktuellen Themen bereit.

Das Informationsbedürfnis vor der Wahl ist groß – bundesweit. Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung stellt zur Bundestagswahl 2025 einen Rekord auf: 26 Millionen Mal wird das Online-Tool genutzt. Auch in Baden-Württemberg lassen Zahlen auf großes Interesse schließen. Dank der Förderung des Landtags und mit Unterstützung der LpB wird die „Juniorwahl zur Bundestagswahl“ an 1.023 weiterführenden Schulen unter Beteiligung von knapp 250.000 Schüler:innen durchgeführt. Auch das ein Rekord.

Veranstaltungen, Publikationen und ein vielfältiges digitales Programm – auch das Angebot der LpB zur Bundestagswahl, das dieses Kapitel im Geschäftsbericht 2025 bündelt, ist groß. Einer der Schwerpunkte liegt auf Formaten für Gymnasien und berufsbildende Schulen. Denn anders als bei den Europa- und

Kommunalwahlen 2024 und bei den Landtagswahlen 2026, die Wählende ab 16 Jahre einbeziehen, gilt bei der Bundestagswahl bis auf Weiteres: Wahlrecht ab 18. Allerdings liegt die Wahlbeteiligung der 18- bis 20-Jährigen mit 78,8 Prozent deutlich höher als bei früheren Bundestagswahlen.

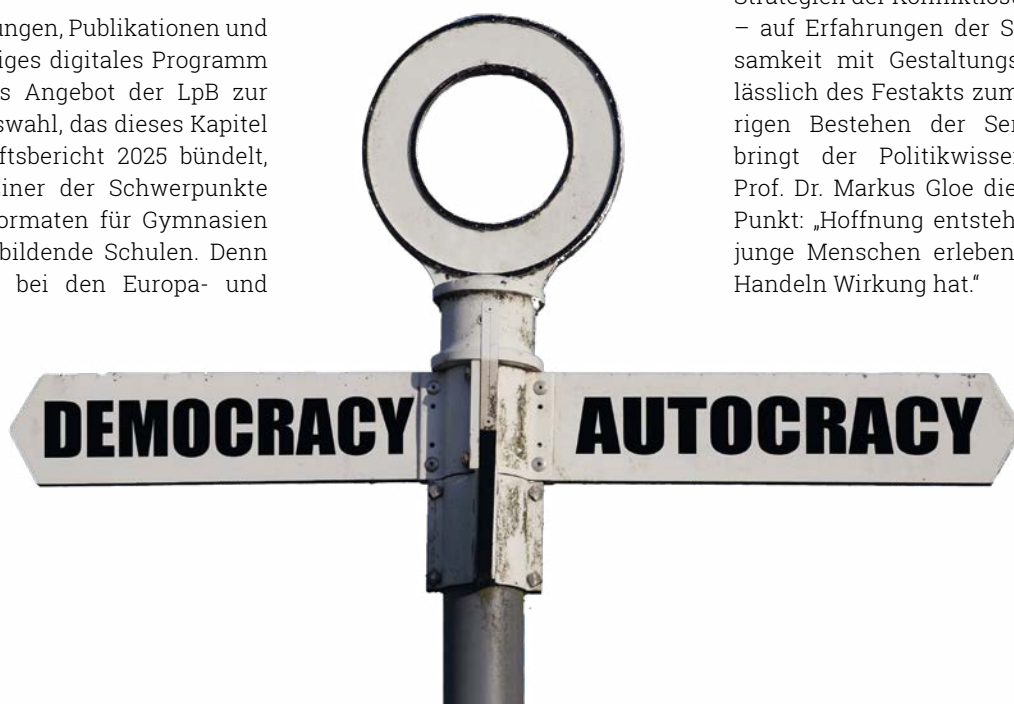
Die Bundestagswahl führt zu einem Regierungswechsel und zu neuen Machtverhältnissen im Parlament. Die demokratische Mitte ist geschwächt, die Ränder unter Einbezug radikaler und antidemokratischer Kräfte sind gestärkt. Die Konstellation wirkt sich auch auf die Themensetzung der Landeszentrale aus. Gefragt ist Orientierungs- und Kontextwissen:

- So gilt es, drängende aktuelle Fragen aufzugreifen – etwa danach, wie sich Grundgesetz und Demokratie vor ihren Feinden schützen lassen und wie „Verfassungsresilienz“, also die Wehrhaftigkeit der Grundrechte, gestärkt werden kann. Die Kooperationsveranstaltung, die wenige Wochen nach dem Bundestags-

beschluss zur Absicherung des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz zu diesem Thema stattfindet, ist Grundlage für eine Schwerpunktausgabe der Zeitschrift „Bürger & Staat“.

- So gilt es ganz allgemein, auf sachliche, fundierte und verständliche Weise eine breite Grundlage an Informationen, an Orientierungs- und Kontextwissen zu komplexen, oft auch polarisierenden Themen zur Verfügung zu stellen: zum anschwellenden Antisemitismus seit dem Angriff der Hamas auf Israel und dem Krieg in Gaza, zu den Folgen der Trump'schen Politik in den USA und zur Lage im transatlantischen Bündnis, oder auch zu drängenden landespolitischen Aufgaben, angefangen beim Wohnungsbau.

- Und so gilt es zudem, demokratiebezogene Kompetenzen zu stärken – von klein auf. Auch die Angebote der Servicestelle Friedensbildung zu den Kriegen und Konflikten dieser Welt sind stark nachgefragt. Doch der Fokus liegt insbesondere auf Angeboten der Friedensbildung, die Strategien der Konfliktlösung bieten – auf Erfahrungen der Selbstwirksamkeit mit Gestaltungsmut. Anlässlich des Festakts zum zehnjährigen Bestehen der Servicestelle bringt der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Markus Gloe dies auf den Punkt: „Hoffnung entsteht dort, wo junge Menschen erleben, dass ihr Handeln Wirkung hat.“



Wählen gehen!

LpB-Angebot zur Bundestagswahl

Für die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 stellte die LpB binnen weniger Wochen ein abwechslungsreiches Programm aus Workshops an Schulen, Veranstaltungen, Publikationen und Online-Angeboten zusammen.



Veranstaltungen

Zur Bundestagswahl führte die LpB von Januar bis März 2025 und vereinzelt danach **127** Veranstaltungen mit insgesamt **21.696** Teilnehmenden durch. Dazu gehörten Politische Tage an Schulen, Workshops für Erstwählende, E-Learning-Kurse, Vorträge, Podiumsdiskussionen mit Kandidierenden, Veranstaltungen für Menschen mit Behinderungen und Webtalks. Vor Ort waren **5.329** Teilnehmende dabei, online beteiligten sich **16.367** Personen.

Jeopardy-Quiz

Mit dem Jeopardy-Quiz „Der Kampf um die S(p)itze“ konnten sich Schulklassen Wissen über den Bundestag und zum Wahlsystem spielerisch aneignen. **1.213 Schüler:innen in 38 Veranstaltungen** nutzten dieses Angebot.

E-Learning-Kurs

Für einen Selbstlernkurs zur Bundestagswahl meldeten sich **419 Lehrkräfte** teils mit mehreren Schulklassen an.

Moderationscoaching

Eine Podiumsdiskussion mit Kandidierenden selbst moderieren – darauf wurden Jugendliche aus einem Jugendbeirat in einem Moderationscoaching intensiv vorbereitet.



Debattierwettbewerb in Kairo

Die Bundestagswahl war auch in der ägyptischen Hauptstadt Kairo Thema – und die LpB mit von der Partie. Einen Tag vor der Wahl veranstaltete das Goethe-Institut für **47 interessierte Schüler:innen** der PASCH-Schulen einen Debattierwettbewerb. Die LpB unterstützte mit einem Input zu Wahlsystem, Parteienlandschaft und Wahlkampfthemen.

Wen erreichte die LpB?

Schulklassen

Jugendliche

Erstwählende

Menschen mit
Migrationsbiografie

Menschen mit Behinderungen

Erwachsene

Soldat:innen

Auszubildende

Menschen im
Freiwilligendienst

WORKSHOPS

Workshop für Erstwähler:innen und Menschen mit Behinderungen

Infos und Antworten zur Bundestagswahl gab der Fachbereich „Jugend & Politik“ Erstwähler:innen sowie Menschen mit Behinderungen im Workshop „Lass mal wählen – aber wie geht das?“, der mehrmals in unterschiedlichen Einrichtungen stattfand.

Workshop für Soldat:innen

„Wählen, aber wie und warum?“ – mit dieser Frage beschäftigten sich rund 50 Soldat:innen der Bundeswehr Bruchsal in einem zweitägigen interaktiven Workshopformat.

EUROPA- UND MIGRATIONS- POLITIK



In Kooperation mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart setzte sich der **Fachbereich „Internationales“** in zwei Formaten – vor und nach der Bundestagswahl – mit migrationspolitischen Fragestellungen zunächst im Wahlkampf und dann nach der Regierungsbildung auseinander. Der **Fachbereich „Europa“** widmete sich in einer Online-Veranstaltung mit der VHS Winnenden der europäischen Perspektive auf die Bundestagswahl.

Wahl-Webtalks

4 Wahl-Webtalks im Januar 2025 mit insgesamt **480** Teilnehmenden bilanzierten die Parlamentsarbeit der letzten Legislaturperiode und thematisierten Wahlverhalten, Wahlkampfthemen, Koalitionsszenarien und mögliche Regierungsbildungen.

Überparteiliche Wahlparty
Mit „Prognosen, Popcorn
und Politik“ erwarteten rund

100 Gäste

am Wahlsonntag in der
Außenstelle Tübingen mit
Spannung die ersten Hoch-
rechnungen.

Digitales & Gedrucktes

Social Media

Auf ihrem Instagramkanal veröffentlichte die LpB von Dezember 2024 bis März 2025 **42 Beiträge** mit Bezug zur Bundestagswahl mit einer Gesamtreichweite von über **200.000 Aufrufen**. Zu den Formaten gehörten Pro-Contra-Posts zu verschiedenen Aspekten des Wahlrechts, ein Freitagssquiz, Beiträge zu Publikationen und Veranstaltungen, Erklärfilme, Memes sowie Infoposts mit Prognosen und Einordnungen des Wahlergebnisses nach dem Wahlsonntag. Auch Trends mit unterhaltsamen Formaten wurden aufgegriffen, z. B. ein Wahlauf Ruf in Jugendsprache.

Erklärfilme

Den Erklärfilm zur Bundestagswahl gab es nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Arabisch, Englisch, Russisch und Türkisch. Insgesamt wurde er rund **85.000 Mal** über YouTube, Instagram und andere Kanäle aufgerufen.

Zur Bundestagswahl gab es zudem **4 Erklärfilme** in Leichter Sprache.



WAHLPORTAL

Das Bundestagswahlportal
bundestagswahl-bw.de
verzeichnete im Jahr 2025
5,7 Millionen Besuche mit
12,4 Millionen Seitenzugriffen.

1,3 Millionen

Klicks auf die Übersicht
zu den Wahlprogrammen

750.000

Klicks auf die Seite
mit den Spitzenkandidierenden

Publikationen

20.000 Exemplare
der Wahlhilfe in Leichter Sprache

30.000 Exemplare
des Unterrichtsmaterials „mach's klar“

Poster zur Bundestagswahl
nach 2 Wochen vergriffen

Zeitschrift „Bürger & Staat“ eröffnet mit der Ausgabe 1/2-2025 nach der Bundestagswahl 2025 einen breit angelegten Blick auf den aktuellen Zustand der Demokratie in Deutschland.





Verfassungsresilienz im Fokus Wie wehrhaft ist das Grundgesetz?

Wie widerstandsfähig ist das Grundgesetz gegenüber seinen Feinden – und wie anpassungsfähig an künftige Krisen? Diese zentralen Zukunftsfragen der Demokratie prägten 2025 in besonderer Weise die Agenda der LpB.

Ausgangspunkt vieler Debatten war die Frage, wie „wehrhaft“ unsere Verfassung ist. Bereits 2017 hatte das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der rechtsextremen NPD abgelehnt, weil es keine realistische Aussicht auf die Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele sah. Doch wann gilt eine extremistische Partei als hinreichend „erfolgreich“? Reicht eine starke parlamentarische Präsenz – oder erst eine Regierungsbeteiligung?

Auch die Resilienz der Institutionen selbst rückte in den Fokus. Die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts wurden 2025 ausdrücklich im Grundgesetz abgesichert. Ob diese Maßnahmen ausreichen, wird weiterhin diskutiert. Hinzu kommt die

Einbettung dieser Fragen in das föderale und europäische Mehrebenensystem. Diskutiert wurden sie unter anderem auf einer gemeinsamen Tagung der LpB mit der Universität Stuttgart (Lehrstuhl Prof.in Dr. Daniela Winkler) am 10. Februar 2025, an der auch Justizministerin Marion Gentges, die Bundesverfassungsrichterin Dr. Miriam Meßling und Prof. Dr. Alexander Thiele von der BSP Business & Law School Berlin teilnahmen.

„Die moderne, wehrhafte Demokratie zieht genau da die Grenze des Sag- und Machbaren, wo es um die gleiche politische Freiheit aller geht.“

Prof. Dr. Alexander Thiele, BSP
Business & Law School Berlin

Im Zentrum stand dabei der Begriff der Verfassungsresilienz: die Fähigkeit des Grundgesetzes, Angriffe auf die freiheitlich-demokratische

Grundordnung abzuwehren – und zugleich offen zu bleiben für gesellschaftlichen, politischen und globalen Wandel. Bereits zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes im Jahr 2024 hatten diese Fragen an Aktualität gewonnen. Dabei geht es nicht allein um Verfassungsnormen, sondern um das Zusammenspiel von Gerichten, Parlamenten, Verwaltung und Sicherheitsbehörden – und um die Grenzen staatlicher Selbstverteidigung in einer offenen Gesellschaft. Dazu Alexander Thiele: „Die moderne, wehrhafte Demokratie zieht genau da die Grenze des Sag- und Machbaren, wo es um die gleiche politische Freiheit aller geht.“ Der Tagung vorgelagert war eine Fortbildung zu dem auch für die schulische Bildung relevanten Thema für rund 100 Lehrkräfte in Kooperation mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL).

Aktuelle Entwicklungen unterstreichen die Brisanz des Themas. Eine Pilotstudie zur Wehrhaftigkeit demokratischer Strukturen in Thürin-

gen gewann mit der Neukonstituierung des Landtags im September 2024 besondere Bedeutung. Der Bundesrat legte 2025 Empfehlungen zur Absicherung des Bundesverfassungsgerichts vor. Bereits zuvor hatten Verfassungsschutzbehörden mit neuen Beobachtungskategorien auf staatsfeindliche Bestrebungen reagiert.

Gleichzeitig bleibt die Abwägung heikel: Wo endet legitimer Schutz der Demokratie, wo beginnt die Einschränkung individueller Freiheit? Lässt sich Verfassungstreue einfordern – oder muss sie gesellschaftlich gelernt und gelebt werden? Spannende Fragen, mit denen sich die LpB auch in Zukunft auseinandersetzen wird.



Im Gespräch über die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie (v. l.): Justizministerin Marion Gentges, Bundesverfassungsrichterin Dr. Miriam Meßling und Moderator Prof. Dr. Felix Heidenreich (nicht auf dem Foto: Prof. Dr. Alexander Thiele, Berlin).

Verfassungsresilienz – Handlungsfähigkeit und Wehrhaftigkeit des Grundgesetzes

Bürger & Staat 3/2025

Wie gut ist das Grundgesetz vor Angriffen geschützt? Dieser Frage geht die Ausgabe der Zeitschrift „Bürger & Staat 3/2025“ mit dem prägnanten Titel „Verfassungsresilienz“ in acht wissenschaftlichen Beiträgen nach. Die Aufsätze zeichnen die historische Entwicklung von Verfassungsresilienz und wehrhafter Demokratie in Deutschland nach, knüpfen aber auch an aktuelle Diskussionen an. Sie fragen nach Verfassungsresilienz angesichts von Klimakrise und digitaler Transformation. Gegenstand einer eigenen Untersuchung ist die Verfassungsgerichtsbarkeit „zwischen formalisierter Rechtspolitik und demokratischer Praxis“.

Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheits- und Abwehrrechten wird in einem Aufsatz über „Parteiverbot und Grundrechtsverwirkung“ diskutiert. Und auch die freiheitlich-demokratische Resilienz auf Landesebene greift das Heft auf –

im Blick auf Landesparlamente, Landesbehörden und Landesverfassungsgerichte. Schließlich wird „Verfassungstreue“ thematisiert: als Leitbild und Dienstpflicht bei Beamten und weiteren öffentlich Bediensteten wie auch als Erziehungsauftrag für Schulen und Bildungseinrichtungen.

Weitere Ausgaben der Zeitschrift „Bürger & Staat“:
www.buergerundstaat.de



Verfassung unter Druck

Prof.in Dr. Daniela Winkler über die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit des Grundgesetzes



Prof.in Dr. Daniela Winkler

Foto: privat

Dr. Daniela Winkler ist Geschäftsführende Direktorin und Professorin am Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht, Abteilung Rechtswissenschaft, an der Universität Stuttgart. Im Februar 2025 hat ihr Lehrstuhl zusammen mit der LpB die Tagung „Verfassungsresilienz“ organisiert. Wir haben mit ihr das Thema vertieft.

Frau Professorin Winkler, ist das Bundesverfassungsgericht ein besonderer „Resilienzfaktor“ bei der Stabilisierung der Demokratie?

Daniela Winkler | Ein resilientes System ist sowohl stabil als auch (in den Grenzen seiner identitätsbildenden Strukturen) anpassungsfähig. Von einer resilienten Demokratie sprechen wir daher, wenn sie genug Festigkeit besitzt, um äußeren und inneren Anfeindungen zu widerstehen, und gleichzeitig im Austausch mit äußeren und inneren Impulsen steht. In diesem Sinne stärkt das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) – trotz seiner komplexen Rolle im Verfassungsfüge – bislang die Resilienz der grundgesetzlichen Demokratie. Es entschei-

det verbindlich über die Auslegung des Grundgesetzes und gewährleistet hierdurch Rechtssicherheit. Indem das BVerfG die Verfassung fortentwickelt (etwa in Ableitung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung), trägt es zu seiner Anpassungsfähigkeit an geänderte Lebensbedingungen bei. Zugleich trifft es für die Wehrhaftigkeit des Grundgesetzes wesentliche Entscheidungen (etwa über Parteiverbote und Grundrechtsverwirkungen) und wahrt hierdurch die freiheitlich-demokratische Grundordnung als identitätsstiftenden Kern der Verfassung.

2024 wurden erste Maßnahmen ergriffen, um die Widerstandsfähigkeit des Grundgesetzes zu stärken. Genügt das aus Ihrer Sicht oder sind weitere Schritte nötig?

Daniela Winkler | Mit Änderung des Art. 93 GG im Jahre 2024 wurden die Stellung des BVerfG als Verfassungsorgan und dessen Gliederung in zwei Senate verfassungsrechtlich niedergelegt, um die Unabhängigkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit zu stärken. Nicht umgesetzt wurde die Einführung eines qualifizierten Mehrheitserfordernisses bei der Wahl der Bundesverfassungsrichter:innen. Dies ist der Erkenntnis geschuldet, dass formale Vorgaben ihre Wirkung auch in ihr Gegenteil verkehren können. So sollen qualifizierte Mehrheiten den demokratischen Konsens jenseits extremer Parteien sichern. Sie können jedoch jenen Parteien zugleich einen Vetohebel an die Hand geben, mit dem künftige Wahlen von Verfassungsrichtern blockiert werden und damit letztlich das Gericht handlungsunfähig gemacht wird. Bereits dieses Beispiel zeigt, dass

die Widerstandsfähigkeit des Grundgesetzes nicht nur formal gedacht werden darf, da auch die beste formale Absicherung ausgehöhlt werden kann. Die Widerstandsfähigkeit des Grundgesetzes muss daher immer auch Elemente wie Vertrauen in die und Akzeptanz der Verfassungsordnung umfassen. Solche Inhalte sind allerdings nicht durch Verfassungsänderungen erzwingbar, sondern bedürfen der steten Annäherung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs.

In die Zukunft gedacht: Brauchen wir eine „Modernisierung“ des Grundgesetzes angesichts grundlegender neuer Herausforderungen?

Daniela Winkler | Das Grundgesetz ist die historische Antwort auf die nationalsozialistische Willkürherrschaft. Es erschöpft sich jedoch nicht nur hierin, sondern nimmt zugleich in Anspruch, Grundlage einer freiheitlichen und demokratischen Verfassungsordnung und damit Gestaltungsinstrument der jeweiligen Zukunft zu sein. Seit seinem Entstehungszeitpunkt beobachtbare Veränderungen der realen Lebensumstände vermochte das Grundgesetz immer gut zu bewältigen. Auch im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung schien es daher keine Notwendigkeit zu geben, eine neue gesamtdeutsche Verfassung zu schaffen. Gegenwärtig stellen jedoch nicht zuletzt Klimakrise und technologischer Fortschritt hohe Anforderungen auf, bei deren Bewältigung sich das Grundgesetz bewähren muss. Auch wenn es über die hierzu notwendigen Instrumente verfügt, wird sich die Resilienz des Grundgesetzes erst in der Zukunft zeigen.

Baden-Württemberg im Fokus

Der neue Fachbereich „Landespolitik“



Landespolitische Themen spielen schon seit Gründung der Landeszentrale eine wichtige Rolle im Programm: punktuell in vielen Fachbereichen und natürlich in den Außenstellen, etwa zu Wahlen. Darüber hinaus beschäftigen sich zahlreiche Publikationen mit dem Bundesland. Seit April 2024 hat die LpB nun einen eigenen Fachbereich „Landespolitik“.

Ein Schwerpunkt des Fachbereichs in 2025 war die Konzeption neuer Veranstaltungsformate. So ist es Ziel der initiierten Reihe „Position beziehen – Landespolitik kontrovers“, Politiker:innen mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Forschung ins Gespräch zu bringen. Es fanden zwei Veranstaltungen zu Bildungs- und Wohnungspolitik statt, zu Fragen also, die Menschen im Land bewegen und auf die die Landespolitik wesentlichen Einfluss nehmen kann. Zugleich möchte der Fachbereich Menschen die Möglichkeit bieten, hinter die Kulissen des politischen Geschehens zu blicken. So konnten Interessierte in der Reihe „Landespolitik vor Ort“ z. B. der Villa Reitzenstein, dem Sitz des Ministerpräsidenten, einen Besuch abstatten.

Doch reichen die Aktivitäten des Fachbereichs über die Landeshauptstadt hinaus: Bei mehreren Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung „Die Neue Sachlichkeit“ in der Kunsthalle Mannheim hat die LpB zusammen mit dem Leibniz-Institut für Deutsche Sprache der Univer-

sität Mannheim Malerei, Sprache, Geschichte und politische Bildung zusammengedacht.

Das Ziel, auch in ländlichen Gebieten vertreten zu sein, wurde besonders mit Blick auf die Landtagswahl 2026 verfolgt. Zusammen mit den Volkshochschulen vor Ort, dem Volkshochschulverband des Landes und der Reportageschule Reutlingen fanden in neun ländlichen Gemeinden Wahlforen statt, bei denen sich die Wähler:innen einen Eindruck von ihren Kandidierenden verschaffen konnten. Neben weiteren kleineren Formaten wird sich eine Tagung im Herbst 2026 zusammen mit dem Fachbereich „Bürger & Staat“ mit dem Wahlergebnis auseinandersetzen und gleichzeitig aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Regierungszeit von Winfried Kretschmann zurückblicken.

Udenkbar ist, dass politische Bildung heute nur im analogen Raum – sozusagen offline – stattfindet. Daher wurde in 2025 das neue Online-Portal landespolitik-bw.de freigeschaltet, das nun nach und nach

mit Inhalten gefüllt wird. Mittelfristig soll es ein verlässliches Nachschlagewerk zu landespolitischen Themen werden. Zusammen mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg und dem LpB-Fachbereich „Medienpädagogik“ gibt es Landespolitik auch zum Hören – mit dem Podcast „Tatort Baden-Württemberg“. Die erste, fünfteilige Staffel „Chronik des Terrors“ nahm den 50. Jahrestag des Stammheim-Prozesses gegen RAF-Terrorist:innen zum Anlass, um weniger bekannte Orte im Land vorzustellen, an denen aus unterschiedlichen Motiven heraus terroristische Anschläge verübt wurden. Die zweite Staffel „Chronik radikaler Parteien“ beschäftigt sich mit extremen Parteien im Land und schlägt dabei einen Bogen von den 50er-Jahren bis in die heutige Zeit.

Für die Zukunft ist geplant, die Reihen „Kontrovers“ und „Landespolitik vor Ort“ fortzuführen. Weiterhin nimmt der Fachbereich in Kooperation mit der Stiftung Recht das Bundesverfassungsgericht in den Blick, das seinen Sitz in Karlsruhe hat. Dem Komplex „Gefühle und Politik“ sowie aktuellen wirtschaftlichen Fragen werden in Kooperation mit anderen Fachbereichen weitere Veranstaltungsreihen gewidmet. Schließlich ist der Fachbereich dann auch mit einem „Offenen Seminar“ im „Haus auf der Alb“ präsent, bei dem es um eine klassische Frage der politischen Bildung gehen wird: Welche Rolle hat eigentlich ein Bundesland? 2027 wird es ein erstes länderübergreifendes Seminar zum Thema „Nachhaltiges Bauen und Denkmalschutz“ mit der Schwabenakademie Irsee geben und zugleich steht in diesem Jahr mit dem Landesjubiläum ein weiterer großer Anlass vor der Tür.



America First Trumps Wahlsieg und die weltweiten Folgen für die Demokratie

2025 hat gezeigt: Nach seiner Wiederwahl will Donald Trump die USA und die Welt nach seinen Vorstellungen und dem Motto „America First“ verändern – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Das bringt die regelbasierte Weltordnung ins Wanken und stärkt national wie international autoritäre und demokratiefeindliche Kräfte. Für ein besseres Verständnis dieser komplexen Entwicklungen braucht es Information und Einordnung – dieser Aufgabe nahm sich die LpB mit Veranstaltungen und Publikationen an.

Mit dem Amtsantritt Donald Trumps am 20. Januar 2025 kehrt ein Politikstil zurück, der globale Machtverhältnisse bewusst neu justiert. „America First“ – unter diesem Motto setzt die US-Regierung erneut auf nationale Interessen, Konfrontation und politische Alleingänge. Die globale Verdichtung von Krisen zu einer wahrnehmbaren „Polykrise“ – mit Konflikten, Kriegen und Gewalt in Europa, Afrika und dem Nahen Osten, wirtschaftlichen Verwerfungen und der Klimakrise – wird so noch einmal verschärft. Die bereits im Herbst 2024 gestartete Vortragsreihe „USA auf der Kippe?! – Blicke über den Atlantik“ in Kooperation mit der Württembergischen Landesbibliothek griff zentrale politische Entwicklungen in den Vereinigten

Staaten auf und ordnete sie im Lichte der Präsidentschaftswahl und der erneuten Wahl Donald Trumps ein. Die im Jahr 2025 durchgeführten Vorträge nahmen insbesondere die US-amerikanische Wirtschaftspolitik und parteipolitische Vorbedingungen in den Blick und diskutierten deren Auswirkungen auf Demokratie, soziale Kohäsion und transatlantische Beziehungen.

Innenpolitisch verstärkten sich in den USA Debatten über den Zustand der Demokratie, den Umgang mit Gewaltenteilung sowie den Abbau sozial- und rechtsstaatlicher Sicherungen. Um hier Einordnung zu ermöglichen, setzte der Fachbereich „Europa und Internationales“ die Vortragsreihe „We the People“ mit dem Deutsch-Amerikanischen Institut Tübingen um. Im Zentrum standen verfassungs- und institutionenpolitische Spannungen in den USA, insbesondere die Frage nach der Gewaltenteilung und konservative Reformvorhaben gegenüber dem Staatsapparat. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der außenpolitischen Neuorientierung der USA – zwischen machtpolitischem Anspruch, geopolitischer Strategie und dem Umgang mit Bündnissen. Die wirtschaftspolitischen Leitlinien der Administration (u. a. Zoll- und Protektionismusdebatte) und ihre Effekte auf Handel und Konjunktur

wurden hier ebenso behandelt wie der wachsende Einfluss großer Tech-Unternehmen.

Besonders greifbar wurde diese Neuorientierung in der Handelspolitik. Hohe US-Zölle – sowohl gegenüber etablierten Handelspartnern als auch Konkurrenten auf dem Weltmarkt – führten 2025 zu einer Umlenkung globaler Warenströme und entsprechenden Kettenreaktionen auf dem Weltmarkt. Chinesische Produkte etwa, die auf dem US-Markt teilweise Zollsteigerungen von 125 Prozent erlebten, wurden umgelenkt und landeten in Europa, wodurch europäische Unternehmen wiederum unter Druck gerieten. Um hierzu fachliche Orientierung und didaktisch-pädagogische Zugänge zu bieten, bot der Fachbereich „Europa und Internationales“ den E-Learning-Kurs „China-Kompetenz. Einführung in die politische Auseinandersetzung“ in Kooperation mit dem Linden-Museum Stuttgart an. Anschließend wurde der Aufbauworkshop „China-Plus. China-Kompetenz für Fortgeschrittene“ in Zusammenarbeit mit dem China-Netzwerk Baden-Württemberg im „Haus auf der Alb“ umgesetzt und vertiefte die Kompetenzen anhand konkreter Themen aus Wirtschaft und Umwelt, Ideologie, politischer Kultur sowie Digitalisierung und den Beziehungen zwischen China

und Baden-Württemberg. Flankiert wurde der Schwerpunkt durch das schulbezogene Format „China im Unterricht: Kompetent. Kritisch. Kontrovers.“ sowie dem jährlich stattfindenden China-Talk unter dem diesjährigen Leitmotiv „Identität, Kontrolle und Erinnerungskultur“.

Neben den USA und China nahm der Fachbereich aber auch Entwicklungen in europäischen Nachbarländern in den Blick. So befasste sich ein Online-Vortrag in der Reihe „Zeitenwende im Gespräch“ in Kooperation mit der Volkshochschule Winnenden mit der turbulenten Präsidentschaftswahl in Rumänien. Unter dem Titel „Rumänien: Mit TikTok gegen die NATO“ wurde der Frage nachgegangen, was an der These dran sei, dass Russland mithilfe von Social Media eine europäische Präsidentschaftswahl massiv

beeinflussen konnte und ob das auch in anderen EU-Staaten möglich sei.

Um die Verwerfungen der transatlantischen Wirtschaftspolitik ebenso wie die zunehmende Verdichtung autoritärer Politik weltweit aufzugreifen, hat die Landeszentrale mehrere ZpB-Sonderausgaben in ihr Programm aufgenommen. Werner Plumpe analysiert in „Gefährliche Rivalitäten“ die historischen und aktuellen Logiken von Wirtschafts- und Handelskonflikten. Anne Applebaum untersucht in „Die Achse der Autokraten“ den Aufstieg und die Vernetzung autoritärer Regime unter dem Einfluss „starker“ Männer von Wladimir Putin bis Xi Jinping. Ergänzend bieten Andreas Speit („Autoritäre Rebellion“) und Richard Stöss („Der rechte Rand Europas“) Innenperspektiven (vor-)politischer rechter Räume in Europa.

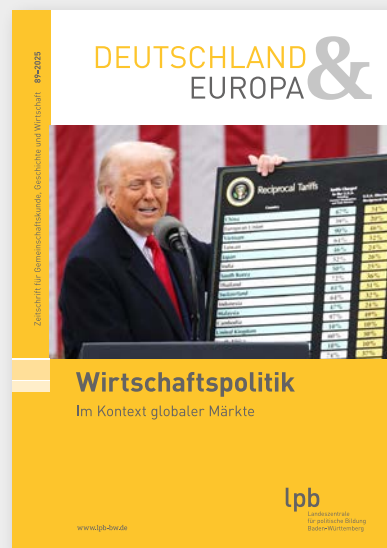


Prof. Dr. Tim Krieger von der Universität Freiburg stellt in seinem Vortrag „Big and Beautiful?“ die US-Wirtschaftspolitik auf den Prüfstand.

Foto: d.a.i. Tübingen



Aufbauworkshop „China-Plus. China-Kompetenz für Fortgeschrittene“ in Zusammenarbeit mit dem China-Netzwerk Baden-Württemberg im „Haus auf der Alb“.



Wirtschaftspolitik im Kontext globaler Märkte Deutschland & Europa 89-2025

Als Donald Trump Anfang April 2025 Strafzölle ankündigte, wurden Handelspartner über Nacht zu Gegnern erklärt, Lieferketten ins Wanken gebracht und jahrzehnte-lange Regeln infrage gestellt.

Heft 89 der Zeitschrift „Deutschland & Europa“ widmet sich den aktuellen Umbrüchen der globalen Wirtschaftsordnung und zeigt, wie eng internationale Handelsbeziehungen, politische Machtverschiebungen und der Aufstieg populistischer Bewegungen miteinander verknüpft sind. Es greift dabei zugleich drängende Fragen der Wirtschaftspolitik mit ihren grundlegenden Aspekten von Verteilung, Teilhabe und demokratischer Steuerung auf.

Weitere Ausgaben der Zeitschrift
„Deutschland & Europa“
gibt es unter
www.deutschlandundeuropa.de



Mehr Frieden in Zeiten von Krieg und Krisen

10 Jahre Servicestelle Friedensbildung

HOFFUNG ENTSTEHT, WENN MAN SIEHT,
DASS HANDELN WIRKUNG HAT



Illustration:
Jai Wanigesinghe

Im August 2015 nahm die Servicestelle Friedensbildung ihre Arbeit auf. Grundlage ist die mittlerweile von 19 (halb-)staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die den Beirat bilden, unterzeichnete „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an baden-württembergischen Schulen“. Träger sind das Ministerium für Kultus, die Berghof Foundation und die LpB. Seither hat sich in Baden-Württemberg und weltweit viel bewegt – mit Blick auf Kriege, Gewalt, aber auch Frieden!



Am Nachmittag der Veranstaltung gewährte das Team der Servicestelle kurzweilige Einblicke in seine Arbeit in kleinen Workshops. Eine Living Library und eine Zukunftslounge komplettierten das Programm. Beim Festakt am Abend sprach Kultusministerin Theresa Schopper. Sie hob die große Bedeutung der Servicestelle für die Schulen hervor. Mit ihren umfassenden Angeboten zu herausfordernden Themen unserer Zeit sei sie zentrale Beratungsstelle und „Ankerpunkt“ für alle Lehrkräfte. Prof. Dr. Markus Gloe von der Universität München erinnerte in seiner Keynote daran, dass Jugendliche heute in einer Realität aufwachsen, die von vielfältigen und sich überlagernden Krisen geprägt ist. Unsicherheiten seien nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Dies wirke sich auch auf die

pädagogische Arbeit von Lehrkräften aus. Wichtig sei, dass Schüler:innen nicht nur lernen, Unsicherheiten auszuhalten, sondern darin bestärkt werden, ihre Zukunft zu gestalten und Selbstwirksamkeit dabei erfahren. Die Servicestelle mit ihren friedenspädagogischen Ansätzen leiste genau das und werde künftig noch mehr gefordert sein – dies lassen die Entwicklungen der letzten zehn Jahre vermuten und war auch Ergebnis der Gesprächsrunde auf dem Podium aus Vertreter:innen der Modellschulen, Träger und Beiräte. Eine ausführliche Dokumentation findet sich auf der Webseite der Servicestelle.

Auftrag und Anspruch der Servicestelle ist es, passgenaue Angebote zu Bedarfen von Lehrkräften aller Fächer und Schulformen in An-

Was für ein Fest! – Am 30. September 2025 feierte die Servicestelle mit über 100 Gästen im Hospitalhof Stuttgart ihr Zehnjähriges. Begonnen hat sie als Projekt, finanziert aus Haushaltsmitteln des Kultusministeriums zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung in den Schulen. Seit 2018 sind Finanzierung und Personalstellen im Haushaltsplan des Landtags verstetigt und wurden kontinuierlich ausgebaut – eine Bestätigung für die Arbeit der Servicestelle und ein Zeichen von großer Unterstützung und Vertrauen ihrer Netzwerke und Träger.



Einblicke in den Grundschulworkshop „Von Eseln und Eisbergen“.

Foto: Rainer Kwiotek



Prof. Uli Jäger, Berghof Foundation, und Klaus Pfisterer, DFG-VK LV Baden-Württemberg, erklären bei der abendlichen Gesprächsrunde, dass die Geschichte der Servicestelle eigentlich schon weit vor 2015 begonnen hat.

Foto: Rainer Kwiotek

knüpfung an die Bildungspläne zu machen. Da liegt es nahe, dass sich die Themen ihrer Materialien, Veranstaltungen und Workshops wie eine Chronik der vergangenen zehn Jahre lesen.

Die ersten Lehrkräftefortbildungen fanden 2016/2017 an den damaligen Landesakademien für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen zu den Themen „Krieg und Flucht im Unterricht“ sowie „IS und Radikalisierung von Jugendlichen“ statt. Unter dem Eindruck des Syrien-Kriegs, gefolgt von der großen Zahl flüchtender Menschen, die nach Deutschland kamen, waren diese stark nachgefragt.

2017 erschien die erste Ausgabe der didaktischen Handreichung „Friedensbildung AKTUELL“ zum Thema „Friedensbildung in einer Welt voller Gewalt. Wie kann eine nachhaltig gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten global gelingen?“.

2018 jährte sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal. „Verführung zu Krieg, Gewalt und Hass oder Bildung für den Frieden?!“ wurde Leitmotiv für Lernmedien und ergänzende Lernsettings. Eine Ausgabe von „Friedensbildung AKTUELL“ widmete sich dem Thema unter dem Titel „Propaganda stört den Frieden. Und zwar gewaltig!“. In Rückkopplung mit Lehrkräften und

Erprobung im Unterricht wurde das Bilderset „Menschen im Krieg – Menschen gegen Krieg“ mit 40 Fotos für den Frieden und didaktischer Begleitbroschüre erarbeitet, welches 2020 erschien.

„Mit der veränderten geopolitischen Lage und mit den Bedrohungen für unsere Demokratie wachsen auch die Aufgaben und Herausforderungen für die Friedensbildung.“

Theresa Schopper,
Kultusministerin von BW

2019 starteten die ersten fünf Schulen in die Pilotphase als „Modellschulen Friedensbildung“. Gemeinsam mit der Servicestelle galt es, einen Weg hin zur Stärkung einer „Kultur des Friedens“ an Schulen zu erkunden. 2025 gibt es bereits acht Schulen und ein erprobtes Konzept, welches fortan mit Erfahrungen und Leben gefüllt wird.

Die Corona-Pandemie sorgte auch in der Servicestelle für die Entwicklung neuer Online-Angebote. Ein praxisorientierter E-Learning-Kurs zu Grundlagen der Friedensbildung wurde optimiert und findet heute regelmäßig als Fortbildung im ZSL-Portfolio statt. Das Online-Forum

„Lehrkräfte für Friedensbildung“ greift aktuelle Themen auf und dient der Vernetzung untereinander.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und der Überfall der Hamas auf Israel im Oktober 2023 sorgten für eine signifikante Steigerung von Anfragen an die Servicestelle sowie Zugriffe auf ihre Webseite. Mit Formaten wie dem „Szenario-Workshop zur Zukunft der Ukraine“ und dem empathieorientierten Workshop „Wie nah geht uns Nahost?“ zum Israel-Palästina-Konflikt reagierte die Servicestelle darauf. Zudem können Lehrkräfte seit 2022 eine stetig wachsende Anzahl von Konfliktanalysen aus zahlreichen Weltregionen – auch in Leichter Sprache und in Englisch, Französisch und Spanisch für den Fremdsprachenunterricht – auf der Website abrufen.

2024 hat die Zahl der Kriege und Konflikte weltweit seit 1946 einen neuen Höchststand erreicht. Folgen des globalen Klimawandels spielen dabei eine wichtige Rolle. Das Planspiel „Zwischen Wassermangel und bewaffnetem Widerstand: Frieden für Aridora?“, das internationale Friedensprozesse im Klassenzimmer erlebbar macht, greift dieses Thema auf, ebenso wie die Ausgabe „Klimawandel, Krieg und Frieden“ der Reihe „Friedensbildung AKTUELL“.

Mit ihrem achtköpfigen Team an zwei LpB-Standorten (Bad Urach und Ludwigsburg) sowie in Tübingen bei der Berghof Foundation, zahlreichen freien Mitarbeiter:innen und Praktikant:innen sorgt die Servicestelle für eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung der Friedensbildung im Land. Stets unterstützt, beraten und begleitet wird sie von Steuerungsgruppe und Beirat.

Die Themen und Herausforderungen werden der Servicestelle auch in den nächsten zehn Jahren nicht ausgehen, immer mit Fokus auf Friedenspotenziale und der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten.

3

Vernetzung in Zeiten von Spaltung und Polarisierung

Ob in den vier Regierungsbezirken, zwischen den Gedenkstätten im Land, in digitalen Räumen oder vor Ort bei Aktions- und Infoständen – eine zentrale Aufgabe der Landeszentrale ist die Vernetzung im Land. 2025 ließ die LpB mit der Vernetzungskonferenz eine Tradition wieder aufleben. Das Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ bietet für die Bildungsarbeit einen einzigartigen Ort der Begegnung.

Netzwerke knüpfen für die Demokratie

Die Landeszentrale unterstützt Begegnung und Austausch

Seit Gründungszeiten hat die Landeszentrale für politische Bildung den Auftrag, die Zusammenarbeit unterschiedlicher Träger der politischen Bildung zu unterstützen. An ihren sechs Standorten im Land kommt die LpB dieser Aufgabe auf überparteilicher Grundlage nach. Als staatliche Einrichtung ist sie nicht nur gut verwurzelt im Land, sondern auch weit vernetzt in der Zivilgesellschaft. Politische Bildung trägt auf diese Weise dazu bei, Austausch und Begegnung zu ermöglichen, um demokratischen Zusammenhalt zu stärken.

„Willkommen in der Demokratie-WG!“ Mit diesen einladenden Worten öffnet im März 2025 ein deutschlandweit einzigartiges Projekt seine Türen. Das neu gegründete Dokumentationszentrum Nationalsozialismus Freiburg und die LpB-Außenstelle Freiburg feiern ihren Einzug ins geschichtsträchtige Rotteckhaus. Beide Einrichtungen geben Einblicke in ihre historisch-politische und regionale politische Bildungsarbeit und zeigen, was für ein Potenzial die Zusammenarbeit unter einem Dach hat.

Kooperation und Vernetzung – den Auftrag der LpB, die Zusammenarbeit unterschiedlicher staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Organisationen zu unterstützen, kann die Außenstelle Freiburg an ihrem neuen Standort wirkungsvoll umsetzen. Die Bekanntmachung über die Errichtung der LpB sieht nicht nur die Zusammenarbeit der Außenstellen in der Fläche vor. In der Bekanntmachung heißt es ganz grundsätzlich, die Landeszentrale habe „auf die Zusammenarbeit der mit der Förderung der politischen

staatlichen Stellen hinzuwirken“ und „die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger der politischen Bildung in Baden-Württemberg zu fördern“.

Dezentralität und Vernetzung – auch dieses Begriffspaar steht für den Auftrag der Landeszentrale. Er ist eingeschrieben in ihr Selbstverständnis seit der Gründung 1972. Anknüpfend an ihre Vorgeschichte, an die dezentral aufgestellte Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat e.V.“, wurde in jedem Regierungsbezirk eine Außenstelle eingerichtet. Auf diese Tradition baut die LpB heute mit ihren Standorten Freiburg, Heidelberg, Ludwigsburg und Tübingen auf. Sie kooperieren mit Schulen und anderen Bildungsträgern, mit gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und Verbänden, mit Gemeinden und Landkreisen und vielen anderen öffentlichen Einrichtungen im jeweiligen Landesteil.

Dieses Kapitel im Geschäftsbericht spürt der überparteilichen Vernetzungsarbeit der Landeszentrale nach. Ausgehend von den Außenstellen, aber auch von ihrem Hauptsitz in Stuttgart, legt sich ein dichtes, vielschichtiges und lebendiges

Netz der Verbindungen über das gesamte Land. Das LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach ist in diesem Beziehungsgeflecht eine einzigartige Plattform zur Vernetzung. In dem denkmalgeschützten, seit 2025 vollständig sanierten Tagungshaus kommen Aktive der politischen Bildung, Vertreter:innen von Institutionen sowie Engagierte der Zivilgesellschaft zusammen, so auch die Mitarbeitenden der Gedenkstätten im Land.

Auf diese Weise erreicht die LpB mit ihren Angeboten unterschiedliche Zielgruppen. Mehr noch, auf diese Weise erfährt demokratiestärkendes Engagement vielfältige Unterstützung. Das Verbindende wird gestärkt, auch angesichts spalterischer Debatten. In einer Zeit, in der nicht nur die Demokratie unter Druck steht, sondern auch Menschen unter Druck gesetzt werden, die sich für Demokratie einsetzen, braucht es solche Netzwerke mehr denn je. Sie geben Rückhalt. Sie sind offen für neue Mitstreiter:innen und Mitstreiter. Und sie ermöglichen in einer „Gesellschaft der Singularitäten“ die Begegnung einander unvertrauter Menschen. Demokratischer Zusammenhalt muss immer wieder aufs Neue erarbeitet werden.





Demokratie-WG in Freiburg Außenstelle und NS-Dokumentations- zentrum unter einem Dach

Die Außenstelle Freiburg und das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus sind künftig gemeinsam im Rotteckhaus in der Freiburger Innenstadt beheimatet. So lässt sich in der neuen „Demokratie-WG“ politische und historisch-politische Bildung räumlich und inhaltlich vernetzt gestalten.

Nach über zwanzig Jahren in der Bertoldstraße 55 ist die Freiburger Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) Anfang 2025 in neue Räume in der Rathausgasse 33 umgezogen – zentral gelegen im traditionsreichen Rotteckhaus und noch sichtbarer in der Freiburger Innenstadt. Dem Umzug ging eine rund siebenjährige Planungs- und Vorbereitungsphase voraus – geprägt von intensiven Konzeptentwicklungen, politischen Abstimmungen und nicht zuletzt komplexen Finanzverhandlungen. In den neuen Räumen können noch umfangreichere bil-

dungspolitische Angebote gemacht werden. Im Vergleich zu den früheren Standorten der Außenstelle in der Scheffelstraße, am Friedrichring und in der Bertoldstraße ist der neue Standort in der Rathausgasse aufgrund seiner Lage und besseren Infrastruktur ein echter Glücksfall für die politische Bildung!



Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL mit dem Freiburger Oberbürgermeister Martin Horn.

Foto: Patrick Seeger

Am 20. März 2025 wurden die neu gestalteten Räumlichkeiten feierlich eröffnet – gemeinsam mit dem neu eingerichteten Dokumentationszentrum Nationalsozialismus, mit dem sich die Außenstelle künftig das Gebäude teilt. Zum Festakt im Historischen Kaufhaus waren 400 Gäste aus Politik, Bildung und Zivilgesellschaft geladen, darunter die Präsidentin des Landtags, Muhterem Aras MdL, und die Direktorin der Landeszentrale, Sibylle Thelen. In ihrem Grußwort betonte Sibylle Thelen die enge Verbindung von politischer und historisch-politischer Bildung: „Die politische Bildung, wie wir sie bei der Landeszentrale verstehen, trägt in ihrem Kern die historisch-politische Bildung. Diese Zusammenhänge sind der politischen Bildung in unserem Land eingeschrieben. In der Demokratie-WG können sie in bewusster Verbindung von politischer und historisch-politischer Bildung sichtbar werden – gegen Geschichtsverges-

senheit, gegen Geschichtsklitterung, gegen das Gerede derjenigen, die sagen, es brauche keine Erinnerung.“ In der sogenannten „DemokratiewG“ kann diese Verbindung räumlich und inhaltlich gelebt werden.

Die Wurzeln der politischen Bildung in Freiburg lassen sich weiter zurückverfolgen als man vermutet. Bereits vor 1950 gab es in der Universitätsstadt mit der „Gesellschaft für Bürgerrechte“ eine zivilgesellschaftliche Vorgängerorganisation. 1950 folgte die Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“, die auf Beschluss der damaligen Landesregierung gegründet wurde. Die frauenbewegte Historikerin Dr. Sonja Schmidt-Burgk war ab 1956 deren Vorsitzende. 1972 übernahm sie die Leitung der Außenstelle.



Freiburger Team bei der Eröffnung mit Jennifer Lutz, Miriam Krafft, Birgit Schäfer-Ruh, Michael Wehner und Vivianna Klarmann (v. l. n. r.).

Foto: Patrick Seeger

Auch das Rotteckhaus, in dem sich die Außenstelle Freiburg nun befindet, weist eine politische Geschichte auf. Von 1907 bis 1928 war dort der Freiburger Frauenklub beheimatet, der sich für die Gleichstellung und Partizipation von Frauen einsetzte. Bereits damals war das Haus ein Ort der politischen Bildung mit Vorträgen und Lesungen von Autor:innen. Zudem wohnte Carl von Rotteck (1775–1840) im Gebäude, einer der prägenden liberalen Vordenker des frühen 19. Jahrhunderts. Mit dem Einzug der Außenstelle ins Rotteckhaus knüpft die LpB somit bewusst an diese demokratischen Traditionen an.

Am 22. März 2025 öffneten die Außenstelle und das NS-Dokumentationszentrum ihre Türen für die interessierte Stadtgesellschaft. Anlässlich des Umzugs in die neuen Räumlichkeiten fand ein ganztägiges Programm für Besucher:innen aller Altersgruppen statt. Neben einem Infostand, dem Verkauf von Publikationen im LpB-Shop und Gesprächsformaten zur Arbeit der Außenstelle gab es kreative Mitmachangebote wie Puzzle- und Malstationen für Kinder. An der sogenannten „Wertebär“ konnten Gäste Cocktails mit symbolischen Zutaten mixen – jede Zutat stand für einen demokratischen Wert wie Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung oder Toleranz. Spielerisch wurde der Tag von „Consti“, dem lebendigen Grundgesetz, begleitet. Am Glücksrad und bei einer Rallye durchs Haus gab es zahlreiche Preise zu gewinnen. Ein weiteres Highlight waren geführte Stadtpaziergänge zu den Themen „Auf den Spuren des Kolonialismus“, „Pionierinnen der Freiburger Frauenbewegung“ und Ge(h)-Sprache unter dem Motto „Grundgesetz to go: auf den Spuren unserer Verfassung“.

An demokratische Traditionen und die historisch-politische Bildung knüpft auch die Namensgebung der Veranstaltungssäle an. Die Seminarräume sind drei Persönlichkeiten der Freiburger Frauenbewegung gewidmet: Linda Wäldin, Käthe

Vordtriede und Mathilde Otto. Lina Wäldin war Vorsitzende der Ortsgruppe des „Badischen Vereins für Frauenstimmrecht“, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und 1919 eine der ersten Frauen in der Freiburger Stadtverordnetenversammlung. Käthe Vordtriede arbeitete ab 1925 als erste weibliche Lokalredakteurin bei der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“, einer von fünf Freiburger Tageszeitungen. 1939 war sie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft gezwungen, zunächst in die Schweiz, dann in die USA zu emigrieren. Ein Stolperstein vor der ehemaligen Gestapo-Dienststelle in der Kaiser-Joseph Straße 167 erinnert an die Journalistin. Mathilde Otto war 1919 Abgeordnete der ersten Badischen Nationalversammlung (Zentrumspartei). Von 1922 bis 1926 war sie als erste und einzige Frau während der Weimarer Republik Mitglied des Freiburger Stadtrats.

Mit dem Umzug der Außenstelle Freiburg ins Rotteckhaus startet nun ein neues Kapitel für die politische Bildung in der Region. In direkter Nachbarschaft zum NS-Dokumentationszentrum lässt sich der Vernetzungsauftrag der LpB bestens umsetzen, es eröffnen sich neue Perspektiven und politische Bildung kann neu gedacht und gestaltet werden.



Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums mit Michael Wehner, Leiter der LpB-Außenstelle Freiburg, Christoph Ebner, Leiter des SWR-Studios Freiburg, Julia Wolrab, Leiterin des NS-Dokumentationszentrums, Martin Horn, Freiburger Oberbürgermeister, Martin Haag, Baubürgermeister, Jutta Götzmann, Leitende Direktorin der Städtischen Museen Freiburg, und Ulrich von Kirchbach, Erster Bürgermeister der Stadt Freiburg (von rechts).

Foto: Patrick Seeger

Aus der Geschichte lernen

Julia Wolrab über die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit, um die Demokratie in Zukunft zu stärken



Julia Wolrab

Foto: Patrick Seeger

Julia Wolrab ist Leiterin des im März 2025 eröffneten Dokumentationszentrums Nationalsozialismus Freiburg. Über vier Jahre hat die Historikerin den Aufbau begleitet. Zuvor war sie wissenschaftliche Referentin für Extremismusprävention und historisch-politische Bildung bei „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“.

Frau Wolrab, seit März 2025 ist das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus geöffnet. Wie ist die Resonanz? Mit welchen Anliegen besuchen Menschen Ihr Haus?

Julia Wolrab | Bis Ende Dezember 2025 haben über 41.000 Interessierte das Dokumentationszentrum besucht – ein großer Erfolg. Gästebucheinträge und Gespräche zeigen: Das Publikum ist sehr international. Angehörige von Überlebenden suchen hier nach Spuren ihrer Familiengeschichte. Viele Freiburger:innen, Menschen aus der Region und Tourist:innen kommen oft zufällig vorbei und setzen sich hier teils erstmals mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinander. Viele Besucher:innen möchten selbst aktiv werden. Derzeit zeigen wir die Sonderausstellung „Ende der

Zeitzeugenschaft?“ des Jüdischen Museums Hohenems und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, ergänzt um lokale Perspektiven. Sie fragt, wie Erinnerungsarbeit gelingen kann, wenn persönliche Begegnungen mit Überlebenden nicht mehr möglich sind. Viele bewegt zudem die Frage, wie die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur Demokratie stärkt und zu einem solidarisches Miteinander beiträgt.

Unter demselben Dach ist die Freiburger Außenstelle untergebracht. Wo gibt es Anknüpfungspunkte?

Julia Wolrab | Über diese Partnerschaft oder auch „WG für Demokratie“ freuen wir uns sehr. Seit sechs Jahren gibt es eine inspirierende Zusammenarbeit, zum Beispiel bei einer Webtalk-Reihe zur regionalen NS-Geschichte und Erinnerungsarbeit – gemeinsam mit Partnern wie der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen sowie dem Colloquium Politicum der Universität Freiburg. Zudem haben Kolleg:innen beider Häuser eine Rallye im Stadtraum weiterentwickelt, bei der Interessierte Spuren der NS-Geschichte Freiburgs via Tablet erkunden.

Warum ist es wichtig, politische und historisch-politische Bildung zusammenzudenken?

Julia Wolrab | Das Grundgesetz von 1949 entstand als demokratischer Neubeginn und bewusster Gegenentwurf zur NS-Diktatur. Artikel 1 des Grundgesetzes – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – ist direkte Konsequenz aus den Verbrechen des Nationalsozialismus, darunter der Mord an über sechs Millionen Jüdinnen und Juden.

Mich besorgt, dass politische Strömungen Zulauf erhalten, die unsere Verfassung und das demokratische Miteinander infrage stellen. Die NS-Zeit wird verharmlost, die begangenen Verbrechen relativiert. Werte wie Mitmenschlichkeit, Solidarität oder Empathie werden ebenso wie wissenschaftliche Erkenntnisse angezweifelt. Diese Entwicklung geschieht schleichend, ist aber deutlich spürbar. Der Blick in historische Entscheidungen und Prozesse hilft, aktuelle Herausforderungen einzuordnen – und sensibilisiert für die Zerbrechlichkeit von Rechtsstaat und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Welche gemeinsamen Projekte planen Sie mit der LpB?

Julia Wolrab | Wir setzen unsere Vortragsreihe mit wechselnden Schwerpunkten fort und planen gemeinsame Fortbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator:innen. Themen sind unter anderem die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Dreiländereck, „umkämpfte Erinnerung“ sowie Chancen und Herausforderungen von KI für die Bildungsarbeit. Die Ideen sind vielfältig und die Offenheit ist auf beiden Seiten groß. Wir freuen uns darauf!

„Der Blick in historische Entscheidungen und Prozesse hilft, aktuelle Herausforderungen einzuordnen – und sensibilisiert für die Zerbrechlichkeit von Rechtsstaat und gesellschaftlichem Zusammenhalt.“



Gedenkstättenarbeit vernetzt LpB und LAGG als Partner

1995 wurde die LpB vom Landtag mit der Unterstützung und Förderung der Gedenkstätten beauftragt. Seither arbeitet sie eng mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) zusammen. Nicht nur durch diese Vernetzung ist im Laufe der Zeit ein „Netzwerk der Erinnerung“ entstanden, das essenziell für die historisch-politische Bildung und die Erinnerungsarbeit im Land ist.

30 Jahre LAGG, Oppenheimer-Auszeichnung

2025 konnte die LAGG ihr 30-jähriges Bestehen feiern. Rund 20 Gedenkstätten hatten sie 1995 als übergreifenden Zusammenschluss bei einem Treffen in Vaihingen an

der Enz und Freudental ins Leben gerufen. Die LAGG ist seitdem stetig gewachsen und hat heute über 85 Mitglieder. Ein Großteil der Gedenkstätten arbeitet ehrenamtlich. Sie sind nicht nur untereinander vernetzt und stehen im regelmäßigen Austausch miteinander wie etwa bei der jährlichen Delegiertenversammlung der LAGG im Tagungszentrum der LpB in Bad Urach, sondern die Vernetzung reicht auch ins Land hinein. Mit entsprechend zahlreichen Kooperationspartner:innen und Gästen aus Politik und Gesellschaft fand am 5. Juli der von LpB und LAGG gemeinsam ausgerichtete Festakt „30 Jahre LAGG“ im Erinnerungsort Hotel Silber in Stuttgart statt. Präsentiert wurde dabei auch das Gemeinschaftsprojekt „Dingliche Erinnerung. Objekte aus Gedenkstätten der LAGG“, eine virtuelle Ausstellung, die LAGG und LpB

zusammen erstellt haben und die auf dem Gedenkstättenportal **gedenkstaetten-bw.de** für den Online-Besuch bereitsteht. Die Ausstellung zeigt 56 Exponate von Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen aus ganz Baden-Württemberg und gibt einen Einblick in die Vielfalt der Gedenkstättenlandschaft.

Für ihre Arbeit wurde die LAGG 2025 mit der Joseph-Ben-Issachar-Süßkind-Oppenheimer-Medaille ausgezeichnet. Die Auszeichnung wird vom Landtag von Baden-Württemberg und von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) für herausragendes Engagement gegen Minderheitenfeindlichkeit und Vorurteile verliehen. Insbesondere wurde der kontinuierliche Einsatz der LAGG und ihrer Mitglieder für die Aufarbeitung und Aufklärung über die NS-Diktatur und

ihre Verbrechen gewürdigt. In seiner Laudatio betonte Dr. Thomas Lutz, ehemaliger Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin, die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements, wie es sich in der LAGG zeigt, und auch der engen Zusammenarbeit zwischen LpB und LAGG. Die Unterstützung und Förderung der Gedenkstättenarbeit durch das Land sei für deren gesellschaftliche Wirkungsmöglichkeiten ein wesentlicher Faktor.

Gedenkstättenförderung des Landes

Die Fördermittel der Gedenkstättenförderung des Landes, die von der LpB verwaltet werden, hat der Landtag im Doppelhaushalt 2025/2026 erneut erhöht, insbesondere auch die Mittel für ehrenamtlich arbeitende Gedenkstätten. Diese werden mit der sogenannten Basisförderung unterstützt, die von LpB und LAGG 2025 unter anderem mit der Einführung einer neuen Kategorie für die Förderung von Ausgaben im Bereich Digitalisierung weiterentwickelt wurde.

Weiter gestärkt wurden auch die institutionell geförderten Gedenkstätten und Gedenkstättenverbünde. Die Verbünde vernetzen die Arbeit der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen regional – dazu gehören der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V. (GNA), das Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben e. V., der Gedenkstättenverbund Südl. Oberer Rhein e. V. und der Gedenkstättenverbund Neckar-Odenwald e. V. – oder thematisch wie im Fall des Verbundes der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler e. V. (VGKN). Sie führen beispielsweise gemeinsam Veranstaltungen durch, erarbeiten und veröffentlichen übergreifende Publikationen, stellen Häftlings- und Familiendatenbanken für die Gedenkstätten bereit, bespielen Social-Media-Kanäle und andere Bereiche der Presse- und Öffentlichkeitsar-



Werbung für die Gedenkstätten im Land auf den Infoscreens am Karlsruher und Stuttgarter Hauptbahnhof im Januar/Februar 2025.

beit und beraten und unterstützen die jeweiligen Mitgliedsedenkstätten in ihrer Arbeit.

Veranstaltungen, Tagungen, Netzwerktreffen

Für die Vernetzung werden auch Veranstaltungsformate wie insbesondere Tagungen genutzt. So veranstaltet der VGKN alle zwei Jahre ein großes deutsch-französisches Kolloquium – 2025 zum Thema „Kunst im KZ-Komplex Natzweiler“ – und der GNA diskutierte im Oktober 2025 mit rund 200 Teilnehmenden „Wirkungsmöglichkeiten von Gedenkstätten in der demokratischen Gesellschaft“, bei der auch der gemeinsam von den Verbundmitgliedern erstellte „Wegweiser“ zu Spuren der NS-Geschichte in der Region vorgestellt wurde. Beide Veranstaltungen wurden mit Mitteln der Gedenkstättenförderung des Landes unterstützt.

Gemeinsam mit der Initiative zur Auseinandersetzung mit der NS-Zwangsarbeit in Schwenningen lud der Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ der LpB im April zur Vernetzungstagung „NS-Zwangsarbeit in der eigenen Nachbarschaft – neue Perspektiven einer internationalen Lokalgeschichte“ ein, bei der Vertreter:innen von baden-württembergischen Gedenkstätten, Geschichtsvereinen und Initiativen mit Archiven, Universitäten und

weiteren Forschenden in Austausch traten. Die Vernetzung von Forschung und Gedenkstättenmitarbeitenden stand auch im Fokus des Fachtags „Täter gesucht“, der vom Fachbereich mit dem Förderverein Mahnmal zur Erinnerung an die nach Gurs deportierten badischen Jüdinnen und Juden e. V. und dem Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V. anlässlich des 85. Jahrestags der Deportation nach Gurs am 22./23. Oktober 1940 organisiert wurde. Die Tagung „Anspruch und Wirklichkeit. Gesellschaftspolitische Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit“, die im November zusammen mit der KZ-Gedenkstätte Echterdingen-Bernhausen, dem VGKN und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart stattfand, brachte wiederum Vertreter:innen und Mitarbeitende von Gedenkstätten und von Universitäten in Austausch zu unterschiedlichen Aspekten der praktischen Gedenkstättenarbeit und -pädagogik.

An der LpB-Vernetzungskonferenz „Künstliche Intelligenz in der Demokratie – Algorithmen an der Macht?“ im Mai 2025 beteiligte sich der Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ mit dem Fachgespräch „KI und Erinnerungskultur“, in dem das Deutsche Exilarchiv 1933–1945 der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt über das Projekt „Frag nach!“ informierte. Im Rahmen des Projekts sind digitale interaktive Zeitzeugeninterviews mit Inge Auerbacher und Kurt

Salomon Maier erstellt worden, die online genutzt werden können, etwa im Schulunterricht oder auch im Rahmen von Gedenkstättenbesuchen. Ergänzend hierzu bot der Fachbereich im November eine Exkursion für die Mitgliedsgedenkstätten der LAGG ins Deutsche Exilarchiv nach Frankfurt und in dessen Sonderausstellung „Frag nach!“ an.

Der Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ durfte 2025 zudem das Netzwerktreffen des Landtags von Baden-Württemberg inhaltlich ausgestalten, das die Zukunft der Erinnerungsarbeit zum Thema hatte. Neben einem Überblick über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur wurde ein vertiefter Einblick in die Ausbildung zu Jugendguides an Gedenkstätten gegeben, die LAGG und LpB seit 2018/19 gemeinsam anbieten, indem zwei Jugendguides von ihren Erfahrungen während der Ausbildung und in der anschließenden Guide-Tätigkeit berichteten.

Gedenkstättenreise der Landtagspräsidentin und Exkursionen

Gemeinsam mit dem Landtag organisierte der Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ auch 2025 die Gedenkstättenreise der Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL. Stationen der Reise waren die KZ-Gedenkstätte Leonberg, die KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz, die Gedenkstätte ehemalige Synagoge Michelbach an der Lücke, die Erinnerungsstätte „Die Männer von Brettheim“ und das Jüdische Museum Creglingen. Die Abendveranstaltung in Vaihingen/Enz mit einem Impulsvortrag des Leiters des Instituts für Rechtsextremismusforschung (IREx) der Universität Tübingen, PD Dr. Rolf Frankenberger, und anschließender Gesprächsrunde mit Vertreter:innen des Jugendgemeinderats und der KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz thematisierte die Herausforderungen, die insbesondere die Instrumentalisie-

rung der Geschichte von rechtsextremistischer Seite für Erinnern und Demokratie heute darstellt.

Demokratie und Erinnern bildeten auch den Schwerpunkt der Exkursionsreihe „Im Gedenken unterwegs“, die 2025 erneut in Kooperation mit dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart und der Referentin für die Themen Rassismus und Antisemitismus, Fachberatungsstelle für Weltanschauungsfragen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg stattfand und zu „Orten des Gedenkens und der Demokratiegeschichte“

führte. Besucht wurden das NS-Dokumentationszentrum im MARCHIVUM in Mannheim, die Georg Elser Gedenkstätte in Königsbrunn, das Museum Hohenasperg, die Gedenkstätte „Der Salmen – Ort der Demokratiegeschichte(n)“ in Offenburg, das Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim und die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt. Die Exkursion nach Oświęcim und Krakau bot der Fachbereich 2025 als offenes Seminar an, was insbesondere bei Lehrkräften auf hohes Interesse stieß.



Gedenkstättenmitarbeitende im Gespräch mit den interaktiven Zeitzeugeninterviews von Inge Auerbacher und Kurt Salomon Maier in der Ausstellung „Frag nach!“ in Frankfurt.



Festakt „30 Jahre LAGG“ am 5. Juli 2025 im Erinnerungsort Hotel Silber: Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL (4. von rechts), Fadime Tuncer MdL (5. von rechts), Arnulf Freiherr von Eyb MdL (3. von rechts) sowie Vertreter:innen des LAGG-Sprecherrats und der LpB.

Foto: LTBW

Künstliche Intelligenz in der Demokratie Vernetzungskonferenz in Stuttgart

Die LpB hat den Auftrag, staatliche Stellen und freie Träger politischer Bildung zu vernetzen. Mit der Vernetzungskonferenz „Künstliche Intelligenz in der Demokratie – Algorithmen an der Macht?“ kam sie dieser zentralen Aufgabe am 21. Mai 2025 nach – als Plattform für Austausch, Kooperation und demokratische Gestaltung von KI.



Rund 200 Teilnehmende waren der Einladung der LpB zur Vernetzungskonferenz „Künstliche Intelligenz in der Demokratie“ gefolgt.

Foto: Franziska Kraufmann

Die LpB ist nicht nur als eigenständige Einrichtung für politische Bildung eingerichtet, sondern soll aktiv die Vernetzung und Zusammenarbeit im Land voranbringen. Konkret heißt es in der Bekanntmachung über die Einrichtung der LpB, sie habe insbesondere „auf die Zusammenarbeit der mit der Förderung der politischen Bildung befassten staatlichen Stellen hinzuwirken“ und „die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger der politischen Bildung in Baden-Württemberg zu fördern“. Außerdem sollen ihre Außenstellen „insbesondere mit den Kreisen und Gemeinden sowie mit örtlichen Trägern der politischen Bildung in ihrem Bereich eng zusammenarbeiten“.

Mit der Vernetzungskonferenz „Künstliche Intelligenz in der Demokratie – Algorithmen an der Macht?“ kam die LpB diesem Auftrag am 21. Mai 2025 nach: Sie lud rund 200 Teilnehmende aus Bildung, Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Kultur und Medien in das Haus der Wirtschaft in Stuttgart ein, um Chancen, Risiken und Gestaltungsoptionen von Künstlicher Intelligenz – eines der zentralen Zukunftsthemen liberaler Gesellschaften – zu diskutieren.

Ausgangspunkt der Konferenz war die Diagnose, dass Künstliche Intelligenz demokratische Prozesse in mehrfacher Hinsicht beeinflusst: Sie kann politische Teilhabe erleichtern,

Verwaltung effizienter machen und neue Bildungszugänge eröffnen. Zugleich birgt sie erhebliche Risiken, etwa durch KI-gestützte Desinformation, Diskriminierung durch algorithmische Systeme oder die Beförderung der Machtkonzentration von Kommunikations- und Wissensplattformen. Politische Bildung und politische Medienbildung stehen damit vor der Aufgabe, nicht nur technisches Wissen zu vermitteln, sondern ethische und demokratische Urteils- und Handlungskompetenzen im digitalen Raum zu stärken: „Es gilt mitzulernen und mitzuhalten, um mitgestalten zu können“, so Sibylle Thelen, Direktorin der LpB, in ihrer Begrüßung.

Die LpB knüpfte mit der Initiierung dieser Vernetzungskonferenz an frühere Koordinierungskonferenzen an, die in den 1990er Jahren auf Zusammenarbeit, Vernetzung und interdisziplinären Austausch unterschiedlicher Akteur:innen der Bildungsarbeit und Wissenschaft abzielten. Mit der Neukonzeption dieses Veranstaltungsformats stärkte die LpB ihren Anspruch, weiterhin zentrale Orientierungsgeberin für Diskurse über Politik in Baden-Württemberg zu sein.

Im Eröffnungspodium „Demokratie gestalten in Zeiten von KI“ beleuchteten mit Sara Egetemeyr, Co-Gründerin des KI-Startups Penemue, Prof. Dr. Jessica Heesen von der Universität Tübingen, Reinhard Karger vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, Karolin Schwarz, Journalistin und Autorin, sowie Marina Weisband, Psychologin und Leiterin des digitalen Beteiligungsprojekts „aula“ an Schulen, unterschiedliche Perspektiven auf



Beim „Markt der Möglichkeiten“ hatten die Teilnehmenden Gelegenheit zu Austausch und Vernetzung.

Foto: Franziska Kraufmann

das Spannungsfeld von Innovation und demokratischer Kontrolle. Deutlich wurde, dass die demokratische Gestaltung von KI sowohl Transparenz als auch Regulierung und schließlich eine informierte Öffentlichkeit voraussetzt. In politischen Bildungsprozessen sollten darüber hinaus immer auch die ökonomischen Aspekte von KI (und auch von Social-Media-Plattformen) kritisch beleuchtet werden – in den prägnanten Worten von Marina Weisband in die Frage gefasst: „Wem gehört der Shit?“

In den anschließenden thematischen Vertiefungen diskutierten die Teilnehmenden in kleineren Arbeitsgruppen mit einzelnen Podiumsgästen unter anderem über KI-basierten Schutz vor Hatespeech, über demokratische Selbstbestimmung in digitalen Welten, über KI-generierte Desinformation sowie über frühe Demokratiebildung im digitalen Zeitalter. Der dialogische Charakter dieser Formate förderte den fachübergreifenden Austausch und machte die unterschiedlichen Herausforderungen und Handlungsspielräume sichtbar.

Ein zentrales Element der Konferenz war der „Markt der Möglichkeiten“, auf dem sich neben der LpB mit der Allianz für Beteiligung Baden-Württemberg, dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Würt-

temberg, der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg, der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg, MedienFokus BW, dem Landesfilmdienst Baden-Württemberg e. V. und dem Tübinger AI Center Institutionen und Initiativen aus Medienaufsicht, Datenschutz, Beteiligung, Forschung und politischer Bildung präsentierten. Hier wurde die Vernetzung für die Teilnehmenden praktisch erlebbar: als Austausch über Projekte, als Anbahnung von Kooperationen und als gemeinsames Nachdenken über tragfähige Strategien für eine demokratische Gestaltung von Künstlicher Intelligenz.

Der Impuls von Dr. Michael Blume, Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben, zur Warnung vor „antisozialen Medien“ und KI-Kokons bildete den Auftakt in das Nachmittagsprogramm und rückte die gesellschaftlichen Folgen der Machtkonzentration von Social-Media-Plattformen

in der Hand weniger Tech-Konzerne in den Fokus. In abschließenden Fachgesprächen zu unterschiedlichen Handlungsfeldern – öffentlichen Institutionen, der Schule, der Kunst- und Kulturvermittlung, der Extremismusprävention, über Erinnerungskultur bis hin zu Inklusion – zeigte sich, dass der verantwortungsvolle Umgang mit KI differenzierte, feldspezifische Antworten erfordert.

Die Vernetzungskonferenz machte deutlich: In Zeiten fundamentaler und globaler politischer, gesellschaftlicher, technischer, militärischer, ökologischer, wirtschaftlicher und ethischer Herausforderungen ist politische Bildung mehr denn je auf Vernetzung angewiesen – zwischen Disziplinen, Institutionen und Praxisfeldern. Die Konferenz schuf einen Raum, in dem Wissen gebündelt, Perspektiven verbunden und Gestaltungsmöglichkeiten von KI gemeinsam ausgelotet wurden. Eine Fortsetzung ist dringend geboten und für 2027 geplant.

Künstliche Intelligenz im Gemeinschaftskunde- und Wirtschaftsunterricht Deutschland & Europa 90-2025

Künstliche Intelligenz (KI) gilt als Hoffnungsträger für Produktivität, Innovation und gesellschaftlichen Fortschritt, zugleich aber auch als Quelle neuer Machtkonzentrationen, sozialer Ungleichheiten und demokratischer Risiken. Die Ausgabe der Zeitschrift „Deutschland & Europa“ analysiert Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz für die Demokratie, für Arbeitswelt und soziale Gerechtigkeit und diskutiert die Rolle großer Technologie-Konzerne. Außerdem wird die Frage nach einer eigenständigen, wertebasierten KI-Politik der EU thematisiert und die Bedeutung von Bildung als Schlüssel für einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien in den Blick genommen.

Weitere Ausgaben der Zeitschrift
„Deutschland & Europa“:
www.deutschlandundeuropa.de



Politische Bildung vernetzt denken Die LpB im Digitalen



Politische Bildung findet längst nicht mehr nur in Seminarräumen, Schulen oder gedruckten Publikationen statt. Sie ist überall präsent, wo Menschen Informationen suchen, sich austauschen und Meinungen bilden – auch im digitalen Raum. Die LpB versteht digitale Angebote nicht als bloße Ergänzung, sondern als integralen Bestandteil ihrer Bildungsarbeit: Sie bieten Orientierung, fördern Diskurse und stärken demokratische Teilhabe online.

Digitale politische Bildung ist für die LpB ein vernetztes System unterschiedlicher Formate und Zugänge. Ausgangspunkt ist die Webseite als zentraler Knotenpunkt. Sie informiert über die Arbeit der LpB, bündelt Materialien und verweist auf weiterführende Angebote wie Online-Dossiers, Podcasts, Materialien, E-Learning-Kurse und Webtalks. Als digitale Schnittstelle verbindet sie Bildungsangebote vor Ort mit virtuellen Lern- und Diskussionsräumen. Ergänzt wird dies durch Social-Media-Aktivitäten, die nicht nur informieren, sondern auch Interaktion und politische Auseinandersetzung ermöglichen.

Ein zentrales Element ist das E-Learning-Angebot. Über das Portal **elearning-politik.de** baut die LpB seit 1999 ihre digitalen Lernräume kontinuierlich aus. Die auf Moodle basierenden Kurse sind modular und multimedial gestaltet und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen – von Einzelpersonen über

Schulklassen bis hin zu beruflich Interessierten. Inhaltlich reichen sie von Datenschutz und digitaler Ethik bis zu gesellschaftspolitischen Themen wie Diversität oder Prostitution. 2025 wurden zudem erste KI-gestützte Anwendungen erprobt, etwa Lernvideos mit Avataren oder automatisierte Audiozusammenfassungen. Ziel ist ein didaktisch reflektierter Einsatz digitaler Werkzeuge zur Weiterentwicklung von Lernprozessen.

Digitale Formate, die konkrete Bedarfe aufgreifen, stoßen auf große Resonanz: Das neue Online-Format „Scroll_“ verzeichnete von Beginn an eine starke Nachfrage (s. auch Seite 31). Eine Veranstaltungsreihe für Eltern zum Thema TikTok war mit mehr als 3.000 Anmeldungen innerhalb kurzer Zeit ausgebucht. Die über PeerTube gestreamten Vorträge ermöglichten es der LpB, Erfahrungen mit großformatigen Online-Events zu sammeln und zugleich einen niedrigschwelligen Zugang zu schaffen. Auch Webtalks zur Bundestagswahl sowie die Reihe „KI konkret“ zeigen die Relevanz digitaler politischer Bildung für aktuelle Fragen der demokratischen Öffentlichkeit.

Podcasts erweitern das Angebot um einfache, erzählerische Zugänge. Der Podcast „Politisch bildet“ verbindet Gespräche mit fundierter Einordnung aktueller Debatten und wird durch Episoden in Leichter Sprache ergänzt. Das Format „#MeinDigitalerLieblingsort“ ver-

knüpft persönliche Perspektiven mit analytischer Reflexion. Ein gemeinsam mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg realisierter True-Crime-Podcast erschließt historisch-politische Themen erzählerisch (s. auch Seite 11). Ergänzt wird das Portfolio durch Erklärvideos, insbesondere zu Wahlen, die unter einer Creative-Commons-Lizenz frei zugänglich sind.

Digitale Vernetzung ist auch eine Gemeinschaftsaufgabe. Die bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik & Demokratie“ der Landeszentralen und der Bundeszentrale machen digitale Themen als Fragen der Demokratie sichtbar. Parallel stärkt die LpB ihre interne digitale Kompetenz: Eine hausinterne KI-Arbeitsgruppe testet Anwendungen, entwickelt Leitlinien und begleitet den reflektierten Einsatz. Seit 2025 wird das Kollegium zudem in Schulungen zum verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz in der politischen Bildung qualifiziert.

„Die ‚Digitale LpB‘ versteht sich als lernende, vernetzte Bildungsinstitution.“

Die „Digitale LpB“ versteht sich damit als lernende, vernetzte Bildungsinstitution. Der Anspruch bleibt klar: Politische Bildung schafft Orientierung, ermöglicht Teilhabe und stärkt demokratische Diskurse – analog wie digital.

Orte der Begegnung Aktions- und Infostände im ganzen Land

Ob bei Messen, Festen oder Tagungen: Mit Aktions- und Infoständen möchte die LpB mit den Menschen ins Gespräch kommen und Demokratie erlebbar machen. In 2025 beteiligte sie sich an über 110 Veranstaltungen in ganz Baden-Württemberg. Ein besonderes Highlight war die „didacta – Die Bildungsmesse“ in Stuttgart in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Laut dem Polarisierungsbarometer 2025 des Mercator Forums Migration und Demokratie (MIDEM) der Technischen Universität Dresden nehmen 81 Prozent der Deutschen eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft wahr. Doch unterschiedliche Meinungen zu komplexen Fragen müssen nicht trennen – sie können auch der Ausgangspunkt für konstruktive Gespräche sein. Demokratie lebt von Vielfalt, Austausch und gegenseitigem Zuhören. Gerade in Zeiten der Polarisierung sind Orte der Begegnung besonders wichtig. Der persönliche Austausch bietet die Möglichkeit, das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Gesellschaft zu fördern.

Aktions- und Infostände sind daher weit mehr als reine Informationsorte: Sie bieten niedrigschwellige Zugänge, ermöglichen Fragen, vermitteln Kontakte und eröffnen Räume für Perspektivwechsel. So entstehen Gelegenheiten für Austausch, Begegnung und Vernetzung – und politische Bildung wird sichtbar, zugänglich und erlebbar.

Ein zentraler Ort der Vernetzung war die „didacta – die Bildungsmesse“ in Stuttgart, die unter dem Motto „Demokratie braucht Bildung

– Bildung braucht Demokratie“ stand. Die LpB war dort an fünf Tagen gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung vertreten und beteiligte sich an Fachforen zu Demokratie-, Medien- und Friedensbildung. Rund 10.000 Besucher:innen – Lehrkräfte, Multiplikator:innen, Studierende und weitere Interessierte – kamen an den Stand und nutzten die Gelegenheit zum Austausch. Gleichzeitig bot die Messe Einblicke in aktuelle Entwicklungen im Bildungsbereich und Möglichkeiten zur Netzwerkpflge. Auch im öffentlichen Raum schafft die LpB Begegnungsorte. Beim Stuttgarter Kinder- und Familienfestival lud ein interaktives Mitmachangebot Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Beteiligung ein – etwa mit Puzzle, Malstation, Quiz oder Abstimmungsröhren zu Fragen des Zusammenlebens.

Beim Internationalen Trickfilmfestival Stuttgart beteiligte sich die LpB unter anderem mit Aktivitäten zur Ausstellung „Stimmen für Demokratie und Vielfalt“ des Verbands Region Stuttgart mit Statements regionaler Persönlichkeiten gegen Antisemitismus, für Frieden, Vielfalt, Demokratie und ein starkes Europa.

Auch auf der jährlich an wechselnden Orten stattfindenden Landesgartenschau war die LpB präsent. Am „Treffpunkt Baden-Württemberg“, der Vertretung der Landesregierung auf Landesgartenschauen, entstanden zahlreiche Gespräche über Alltagserfahrungen mit Demokratie und Wünsche nach mehr Beteiligung, Gerechtigkeit und Vertrauen. Das Format „Heißer Punsch, heiße Themen“ zur Adventszeit in Freiburg bot zusätzlich Raum für Ge-



LpB bei der Landesgartenschau in Freudenstadt und Baiersbrunn.

sprache zu „heißen“ Themen wie Zuwanderung, Wirtschaft, Soziales oder Klimaschutz. Diese Gelegenheiten bieten die Möglichkeit, mit den Menschen dort ins Gespräch zu kommen, wo sie sich aufhalten.

Aktions- und Infostände tragen so dazu bei, die Bildungsarbeit der LpB sichtbar zu machen und politische Inhalte verständlich zu vermitteln. Sie schaffen Orte der Begegnung, bringen unterschiedliche Lebenswelten zusammen und fördern Kooperationen – ein wichtiger Beitrag zur demokratischen Entwicklung und zum gesellschaftlichem Zusammenhalt.



Gute Gespräche bei Punsch und Plätzchen.



Großer Andrang beim Stuttgarter Kinder- und Familienfestival.



LpB-Messestand auf der „didacta“.



Politische Bildungsarbeit braucht Vernetzung Das „Haus auf der Alb“ als Ort der Begegnung

Als Erholungsheim für kaufmännische Angestellte erbaut, erlebte das „Haus auf der Alb“ im Laufe der Jahrzehnte den Auf- und Abstieg deutscher Demokratie, bis es 1992 Tagungszentrum der LpB wurde. Bis heute ist es das einzige Tagungszentrum in Deutschland, das von einer Landeszentrale als eigene Einrichtung betrieben wird – ein Glücksfall für die LpB. Denn hier kann sie in besonderem Ambiente ihrem Auftrag nach Austausch und Vernetzung nachkommen.

In der Bekanntmachung über die Errichtung der LpB heißt es: „Das Tagungszentrum ‚Haus auf der Alb‘ dient der fachlichen und pädagogischen Fortbildung sowie der Vernetzung der in der politischen Bildung tätigen Personen.“ Diesem Auftrag kommen die Mitarbeitenden des Tagungszentrums und der LpB insgesamt täglich mit viel Engagement und Herzblut nach. Nach einer sa-

nierungsbedingten Schließung im Sommer 2025 öffnete das Haus im September erneut seine Türen für Veranstaltungen mit nun neugestaltetem Speisesaal. In diesem – von einer umfassenden Sanierung seit dem Jahr 2021 – letzten Bauabschnitt wurde in fast vier Monaten der Brandschutz ertüchtigt sowie die Inneneinrichtung komplett modernisiert. Denkmalschutz und die Denkwiese des Architekten Adolf Gustav Schneck standen dabei immer im Mittelpunkt. Wie hätte es Schneck Ende der 1920er Jahre geplant? Welche Farben, Möbel oder Beleuchtung hätte er im Zeitalter von Bauhaus und Hoffnung auf eine demokratische Zukunft gewählt?

Im Rahmen ihrer Goldenen Hochzeit besuchten die Enkelin des Architekten Schneck, Bärbel Rieger-Ziegler, und ihr Mann Herbert Riegler im September das „Haus auf der Alb“. Die LpB erfährt bei solchen Begegnungen immer wieder wertvolle

Hintergründe, die die archivierten Dokumente zur Geschichte des Hauses auf besondere Weise greifbar machen und mit Leben füllen.

Begonnen hatte das Jahr 2025 mit der Ausstellung „Gleichstellung sichtbar machen“ der Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung e. V., gefördert vom Land Niedersachsen. Eröffnet wurde die Ausstellung, die sechs Wochen lang im Gartengeschoss des Hauses zu sehen war, im Rahmen eines Feierabendkonzerts unter dem Titel „Frauen, die Recht(e) haben“. Pianistin Susanne Götz am Schneck-Flügel und Musiker an Bass, Schlagzeug und Saxophon ließen Musik von und für Frauen, Demokratie und Gleichberechtigung erklingen. Begleitend wurden bedeutende Frauen aus der Demokratiegeschichte vorgestellt und Kurztexte von und über sie gelesen. Einige von ihnen sind als Namenspatinnen für Gästezimmer und Gemeinschaftsräume im Tagungs-

zentrum tagtäglich präsent. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem LpB-Fachbereich „Frauen und Politik“ statt. Zeitgleich wurde die Ausstellung „Lesbische Rollenvorbilder“ gezeigt. Die Ausstellung mit elf Plakaten entstand bereits für die Fachjahrestagung 2022 des Verbands für Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Intersexuelle und Queere Menschen in der Psychologie e. V. in Kooperation mit der LpB im „Haus auf der Alb“.

Ein weiteres Highlight des Jahres war die Ausstellung zur Mössinger Moderne und „Löwenstein'schen Pausa“. Sie transportiert die Erinnerung an eine jüdische Gründerfamilie und ihre innovative Textilfabrik, die von 1919 bis 1936 in Mössingen beheimatet war – von der Zusammenarbeit mit dem Bauhaus über den Generalstreik 1933 bis hin zur Enteignung. Die Ausstellung wurde mit dem Vortrag „Bauhaus-Künstlerinnen in der Löwenstein'schen Pausa“ von Irene Scherer, Vorsit-

zende des Löwenstein-Forschungsvereins e. V., eröffnet, und war ganze drei Monate zu sehen, vielfach besucht und wahrgenommen.

Aufgegriffen wurde das Thema auch beim Offenen Seminar „Das Bauhaus und die Folgen – Moderne am Fuße der Schwäbischen Alb“ Anfang März unter Leitung der Kunsthistorikerin Jutta Fischer. Eine Exkursion führte die Teilnehmenden nach Albstadt ins Kunstmuseum zu einer der wohl größten privaten Otto-Dix-Sammlungen sowie weiter nach Mössingen zu den ehemaligen Gebäuden der Firma Pausa. Die Gruppe wurde dort von Irene Scherer und Welf Schröter über das Gelände geführt.

2025 füllten außerhalb der sanierungsbedingten Schließzeit 139 Gruppen mit insgesamt 3.640 Personen das Tagungszentrum und hatten hier die Möglichkeit zum Lernen und Tagen sowie zu Begegnung und Vernetzung. Viele Veranstaltungen führte die LpB selbst durch oder fan-

den in Kooperation mit Partnern statt. Insgesamt verzeichnete das Haus 4.689 Übernachtungen.

Das Fundament des Hauses ist stabil. Es ruht auf dem Auftrag der LpB zur überparteilichen politischen Bildung und damit zur Stärkung unserer Demokratie und des Meinungsaustauschs. Die Architektur steckt den Rahmen ab: funktional, transparent, offen und zugewandt für alle, die einen Ort der politischen Bildung, der demokratischen Inspiration und des Netzwerkers suchen. Innerhalb dieses Rahmens wird gearbeitet, sei es bei Sanierungen und Modernisierungen, im Bereich der Hauswirtschaft und der Veranstaltungstechnik oder bei Tagungen, Veranstaltungen und Seminaren. So blicken das „Haus auf der Alb“, sein Team und seine Gäste auf ein bewegtes Jahr zurück und einem sicherlich nicht weniger aufregenden Jahr 2026 entgegen.



Speisesaal des Tagungszentrums nach der Renovierung.
Foto: Steffen Roller



Eröffnung der Ausstellung „Frauen, die Recht(e) haben“ mit Feierabendkonzert.



4

Themenfelder der politischen Bildung

Mit Angeboten zu politischer Medienbildung, demokratischer Schulentwicklung und Nachhaltigkeit nimmt die LpB Zukunftsthemen in den Blick. Doch auch die historisch-politische Bildung war 2025 zentral: Ein Projekt beschäftigt sich mit den Bezügen zum Nationalsozialismus im Landtag von Baden-Württemberg. Zudem jährte sich das Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Diktatur zum 80. Mal.

Medienkompetenz stärkt Demokratie

Politische Medienbildung jetzt auch für Eltern

SCROLL_
Social Media verstehen.

Die digitale Öffentlichkeit ist heute ein zentraler Ort politischer Meinungsbildung. Zwischen Desinformation, KI-generierten Inhalten und algorithmisch verstärkter Emotionalisierung entscheidet Medienkompetenz darüber, ob Menschen (politische) Orientierung finden und Manipulation erkennen. Die LpB baut deshalb ihr Angebot zur politischen Medienbildung stetig aus – für Lehrkräfte, Schüler:innen und Eltern.

Eine funktionierende Demokratie lebt von informierter Urteilsfähigkeit. Wer Informationen nicht prüfen, Quellen nicht bewerten und digitale Mechanismen nicht einordnen kann, wird anfälliger für Desinformation. Medienkompetenz ist deshalb eine demokratische Schlüsselkompetenz und muss gelernt werden. Politische Medienbildung stärkt nicht nur den Schutz vor Manipulation, sondern auch die Fähigkeit, digitale Öffentlichkeit aktiv, verantwortungsvoll und konstruktiv mitzugestalten.

In Baden-Württemberg ist Medienbildung seit dem Schuljahr 2025/2026 mit dem Fach „Informatik und Medienbildung“ ab Klasse 5 strukturell verankert. Die LpB begleitet diese Entwicklung mit Unterrichtsmaterialien, Workshops und Fortbildungen. Projekte wie „Safe!“ und die „Politischen Tage“ zu Fake News und Künstlicher Intelligenz vermitteln Kompetenzen zur kritischen Bewertung und reflektierten Gestaltung digitaler Inhalte im Unterricht. Mit „Läuft bei Dir!“ richtet sich die LpB gezielt an Berufsschulen und pädagogische Fachkräfte.

Mit „SCROLL_ – TikTok verstehen und Kinder begleiten“ erweitert die LpB seit Herbst 2025 ihr Angebot gezielt für Eltern und Multiplikator:innen. In Kooperation mit dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Ba-

den-Württemberg sowie der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg verbindet das Projekt politische Medienbildung mit Verbraucherbildung und stärkt die Fähigkeit, digitale Inhalte kritisch zu verstehen, zu bewerten und informierte Entscheidungen zu treffen.

In kompakten Online-Veranstaltungen vermittelt das Vorhaben Wissen über TikTok und stärkt die Dialogfähigkeit im Familienalltag. Zugleich wird am Beispiel der Plattform deutlich, wie wirtschaftliche Interessen, algorithmische Steuerung und politische Einflussnahme ineinandergreifen: Algorithmen entscheiden mit darüber, welche Inhalte sichtbar werden, und verstärken emotionale Beiträge. Aufmerksamkeit wird so zur zentralen Ressource. Das Geschäftsmodell basiert auf der Auswertung von Nutzungsdaten – mit Folgen für

Meinungsbildung und Konsumverhalten. Auch Akteur:innen nutzen diese Mechanismen gezielt. Wie eng Lifestyle, Konsum und Manipulation zusammenwirken, zeigt sich beispielhaft an Phänomenen wie der „Manosphere“ und den „Tradwives“.

Das niedrigschwellige Angebot traf auf große Resonanz: In zwei Wochen waren die ersten Termine mit mehr als 3.000 Anmeldungen ausgebucht. Das Projekt konnte sehr hohe Zustimmungswerte in der Evaluation erzielen. Aufbauend auf dem Vortrag entstand eine Broschüre; 2026 folgt eine Online-Fortbildung sowie ein Materialienheft für Lehrkräfte.

Ergänzt wird das Angebot des Fachbereichs „Medienpädagogik“ durch Fachtagungen, Aktionstage, Seminare, Workshops und Vorträge für Erwachsene, Podcasts und Erklärungsfilme. Auch außerhalb des Fachbereichs bietet das LpB-Team Workshops, Fortbildungen, E-Learning-Kurse, Online-Dossiers und Publikationen zu Themen wie Social Media, Künstlicher Intelligenz, Datenschutz und Desinformation an.





Nachhaltigkeit – kein Sprint, ein Marathon Demokratie(n) in Zeiten von Klimawandel und Extremwetter

Wie lautet die aktuelle Wettervorhersage für Demokratien? Eher stürmisch und unbeständig – und Nachhaltigkeit spielt dabei eine durchaus zentrale Rolle. Als gesellschaftliches Querschnittsthema berührt sie Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen und bringt Meinungsvielfalt und teils hitzige Kontroversen mit sich. Zudem produziert sie nicht selten problematische Spekulationen, Verallgemeinerungen und sogar Verschwörungen.

Vor diesem Hintergrund richtete der Fachbereich „Nachhaltigkeit“ im Juli 2025 gemeinsam mit dem Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume, sowie der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart die Fachtagung „Wasserextreme als Gefahr für unsere Demokratie? Gesellschaftliche Resilienz angesichts von Wetter- und Klimaherausforderungen“ im Tagungszentrum in Stuttgart-Hohenheim aus. Im Austausch zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft wurden Auswirkungen zunehmender Wasserextreme auf gesellschaftlichen

Zusammenhalt und demokratische Prozesse analysiert. Ein Fokus lag auf der Wechselwirkung mit Desinformation und Verschwörungserzählungen, die in Krisenzeiten an Dynamik gewinnen. Als Impulsgeberin nahm Umweltministerin Thekla Walker MdL teil.

Bereits im Mai diskutierten Engagierte aus Umwelt- und Naturschutz, Lehrkräfte und Multiplikator:innen im Rahmen eines zweitägigen Seminars im Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ über Artenvielfalt und Biodiversität. Unter dem Titel „Artenvielfalt wahrnehmen – Zusammenhänge erkennen – Biodiversität erhalten“ wurde mit Dr. Uta Eser, Mitglied des Deutschen Ethikrates, der Frage nachgegangen, welche Folgen es hat, wenn ökologische Beziehungsnetze brüchig werden, und wie Verantwortung im Kontext des globalen Artensterbens wahrgenommen werden kann. Das Seminar entstand in Kooperation mit der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg.

Die Komplexität globaler Verantwortung beleuchtete das Offene Seminar „Globale Verantwortung in einer

verflochtenen Welt“ mit den Juristen Ute Coulmann und Michael Haager. Deutlich wurde: Eindeutige Zuständigkeiten sind in einer globalisierten Ordnung selten nachzuweisen. Politische, wirtschaftliche und individuelle Ebenen greifen vielschichtig ineinander.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll so früh wie möglich ansetzen. Für Erzieher:innen und Lehrkräfte kooperiert der Fachbereich mit dem Entwicklungspädagogischen Informationszentrum (EPiZ) Reutlingen im Rahmen von kita.weltbewusst.2030, Global Teacher und Tagungen des Landesarbeitskreises Bildung für Eine Welt Baden-Württemberg. Beim vierten landesweiten BNE-Netzwerkforum 2030 von Umwelt- und Kultusministerium wurde diese Kooperation gemeinsam mit Geschäftsführerin Gundula Büker unter dem Leitmotiv „Gelebte Kooperation – Zusammen geht's besser!“ vorgestellt.

Partizipation ist Voraussetzung wirksamen Klimaschutzes. Unter dem Titel „Klimaschutz braucht Demokratie und Beteiligung“ veranstaltete der Fachbereich gemeinsam

mit der Umweltakademie und der Allianz für Beteiligung einen Online-Austausch. Dr. Franziska Mey vom Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am Helmholtz-Zentrum für Geoforschung analysierte die Transformation im Spannungsfeld von Zeitdruck und gesellschaftlichen Konflikten. Anni Schlumberger zeigte Gelingensbedingungen wirksamer Bürgerbeteiligung auf und Vertreter:innen von Klimafakten, Klima-Taskforce e. V., Scientists for Future und German Zero brachten ihre Perspektiven ein.

Zivilgesellschaftliches Engagement wird maßgeblich von Ehrenamtlichen getragen. Der Workshop „Mein.Dein.Unser Engagement“ arbeitete mit der BETZAVTA-Methode des ADAM-Instituts Jerusalem und stärkte Kompetenzen in Aushandlungsprozessen, demokratischer Mitgestaltung sowie im Umgang mit Ambiguität und Widersprüchen.

„Wasser ist seit jeher Element des Konflikts und des Friedens zwischen Religionen und Gesellschaften. Wir müssen dafür sorgen, dass es in Zukunft nicht Element der Spaltung und von Verschwörungsmythen ist, sondern Element des demokratischen Zusammenhalts und der gemeinsamen Wertschätzung.“

Dr. Michael Blume,
Beauftragter der Landesregierung
gegen Antisemitismus
und für jüdisches Leben

Resilienz ist und bleibt ein zentrales Konzept. Die Reihe „Resilienz matters! Nachhaltigkeit, Demokratie, junges Engagement“ umfasste eine Online-Veranstaltung mit Prof. Dr. habil. Thomas Klie von der Evangelischen Hochschule Freiburg sowie Shari Kohlmeyer vom Deutschen Bundesjugendring. Im Dezember

folgte eine zweitägige Präsenzveranstaltung im „Haus auf der Alb“. Prof. Dr. Martin K. W. Schweer, Leiter des Zentrums für Vertrauensforschung an der Universität Vechta, betonte Vertrauen als Schlüsselresource für soziales Miteinander und demokratieförderndes Bewusstsein junger Menschen. Weitere Impulse lieferten Dr. Gerhard Ruf von Psychologists for Future und Dr. Josefa Kny von betterLAB. Kooperationspartner waren die Junge Plattform der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg und die Evangelische Akademie Bad Boll.

Lehrkräfte übernehmen eine besondere Verantwortung für junge Menschen. Das Seminar „Demokratie – was wir uns bei Bienen abschauen können“ für Studierende und Bürger:innen diskutierte den „Bienenstaat“ als Modell kollektiver Entscheidungsprozesse. Beim Fachgespräch „Bildung gegen Rechtsextremismus“ erörterten Hochschullehrende Strategien zur Vorbereitung angehender Lehrkräfte auf menschenfeindliche Situationen im Schulalltag. Beide Formate wurden in Kooperation mit dem IZEW der Universität Tübingen durchgeführt.

Kontroverse Diskurse erfordern rhetorische Kompetenz. Der Workshop „Jetzt rede ich! Überzeugend argumentieren und auftreten mit schwierigen Themen“ unter Leitung der Journalistin Ulrike Schnellbach vermittelte Instrumente für einen souveränen Umgang mit Meinungsstreit für alle Interessierten.

Philipp Hübl beschreibt in „Moral-spektakel – wie die richtige Haltung zum Statussymbol in unserer Gesellschaft wurde und warum das die Welt nicht besser macht“, wie rasch Debatten moralisch aufgeladen werden. In Kooperation mit der Buchhandlung am Markt und der Biosphärenvolkshochschule Bad Urach-Münsingen fand im November eine Autorenlesung in Bad Urach statt und setzte einen Schlusspunkt unter ein – für den Fachbereich und das Thema Nachhaltigkeit – bewegtes Jahr.



LpB-Direktorin Sibylle Thelen bei der Fachtagung „Wasserextreme als Gefahr für unsere Demokratie?“ an der Akademie Hohenheim.

Foto: Akademie/Schewe



LpB-Fachreferentin und Abteilungsleiterin Claudia Möller beim BNE-Netzwerkforum 2030 in Stuttgart.

Foto: Martin Stollberg

Demokratie ganzheitlich denken Demokratische Schulentwicklung in Baden-Württemberg

Die systemische demokratische Schulentwicklung ist ein zentraler Schwerpunkt des Fachbereichs „Schule und Bildung“. Nach einer mehrjährigen Qualifizierung von Moderator:innen für demokratische Schulentwicklung liegt seit dem Schuljahr 2025/26 der Fokus auf der Begleitung ihrer Arbeit an Schulen. Mittlerweile gibt es auch zwei LpB-Projektschulen und Publikationen des Fachbereichs.

Mehr denn je sind Schulen gefordert, bei der Sicherung unserer Demokratie und demokratischen Lebensweise mitzuwirken. Der demokratischen Schulentwicklung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie die gesamte Schule als „pädagogische Handlungseinheit“ (H. Fend) in den Blick nimmt. Die demokratische Schulentwicklung ist ein innovativer Ansatz, der Engagement, Professionalität sowie Zeit und Geduld von allen Akteur:innen erfordert und im Erfolgsfall die

Schule auf ihren drei grundlegenden Entwicklungsebenen nach vorne bringt: der Organisationsentwicklung (OE), Personalentwicklung (PE) und der Unterrichtsentwicklung (UE). Alle drei Ebenen bilden zusammen den Dreiklang oder die „Trias“ der (demokratischen) Schulentwicklung, die sich gegenseitig bedingen.

Die demokratische Schulentwicklung ist ein zentraler Arbeitsschwerpunkt des Fachbereichs „Schule und Bildung“. Im Juli 2025 kam die zweijährige Weiterqualifizierung von Schulleitungen und Lehrkräften aus 30 Schulen aller Schulformen in Baden-Württemberg zum Abschluss. Die Teilnehmenden wirken als Moderator:innen für demokratische Schulentwicklung und haben an ihren Schulen systemische und nachhaltige Prozesse demokratischer Schulentwicklung angestoßen.

Nach Abschluss dieser längeren Qualifizierungsphase im „Haus auf der Alb“ steht seit dem Schuljahr 2025/26 die kontinuierliche Begleitung dieser Moderator:innen an ihren jeweiligen Schulen vor Ort im Mittelpunkt. Mittlerweile gibt es auch zwei LpB-Projektschulen für demokratische Schulentwicklung: die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried (IGMH) und das Wildermuth-Gymnasium in Tübingen. Beide konzentrieren sich zunächst auf die demokratische Organisationsentwicklung, insbesondere auf die schulweite Einführung von Klassenräten. Grundlage hierfür sind umfangreiche schulinterne Fortbildungen für Lehrkräfte in enger Zusammenarbeit mit Dr. Birte Friedrichs, einer bundesweit anerkannten Expertin für Klassenräte.

Ergänzend werden die Klassensprecher:innen beider Schulen in Zusammenarbeit mit der Schülermitverantwortung (SMV) qualifiziert, unterstützt durch die Expertise von Berat Gürbüz, langjähriger Vorsitzender des Landesschülerbeirats und jetziger freier Mitarbeiter des Fachbereichs.



In 2025 hat der Fachbereich zudem zwei Hefte in der LpB-Reihe „Bausteine“ mit dem Titel „Demokratische Schulentwicklung konkret“ konzipiert, die Anfang 2026 erschienen sind: Heft 1 enthält Grundlagenbeiträge zur demokratischen Schulentwicklung führender Expert:innen. In Heft 2 finden sich viele Handlungsvorschläge für die Praxis, die vielfach aus den Qualifizierungsveranstaltungen hervorgegangen und dort erprobt worden sind. Ihr Fokus liegt entsprechend der Ausrichtung des Projekts auf der demokratischen Organisationsentwicklung, wie zum Beispiel der Entwicklung eines demokratischen und partizipativen Leitbildes einer Schule oder der schulweiten Einführung von Klassenräten.



Gruppenbild vom Pädagogischen Tag an der IGMH Mannheim mit Schulleitung, Konzeptgruppe, Judith Hoffmann als Moderatorin für Demokratieentwicklung, Dr. Konstantin Broese, Leiter des Fachbereichs „Schule und Bildung“, (freien) Mitarbeitenden des Fachbereichs sowie Referent:innen.

Foto: IGMH/Scholz

Echte Beteiligung schafft Akzeptanz

Judith Hoffmann über die demokratische Schulentwicklung an ihrer Schule in Mannheim



Judith Hoffmann

Foto: privat

Judith Hoffmann ist Gymnasiallehrkraft für die Fächer Ethik, Gemeinschaftskunde, Geschichte und Wirtschaft. Sie unterrichtet an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried (IGMH) und ist freie Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung. Als zertifizierte Moderatorin für demokratische Schulentwicklung koordiniert sie die Arbeit der Konzeptgruppe für Demokratieentwicklung an ihrer Schule.

Frau Hoffmann, wo steht die IGMH im Prozess der demokratischen Schulentwicklung und was sind zentrale Ziele?

Judith Hoffmann | Die IGMH befindet sich mitten in einem langfristig angelegten Prozess demokratischer Schulentwicklung als Organisationsentwicklung. Die flächendeckende Einführung von Klassen- und Jahrgangsstufenräten und die Stärkung der Schüler:innenpartizipation durch Beteiligungsformate wie Schülermitverantwortung und Stufenparlamente sind für uns zentral. Die Zusammenarbeit mit der LpB liefert durch Beratung, Fortbildungen und den Austausch mit an-

deren Schulen wertvolle Impulse. Unsere Konzeptgruppe koordiniert die Entwicklung mit dem Ziel, die Schule als pädagogische Handlungseinheit zu stärken. Demokratieentwicklung betrifft alle Ebenen schulischen Handelns: Unterricht, Personal und Organisation. Für uns ist entscheidend, demokratisches Handeln für alle Beteiligten erlebbar zu machen.

Wann und wie wollen Sie diese Ziele erreichen?

Judith Hoffmann | Die Umsetzung erfolgt schrittweise und datengestützt, etwa durch schulweite Umfragen und klare Meilensteine. Den Startschuss bildete die Einführung des Klassenrats in allen Jahrgangsstufen, unterstützt durch einen praxisnahen „Baukasten“ für Klassenlehrerstunden. Seit dem Schuljahr 2024/25 ist der Klassenrat in der Orientierungsstufe fest verankert. Ein zentraler Meilenstein war der Pädagogische Tag am 29. April 2026, an dem circa 160 Lehrkräfte, Schüler:innen und namhafte Expert:innen aus dem Schulentwicklungsbereich gemeinsam an der Weiterentwicklung arbeiteten.

Welche Bedarfe bestehen, damit Ihre Schule diese Ziele erreichen kann?

Judith Hoffmann | Zentral sind ausreichend Zeit, gute Koordination und externe Begleitung. Schulentwicklung benötigt geschützte Räume für Umsetzung, Reflexion und Fortbildung und darf nicht auf den Schultern einzelner engagierter Per-

sonen liegen. Entscheidend ist die aktive Unterstützung der Schulleitung von Beginn an, in unserem Fall durch unseren Rektor Rainer Mickel, der diesen Prozess mit hoher Priorität behandelt. Die Kooperation mit dem Fachbereich „Schule und Bildung“ sichert kontinuierliche Beratung, Unterstützung und Professionalisierung.

Haben Sie Ratschläge für andere Schulen?

Judith Hoffmann | Beginnen Sie klein, aber beginnen Sie. Es geht nicht darum, alles auf einmal zu verändern, sondern darum, erste sichtbare und wirksame Schritte zu setzen. Wählen Sie ein Pilotformat wie den Klassenrat und führen Sie es konsequent ein – mit klaren Regeln, Rollen und Rückmeldewegen. Holen Sie Schüler:innen von Anfang an mit ins Boot – nur echte Beteiligung schafft Akzeptanz. Nutzen Sie externe Unterstützung wie die Angebote der LpB und evaluieren Sie regelmäßig Bedarfe und Fortschritte. Eine einfache Befragung kann zeigen, was funktioniert und was angepasst werden muss. Unser Erfolg basiert auf dem Grundsatz:

„Demokratie ist kein Fach, sondern eine Haltung – und die kann man nur gemeinsam lernen.“





80 Jahre Kriegsende Vielfältiges Angebot zum 8. Mai 1945

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Diktatur, dessen 80. Jahrestag 2025 begangen wurde, markiert eine tiefgreifende Zäsur. Die Deutung des 8. Mai 1945 als „Stunde Null“, „Niederlage“ oder „Tag der Befreiung“ ist bis heute Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Kontroversen. Fragen von Schuld, Erinnerung und Verantwortung stehen im Zentrum. Mit verschiedenen Angeboten hat die LpB den Gedenktag aufgegriffen und zum Austausch eingeladen.

Eine Podiumsdiskussion am 6. Mai 2025 in Karlsruhe bot Gelegenheit, sich mit dem Thema „Deutschland und der Umgang mit der Vergangenheit“ auseinanderzusetzen. Vier Fachleute aus unterschiedlichen Disziplinen beleuchteten verschiedene Perspektiven und diskutierten diese mit dem Publikum. Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe statt.

Der Vortrag „Tag der Befreiung“ griff die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 auf – 40 Jahre nach Kriegsende – und fragte nach ihrer erinnerungspolitischen Bedeutung heute – wiederum 40 Jahre später. Die LpB-Außenstelle Freiburg bot die Diskussion gemeinsam mit dem

Colloquium Politicum der Universität und der Katholischen Akademie Freiburg an. Ergänzend widmete sich die Webtalk-Reihe „Freiburg und die Region in der Zeit des Nationalsozialismus“ mit verschiedenen Kooperationspartnern in drei Online-Vorträgen regionalgeschichtlichen Aspekten.

„Keine Stunde Null“. Die Zeit nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland und die tödliche Razzia in der Stuttgarter Reinsburgstraße“ lautete der Titel einer zweitägigen Veranstaltung im Juni 2025, die sich auch an Fachleute der Nachkriegsgeschichte und angehende Lehrkräfte wandte. In vier Foren wurde die Zeit nach 1945 aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, die von jüdischen Überlebenden, der amerikanischen Militärregierung, der deutschen Nachkriegsgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft. Kooperationspartner waren das Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Erinnerungsort Hotel Silber, das Deutsch-Amerikanische Zentrum Stuttgart, die Stiftung Geißstraße und die Stuttgarter Filmemacherin Tina Fuchs.

Ausstellungen umrahmten den Gedenktag. Die Wanderausstellung „Ich habe den Krieg verhindern wollen“ widmete sich Georg Elser und seinem Attentat auf Adolf Hitler

vom 8. November 1939. Sie beleuchtet Elsers Leben, das Attentat und die anschließenden Verhöre durch die Gestapo und würdigt ihn als bedeutende Persönlichkeit des Widerstands im deutschen Südwesten. Die Ausstellung war im Frühjahr 2025 in Künzelsau und Süßen zu sehen.

Die Ausstellung „Freiheit – so nah, so fern“ in deutscher und französischer Sprache thematisiert das doppelte Ende des Konzentrationslagers Natzweiler 1944/1945. Im Zentrum des reich bebilderten Angebots stehen die Lebensgeschichten politischer und jüdischer Häftlinge im Konzentrationslager Natzweiler-Struthof und in dessen Außenlagern. Ein Teil der Ausstellung setzt sich mit den Tätern und Verantwortlichen auseinander. Die Ausstellung wurde im Frühjahr 2025 in Bad Waldsee gezeigt.

Anlässlich des 80. Jahrestags des Kriegsendes beteiligte sich die LpB zudem an Aktionen für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt auf dem Stuttgarter Schlossplatz, unter anderem mit einer Fotobox und dem „Demokratie-Glücksrad“. Die Aktionstage fanden im Rahmen des Internationalen Trickfilmfestivals statt und wurden vom Verband Region Stuttgart initiiert.

NS-Bezüge im Landtag

Erste Ergebnisse zur Kunst liegen vor

Der Landtag von Baden-Württemberg setzt sich mit Bezügen zum Nationalsozialismus im eigenen Haus auseinander. Ein Gutachten zu den im Parlament öffentlich zugänglichen Kunstwerken und zu den mit Büsten geehrten früheren Landtagspräsidenten wurde im Herbst 2025 vorgelegt. Es empfiehlt, NS-Belastungen sichtbar zu machen und so eine kritische Auseinandersetzung anzustoßen.

Auf Initiative von Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL lässt der Landtag von Baden-Württemberg erstmals systematisch die NS-Vergangenheit südwestdeutscher Landtagsabgeordneter sowie die NS-Bezüge von Kunstwerken im Parlament wissenschaftlich untersuchen. Das im Juli 2024 gestartete Forschungsprojekt wird von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert, von einem Wissenschaftlichen Beirat begleitet und von Prof. Dr. Reinhold Weber von der LpB koordiniert.

Zu den im Landtag ausgestellten Kunstwerken wurde im Herbst 2025 ein wissenschaftliches Gutachten abgeschlossen und sowohl dem Präsidium des Landtags als auch bei einer Veranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt. Autorin und Autor des Gutachtens sind die Kunsthistorikerin Dr. Leonie Beiersdorf (Staatliche Kunsthalle Karlsruhe) und der Historiker Prof. Dr. Frank Engehausen (Universität Heidelberg). Landtagspräsidentin Muhterem Aras sagte bei der

Vorstellung: „Als Landtagspräsidentin habe ich Gedenkarbeit zu einem meiner Schwerpunkte gemacht: Weil ich zutiefst überzeugt bin, dass sie ein elementarer Bestandteil von Demokratie ist. Wer um das Grauen und die Dynamik der NS-Zeit weiß, der weiß unser Grundgesetz wohl eher zu schätzen. Und der vermag es womöglich auch besser zu schützen – vor den Feinden der Demokratie in der Gegenwart.“

Untersucht wurden die Biografien der Künstlerinnen und Künstler, deren Werke im Landtagsgebäude öffentlich zugänglich sind. Auch frühere Landtagspräsidenten, die durch Büsten im Foyer des Landtags geehrt werden, standen im Fokus.

Der Wissenschaftliche Beirat sieht bei mehreren Personen Handlungsbedarf, etwa aufgrund formaler NS-Belastungen wie einer NSDAP-Mitgliedschaft. Dabei handelt es sich um die Künstler Walter Brudi, David Fahrner, Jakob Wilhelm Fehrle und Fritz von Graevenitz sowie die früheren Landtagspräsidenten Erich Ganzenmüller, Franz Gurk, Carl Neinhaus und Camill Wurz. Zugleich betont das Gutachten, dass diese Politiker nicht an NS-Verbrechen beteiligt waren.

In einem ersten Schritt werden nun alle betroffenen Kunstwerke und Büsten kommentiert – durch Texte vor Ort und online auf der Homepage des Landtags. Das weitere Vorgehen – etwa eine Veränderung in der Anordnung der Kunstwerke – soll dann im Präsidium des Landtags diskutiert werden. Ziel des Projekts ist es, Brüche und Kontinuitäten in den Biografien sichtbar zu machen und zugleich ihre Integration in die Nachkriegsdemokratie einzuordnen. Dazu Muhterem Aras: „Wenn wir nach der NS-Vergangenheit von Künstlerinnen und Künstlern fragen, nach der NS-Vergangenheit auch von Landtagspräsidenten, die im Landtag dargestellt sind, dann ist das eine logische Konsequenz unserer Gedenkarbeit. Dabei geht es nicht darum, posthum über Menschen zu richten oder ihnen spätere demokratische Verdienste abzusprechen. Sondern es geht darum, die Wahrheit zu kennen und abzubilden.“

Im Herbst 2025 hat der Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung beschlossen, das Projekt bis Ende 2027 weiterhin finanziell zu fördern. Untersucht werden nun eventuelle NS-Belastungen von rund 720 Abgeordneten der südwestdeutschen Parlamente nach 1945.



Das Gutachten zur Kunst im Landtag ist öffentlich zugänglich.

Neun ehemalige Landtagspräsidenten werden im Foyer des Landtags mit Büsten geehrt, sieben davon lebten als Erwachsene im „Dritten Reich“ – mit sehr unterschiedlichen Biografien.

Foto: LTBW



5

Handlungsfelder der politischen Bildung

Schule ist nicht gleich Schule: Die LpB verfeinert ihr Portfolio stetig für verschiedene Schularten. Extremismusprävention in der Jugend- und Erwachsenenbildung, Angebote für Frauen und das Freiwillige Ökologische Jahr sind weitere Wirkungsfelder. Neuerdings nimmt die LpB vermehrt Menschen in den Blick, die bisher kaum im Fokus von politischer Bildung standen. Und auch für Kinder entwickelt sie ein eigenes Schutzkonzept.

Politische Bildung für alle

Workshops am SBBZ

Politische Bildung an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) ist im Aufwind. Die Außenstellen der Landeszentrale reagieren darauf mit speziellen Workshops für diese Schulart und erleben eine hohe Nachfrage. Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf nehmen – nicht nur vor Wahlen – an Angeboten zur politischen Bildung teil, die sie für Politik begeistern und zu demokratischer Teilhabe befähigen.

Was haben glitzernde Spiel-Diamanten und ein Spiel-Schwein mit politischer Bildung zu tun? Beides kommt in den Workshops der Landeszentrale in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) zum Einsatz. Ziel ist es, Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit Angeboten zur politischen Bildung zu erreichen, die speziell für diese Schullart entwickelt werden. Die Herausforderung dabei ist eine sehr heterogene Schülerschaft. In Baden-Württemberg gibt es sieben verschiedene Förderschwerpunkte, die von Schüler:innen mit unterschiedlichsten kognitiven, motorischen oder emotional-sozialen Herausforderungen besucht werden. Die Angebote der LpB richten sich in erster Linie an die beiden Förderschwerpunkte „Lernen“ und „Geistige Entwicklung“. Die Formate sind so gestaltet, dass sie den individuellen Bedürfnissen und Lernmöglichkeiten der Schüler:innen möglichst gerecht werden. Thematisch unterscheiden sich die Workshops am SBBZ nicht von den Politischen Tagen an den Regelschulen. Denn für die Schüler:innen am SBBZ sind aktuelle politische Ereignisse genauso relevant wie der Umgang mit sozialen Medien und Fake News, Fragen zu Demokratie

und Menschenwürde oder Überlegungen zur Nachhaltigkeit. Die Workshops sind mit drei Stunden kürzer als in den weiterführenden Schulen und zeichnen sich durch eine grundlegende Elementarisierung, einen ausgeprägten lebensweltlichen Bezug sowie eine starke Handlungsorientierung aus. So werden Spiel-Diamanten zu sicht- und fühlbaren „Stimmen“ in Abstimmungsprozessen und ein Spiel-Schwein repräsentiert das Thema Landwirtschaft in einem europapolitischen Format. Schüler:innen werden mit Schere, Stiften und Papier zur kreativen Auseinandersetzung mit Wahlen oder dem Grundgesetz angeregt. Im Jahr 2025 haben die Außenstellen insgesamt 86 Politische Tage an einem SBBZ durchgeführt.

Parallel zur steigenden Nachfrage nach Schul-Workshops am SBBZ wächst auch der Informationsbedarf von Lehrkräften und Studierenden mit sonderpädagogischem Profil zu Themen politischer Bildung. Die Landeszentrale wird regelmäßig an die Pädagogischen Hochschulen und in die Seminare für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte eingeladen, um theoretische und praktische Impulse für die Demokratiebildung am SBBZ zu geben. Gleichzeitig ist es wichtig und für die Qualität der Angebote zentral, die hauptamtlichen und freien Mitarbeitenden der Landeszentrale im pädagogischen Umgang mit den besonderen Herausforderungen am SBBZ zu qualifizieren. So finden vor allem in den Außenstellen regel-

mäßig Weiterbildungen statt, die sich der Leichten Sprache oder den didaktischen Prinzipien in den verschiedenen Förderschwerpunkten widmen. Flankiert werden die Veranstaltungsformate durch Publikationen in Leichter Sprache, die der Fachbereich „Grundschule“ publiziert. Die Angebote für die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren schließen eine Lücke im Gesamtportfolio der LpB. Davon profitieren alle – Schüler:innen am SBBZ, ihre Lehrkräfte und auch die Landeszentrale selbst.

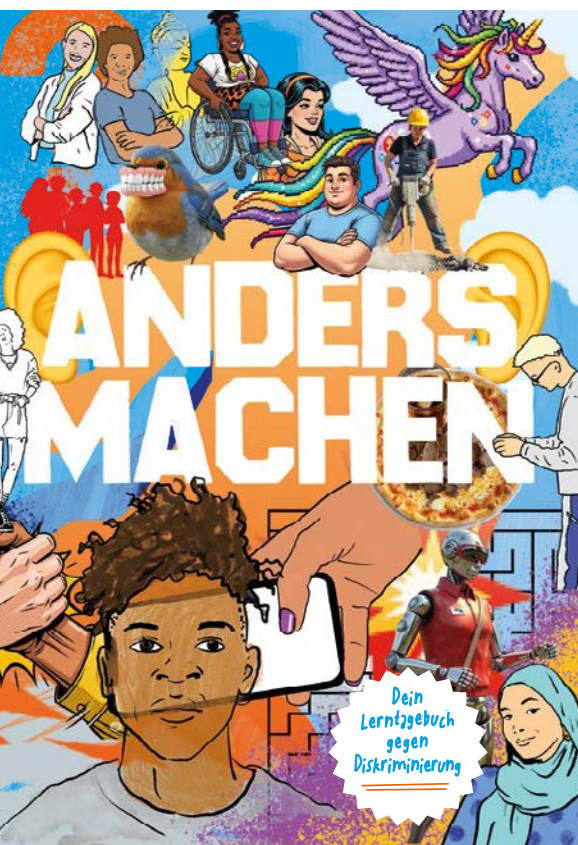


Oben: Spiel-Diamanten werden zu sichtbaren „Stimmen“ in Abstimmungsprozessen. Unten: Eine starke Visualisierung hilft Kindern und Jugendlichen mit Schwierigkeiten beim Lesen.

Fotos: Johanna Stamm



Demokratiebildung, die stärkt Angebote zwischen Schule und Beruf



Der Übergang von der Schule in das Berufsleben stellt eine zentrale Phase im Leben junger Menschen dar: Sie übernehmen zunehmend Verantwortung, entwickeln sich persönlich weiter und finden Orientierung als Teil der Gesellschaft. Gleichzeitig ist dieser Lebensabschnitt häufig von Unsicherheiten und offenen Fragen geprägt. Angebote der Demokratiebildung leisten hier einen wichtigen Beitrag, indem sie junge Menschen dabei unterstützen, sich mit gesellschaftlichen Herausforderungen auseinanderzusetzen und demokratische Kompetenzen zu stärken.

Auch im Jahr 2025 setzte die Stabsstelle „Demokratie stärken!“ zahlreiche Maßnahmen und Formate für die Zielgruppe am Übergang von Schule zu Beruf um.

Projekt „Läuft bei Dir!“

Im Projekt „Läuft bei Dir!“ in Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg Stiftung wurde der seit vielen Jahren etablierte Projekttag „Hacker Attack“, dessen Schwerpunkt auf einem medienpädagogischen Escape Room liegt, erneut stark nachgefragt und erhielt sehr positive Rückmeldungen. Ebenso erfolgreich verlief der Projekttag „Bias Breaker“, ein neues Format, das ebenfalls mit einem Escape-Room-Ansatz arbeitet. Der Escape Room kam erstmals Ende 2024 zum Einsatz und thematisiert schwerpunktmäßig Diskriminierung.

In den LpB-Außenstellen in Freiburg, Heidelberg und Tübingen nahmen zahlreiche Jugendliche an den Angeboten teil, lösten gemeinsam Rätsel und setzten sich dabei spielerisch mit demokratiebezogenen Fragestellungen auseinander.

Auch das Fortbildungsangebot für Fachkräfte zu den Themen „Methoden der Demokratiebildung“, „Politische Medienbildung“, „Selbstwirksamkeit“ sowie „Umgang mit Abwertungen“ wurde erneut intensiv genutzt.

Fachtag mit IHK und Südwestmetall

Eine neue Akteurskonstellation und damit auch Zugang zu neuen Zielgruppen ergaben sich am 21. März 2025: Für Ausbildungs- und Personalleitungen, Führungskräfte aus Unternehmen, Betriebsräte sowie Fachkräfte aus der beruflichen Bildung veranstaltete die Stabsstelle „Demokratie stärken!“ in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart und Süd-

westmetall einen Fachtag mit etwa 150 Teilnehmenden zum Thema Demokratieförderung.

Bei Fachvorträgen, einem Podiumsgespräch und verschiedenen Foren wurde intensiv der Frage nachgegangen, wie Demokratieförderung in Betrieben und in der beruflichen Bildung konkret umgesetzt werden kann. Prof. Dr. Frank Brettschneider von der Universität Hohenheim beleuchtete in seinem Vortrag den Zusammenhang zwischen Populismus und Verschwörungsmythen sowie deren zugrunde liegenden Einstellungen und Kommunikationsformen. Dr. Christoph Schleer, Director Research & Consulting beim SINUS-Institut, zeigte anschließend auf, welche Bedeutung das Aufwachsen junger Menschen in Krisenzeiten hat und welche Folgen daraus entstehende Verunsicherungen haben können.

In einem breit besetzten Podium wurde diskutiert, wie Erkenntnisse und Wissen in konkretes demokratisches Handeln überführt werden können. Das Motto „Ins Handeln kommen“ prägte auch die Foren am Nachmittag. Dort stellten unter anderem die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), die Bürgerstiftung Stuttgart, die Fachstelle Extremismusdistanzierung sowie der „Verein zur Bewahrung der Demokratie“ der IG Metall ihre Angebote und Unterstützungssätze für die Teilnehmenden vor.

Projekt „Safe!“

Das Projekt „Safe!“, ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg Stiftung, erweiterte 2025 sein Portfolio um ein speziell für berufliche Schulen entwickeltes

Bildungsformat: die „Arena der Argumente! – Von Arbeit, Mut und Werten“. Im Mittelpunkt des zweitägigen Angebots steht die aktive Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen, die von den Teilnehmenden selbst als relevant wahrgenommen werden. Ausgangspunkt ist die Entwicklung eigener Social-Media-Beiträge, mit denen persönliche Interessen, Positionen und gesellschaftliche Anliegen sichtbar gemacht werden.

Im Verlauf des Projekts reflektieren die Schüler:innen ihre eigenen Standpunkte, präzisieren diese sprachlich und bringen sie in einen konstruktiven Austausch ein. Dieser Prozess wird durch partizipative und spielerische Methoden didaktisch begleitet. Ziel ist es, Argumentationsfähigkeit, Urteilskompetenz und Dialogbereitschaft nachhaltig zu stärken.

Der Austausch beschränkt sich dabei nicht auf den physischen Raum des Klassenzimmers, sondern bezieht bewusst digitale Kommunika-

tionsräume ein. Bei der Erstellung der Beiträge nutzen die Teilnehmenden zum Beispiel Large Language Models als KI-basierte Werkzeuge. Diese werden als digitale Hilfsmittel thematisiert, die bei verantwortungsvollem Einsatz unterstützen können, bei unsachgemäßer Nutzung jedoch Risiken bergen. Das Format stärkt damit politische und mediale Kompetenzen sowie die Fähigkeit, respektvoll zu diskutieren und unterschiedliche Perspektiven anzuerkennen.

Neues Lerntagebuch „Anders machen“

Darüber hinaus wurde im Jahr 2025 im Rahmen von „Läuft bei Dir!“ ein neues Lerntagebuch zum Thema Diskriminierung entwickelt: „Anders machen – Dein Lerntagebuch gegen Diskriminierung“. Die Publikation wurde Ende 2025 fertiggestellt und ist seit Januar 2026 im LpB-Webshop kostenlos verfügbar. „Anders machen“ richtet sich insbesondere an junge Menschen am Übergang

von der Schule in das Berufsleben. Das Lerntagebuch zeichnet sich durch seinen interaktiven Ansatz aus: Es ist nicht nur als Lektüre gedacht, sondern lädt ausdrücklich zur aktiven Bearbeitung ein. Eigene Anmerkungen, Illustrationen und Reflexionen sind zentraler Bestandteil des Konzepts. Ergänzt wird die Publikation durch auditive Elemente, die über QR-Codes abrufbar sind.

Die kurzen Texte, Grafiken und Aufgaben sind so gestaltet, dass sie ohne Vorkenntnisse sowohl im Unterricht als auch in der außerschulischen politischen Bildung eingesetzt werden können. Inhaltlich orientieren sich die Kapitel an zentralen Lebensbereichen Jugendlicher wie Ausbildung, Beruf oder Freizeit. Ausgehend von persönlichen Werten und der eigenen Identität werden unterschiedliche Diskriminierungsformen, deren Auswirkungen auf Betroffene sowie Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Diskriminierung beleuchtet.



Beim Fachtag Demokratieförderung in der IHK Stuttgart im Gespräch (v. l. n. r.): Prof. Dr. Frank Brettschneider (Universität Hohenheim), Dr. Barbara Ofstad (Leiterin Siemens Professional Education der Siemens AG), Mark Kleber (Moderator), Diana Bäcker (Personalreferentin Hainbuch GmbH), Kai Burmeister (Vorsitzender DGB Baden-Württemberg) und Dr. Christoph Schleier (Director Research & Consulting des SINUS-Instituts).

Foto: IHK Region Stuttgart/Kraufmann.

Geschichte und Gegenwart vernetzt Der Schülerwettbewerb im Austausch

Der Schülerwettbewerb des Landtags widmete sich 2025 unter anderem der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes und – im Rahmen einer Exkursion für Lehrkräfte nach Chemnitz – dem Austausch mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

2025 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal. Wenige Monate vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde am 27. Januar 1945 das nationalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit. Es steht seither als Symbol für das Grauen des Holocausts, die Ermordung der Jüdinnen und Juden Europas. Heute ist der Ort in Polen eine Gedenkstätte. Auch in Baden-Württemberg halten Gedenk- und Lernorte die Erinnerung an Millionen von Menschen wach, die von den Nationalsozialisten ausgegrenzt, verfolgt und ermordet wurden.

Anlässlich des 80. Jahrestags konnten sich Teilnehmende des Schülerwettbewerbs des Landtags im Rahmen des Themas „Bei dir vor Ort“ mit der lokalen Erinnerungskultur beschäftigen. Gemeinsam mit dem Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ rief der Schülerwettbewerb junge Menschen dazu auf, selbst einen Ort „vor der eigenen Haustür“ zu besuchen, an dem sich Menschen für die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes engagieren – etwa eine der mehr als 80 Gedenk-

stätten, die in der „Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen“ (LAGG) organisiert sind.

Im Rahmen des 68. Schülerwettbewerbs sind diesem Aufruf über 100 Schüler:innen gefolgt. Zehn von ihnen wurden für ihre Arbeit mit einem Förder- oder ersten Preis ausgezeichnet. Sie alle haben wichtige Beiträge geleistet, um Spuren zu dokumentieren, die Erinnerung wachzuhalten und Engagement zu fördern. Alle Teilnehmenden des Wettbewerbs sind überdies eingeladen, sich als Jugendguides an Gedenkstätten ausbilden zu lassen. Diese Ausbildung wird jährlich vom Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ gemeinsam mit der LAGG organisiert.

Das Jahr 2025 stand aber auch im Zeichen der Vernetzung mit Akteuren, die sich mit der „zweiten Dikta-

tur“ in Deutschland, der DDR, befassen: Zwölf Lehrkräfte aus Baden-Württemberg waren eingeladen, sich in Chemnitz mit Kolleg:innen aus Sachsen auszutauschen. Im Mittelpunkt der Exkursion, die von den Landeszentralen in Baden-Württemberg und Sachsen organisiert wurde, standen Workshops, in denen ein enger Austausch von Schüler:innen der beiden Bundesländer geplant werden sollte. Ziel des Austauschs soll es sein, die gegenseitigen Lebenswelten kennenzulernen und im jeweils anderen Bundesland sichtbar zu machen. Die Vernetzung der Lehrkräfte wird voraussichtlich in Baden-Württemberg fortgesetzt. Neben Workshops boten die beiden Landeszentralen ein vielfältiges Rahmenprogramm in der Kulturhauptstadt Europas 2025: von der klassischen Stadtführung über eine musikalische Erlebnislesung der Autorin Stefanie Wally und dem Pianisten Paul Tauber zum Roman „Akte Luftballon“ bis hin zu einer Vorführung des Films „Mit der Faust in die Welt schlagen“ samt anschließendem Gespräch mit der Regisseurin Constanze Klaue und dem Kameramann Florian Brückner. Neben konkreten Umsetzungsmöglichkeiten für einen Austausch zwischen Schüler:innen sammelten die Lehrkräfte weitere Ideen, um die beiden Bundesländer künftig intensiver zu vernetzen.

Workshop-Teilnehmende vor dem „Nischel“ in Chemnitz.



Kontrovers diskutiert: Prostitution

Fachbereich „Frauen und Politik“ aktuell

Antifeminismus, Armut, Frauen und KI, Mütter in der Politik – das Themenspektrum im Fachbereich „Frauen und Politik“ war 2025 breit. Im Fokus stand stets die Frage nach dem Stand der Frauenrechte. Seit 1949 garantiert das Grundgesetz die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, seit 1994 ist aktive Gleichstellungspolitik verpflichtend. Jedoch bleibt deren Umsetzung im Alltag oft schwierig. Das zeigt sich auch an einem Themenfeld, das den Fachbereich aktuell umtreibt: der Umgang mit Prostitution.

Seit 2002 ist Prostitution in Deutschland gesetzlich legalisiert – eine fast ausschließlich von Männern in Anspruch genommene, überwiegend von Frauen erbrachte Arbeit. Für viele zieht diese Tätigkeit körperliche und seelische Schäden und teils schwere Gewalterfahrungen nach sich. Trotz einer schwierigen und nicht unumstrittenen Datenlage zeigen Kriminalstatistiken, dass für Frauen in Deutschland kein gefährlicherer Beruf existiert. Was heißt dies in puncto Frauenrechte?

„Das Thema Prostitution ist demokratierelevant – und wird gleichzeitig äußerst kontrovers diskutiert. Die LpB trifft hier einen gesellschaftlichen Nerv.“

Die Gesetzgebung zur Prostitution wird derzeit lebhaft diskutiert. Zivilgesellschaftliche Initiativen fordern einen anderen Umgang mit Prostitution, mehr Sensibilisierung für die Lebenssituationen von Prostituierten – und den Blick auf diejeni-



gen, die Prostitution in Anspruch nehmen. Kooperationsanfragen von Netzwerken, die sich mit Prostitution befassen, nehmen zu und tragen dazu bei, ein in der LpB wie auch der politischen Bildung insgesamt bislang kaum bearbeitetes Thema auf die Agenda zu setzen.

Anlass für gemeinsame Veranstaltungen von LpB und bürgerschaftlich Aktiven im Land waren Begleitprogramme zu der in mehreren Städten gezeigten Ausstellung „geichtslos – Frauen in der Prostitution“. So diskutierte in Leinfelden ein Podium die Frage „Ist Sexkauf Gewalt?“, während mit einem Ludwigsburger Bündnis eine Online-Konferenz zum Prostituierten-schutzgesetz organisiert wurde.

Frauenpolitisch Aktiven in Offenburg – vor Ort stark mit Prostitution konfrontiert – verdankt die LpB die Anregung eines neuen Bildungsangebots. Gemeinsam mit dem Fachbereich „E-Learning“ entstand so der Online-Kurs „Prostitution – eine Arbeit wie jede andere?“, der seit Herbst 2025 frei zugänglich ist. Thema des Kurses ist weniger Sexarbeit auf freiwilliger Basis als vielmehr Zwangsprostitution und deren potenzielle Folgen bis hin

zu Menschenhandel. Vier Module stellen komplexe Zusammenhänge aus einer menschenrechtsbasierten Perspektive dar, unterstützt durch multimediale Elemente. Es geht um historische und gesellschaftliche Dimensionen von Prostitution, unterschiedliche rechtliche Regelungsmodelle und Maßnahmen gegen Ausbeutung im Kontext von Zwangsprostitution.

Zielgruppen sind Sozialarbeiter:innen, Lehrkräfte, Schulklassen, politisch Aktive und Interessierte. Explizit adressiert der Kurs auch Männer: 2025 wurde er in der Männerakademie der Volkshochschule Heilbronn vorgestellt und diskutiert, 2026 wird er tutoriell begleitet für das Bundesforum Männer und das Bündnis „männer.bw“ angeboten.

Das Thema Prostitution ist demokratierelevant – und wird gleichzeitig äußerst kontrovers diskutiert. Das zeigen die vielen Rückmeldungen und das sehr unterschiedliche Feedback zum Online-Kurs. Die LpB trifft hier offensichtlich einen gesellschaftlichen Nerv, der den Bedarf an faktenbasierter Diskussion und Auseinandersetzung zeigt – ein klares Bewährungsfeld für die politische Bildung.



Extremismusprävention als dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe Fachbereich „Team meX“

Extremismus entsteht nicht isoliert, sondern auch dort, wo Abwertung zur Gewohnheit wird – wo Diskriminierung nicht mehr irritiert und niemand widerspricht. An diesen alltäglichen Mechanismen setzt die Arbeit des Team meX an.

„Ziel ist es, Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sichtbar zu machen und Menschen darin zu stärken, im Alltag Zivilcourage zu zeigen, also öffentlich für die Integrität von Menschen und Werten einzutreten und dabei auch Risiken in Kauf zu nehmen.“

Die Angebote richten sich an Jugendliche und Erwachsene und klären über Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Vorurteilen, Diskriminierung und

extremistischen Ideologien auf. Gleichzeitig wird für deren individuelle und gesellschaftliche Folgen sensibilisiert.

Prävention wird in den Angeboten des Team meX nicht als reine Wissensvermittlung verstanden, sondern als Verbindung von Wissensvermittlung mit pädagogischen Methoden der Reflexion. Ziel ist es, demokratische Handlungskompetenzen zu stärken und Teilnehmende zu befähigen, Diskriminierung wahrzunehmen, einzuordnen und ihr im eigenen Handlungsfeld angemessen zu begegnen.

Angebote für Jugendliche

Im Jahr 2025 führte das Team meX rund 260 Veranstaltungen durch. Etwa zwei Drittel der Angebote richteten sich an Jugendliche, ein gutes Drittel an Erwachsene. Besonders nachgefragt waren die Projekttagge für Schulen. Die Formate „Soundcheck“ zu Rechtsextremismus, „Nie

wieder!“ zu Antisemitismus und „Was hat das alles zu bedeuten?“ zu Verschwörungserzählungen wurden jeweils rund 50 Mal durchgeführt, wobei vor allem der Projekttag „Soundcheck“ auf kontinuierlich hohes Interesse stieß.

Im Zentrum dieses Projekttags steht ein Rollenspiel, in dem die Schüler:innen eine Schülerratssitzung simulieren. Thema ist das Programm eines bevorstehenden Schulbandfestivals und die Frage, ob eine Band auftreten darf, deren neuer Song einen Text mit rechtsextremen und menschenverachtenden Bezügen enthält. Ergänzend vermitteln abgestimmte Übungen jugendgerecht Wissen über Antwortstrategien der extremen Rechten und Dimensionen von Rechtsextremismus. Die Teilnehmenden beschäftigen sich zudem mit Betroffenen rechter Gewalt und suchen nach Möglichkeiten couragierten Handelns gegen menschenfeindliche Einstellungen im Alltag.

Erwachsenenbildung

Auch in der Erwachsenenbildung war die Nachfrage nach den Angeboten des Team meX hoch. Das „Argumentations- und Handlungstraining gegen rechte Parolen“ wird regelmäßig durchgeführt und ermöglicht es den Teilnehmenden, im Rahmen von Rollenspielen zivilcouragiertes Handeln einzuüben. Der überarbeitete Vortrag „Die extreme Rechte“ bietet eine Einführung in Ideologien, Organisationsformen und Strategien extrem rechter Akteure und verknüpft diese mit Ansätzen für den professionellen und zivilgesellschaftlichen Umgang.



2025 standen die Themen Incel-Ideologie, Antifeminismus sowie Social-Media-Strategien der extremen Rechten auf TikTok im Fokus. Dabei wurde thematisiert, welche Rolle TikTok als Informationsquelle für Jugendliche spielt und wie Akteure der extremen Rechten die Plattform gezielt zur Beeinflussung von Meinungsbildungsprozessen nutzen. Zudem wurden zentrale Merkmale der Incel-Community, ihre Narrative und Codes sowie ihre Anschlussfähigkeit an rechte Ideo-

logien vorgestellt und die davon ausgehenden Gefahren eingeordnet. Die Bildungsangebote des Team meX wurden bedarfsorientiert im gesamten Land umgesetzt. Grundlage dafür war ein landesweites Netzwerk von über 60 freien Mitarbeitenden, die sich kontinuierlich im fachlichen Austausch befanden. So gelang es auch, flexibel auf Bedarfe vor Ort zu reagieren und aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zeitnah in die Bildungsarbeit aufzunehmen.

Öffentliche Veranstaltungen

Ein weiterer Schwerpunkt waren die „Stuttgarter Präventionsgespräche“, die das Team meX gemeinsam mit dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart und der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft umsetzt.

Taking the Blackpill. Die „Incel-Community“ und ihre Überzeugungen Stuttgarter Präventionsgespräche

Schon mal von der blauen und der roten Pille gehört? Nein? Vielleicht aber von Chads und Staceys? Oder von der Blackpill? Wenn einem das alles nichts sagt, hatte man vermutlich noch wenig Überschneidungspunkte mit der so genannten „Incel-Community“. Als „Incel“, ein Kofferwort zusammengesetzt aus „involuntary“ (unfreiwillig) und „celibacy“ (Zölibat), beschreiben sich in der Regel junge heterosexuelle Männer, die unfreiwillig im Zölibat leben, kurzum: die gerne Sex hätten, ihn aber nicht haben. Um sich diesen Umstand zu erklären, finden sich „Incels“ im Internet zusammen und suchen Gründe, oder besser, Schuldige für dieses Problem: den Feminismus, die

Frauen, das „Weltjudentum“ – die Feindbilder sind schnell gezeichnet und Rachepläne geschmiedet.

Ein Vortrag am 18. November 2025 in der Gesprächsreihe „Stuttgarter Präventionsgespräche“ im Hospitalhof Stuttgart gab einen Einblick in die Welt der „Incels“, ihre Anschlussfähigkeit an rechte Ideologien und die Gefahr, die von ihr ausgeht. Referentin war Angela Frick, freischaffende Soziologin und Bildungsreferentin mit den Schwerpunkten Männlichkeit, Antifeminismus und rechte Geschlechterpolitik. Die Stuttgarter Präventionsgespräche sind eine Kooperation des Fachbereichs „Team meX“ mit der Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft/Zukunftswelten und dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart.



**Aktuelle
Veranstaltungen
finden Sie hier!**

Zusammen denken

Das Team des Projekts „as_ra“ über die gemeinsame Bearbeitung von Rassismus und Antisemitismus in Bildungskontexten



Jules Alkanaa, Jonas Herms und Iven Saadi (v. l. n. r.) vom Projekt „as_ra“ des Vereins BildungsBausteine.

Foto: BildungsBausteine e. V.

Iven Saadi, Jules Alkanaa und Jonas Herms arbeiten im Projekt „as_ra – Intersektional gegen Antisemitismus und Rassismus“ des Vereins BildungsBausteine. Wichtig ist dem Verein, antisemitismuskritische Bildung mit anderen diskriminierungskritischen Themenfeldern zu verknüpfen. „as_ra“ beleuchtet die Verschränkungen von Rassismus und Antisemitismus, auch im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts, und bietet hierzu u. a. Fortbildungen an. Gefördert wird das Projekt vom BMBFSFJ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie vom Land Baden-Württemberg.

Sie arbeiten seit vielen Jahren zu Antisemitismus und Rassismus: Was sind Ihre zentralen Anliegen in diesem Arbeitsfeld?

as_ra | Zentrales Anliegen unserer Arbeit ist, Antisemitismus und Rassismus nicht getrennt, sondern in ihren Verschränkungen zu betrachten. In der zugleich postnationalsozialistischen und postmigrantischen deutschen Gesellschaft sind beide Phänomene eng miteinander verbunden, werden aber in der Bildungsarbeit häufig isoliert bearbeitet. Das führt unseres Erachtens zu

verkürzten Deutungen und Konkurrenzlogiken. Uns ist wichtig, die Besonderheiten der Phänomene nicht aus dem Blick zu verlieren und zugleich Trennungen zu hinterfragen, die gesellschaftliche Macht- und Anerkennungsverhältnisse beeinflussen. Dazu gehört, marginalisierte Perspektiven einzubeziehen – etwa Erfahrungen jüdischer Menschen z. B. im Kontext von antiosteuropäischem Rassismus oder Rassismuserfahrungen muslimischer Menschen, die momentan primär als „antisemitische Problemgruppe“ erhalten müssen.

Welchen Spannungsfeldern begegnen Sie in Ihrer Arbeit?

as_ra | Ein zentrales Spannungsfeld ist die In-Konkurrenz-Setzung von Rassismus und Antisemitismus. Häufig entsteht der Eindruck, man könne gegen die eine Diskriminierungsform Position beziehen, indem man die andere relativiert. Das erzeugt Polarisierungen, Verletzungen und große Handlungsunsicherheit – auch bei pädagogischen Fachkräften. Hinzu kommen dominanzgesellschaftliche Entlastungsdynamiken: Antisemitismus wird immer weniger als gesamtgesellschaftliches Problem adressiert.

Wie kann solchen Spannungsfeldern in pädagogischen Settings begegnet werden?

as_ra | Es braucht einen relationalen Zugang, der Antisemitismus und Rassismus auch historisch situiert und in ihren Interdependenzen, also den wechselseitigen, voneinander abhängigen Verhältnissen zur „christlich-weißen“ Dominanzgesellschaft vermittelt. Pädagogische

Angebote sollten weniger fragen, wessen Diskriminierung „schwerer wiegt“, sondern reflektieren, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen bestimmte Erfahrungen sichtbar als andere werden. Dazu gehört, Ambivalenzen auszuhalten, Emotionen ernst zu nehmen und Solidarität zwischen unterschiedlich Betroffenen zu fördern.

Was würde aus Ihrer Sicht die politische Bildung in diesem Feld weiterbringen?

as_ra | Politische Bildung profitiert aus unserer Sicht davon, Rassismus und Antisemitismus konsequent als verbundene gesellschaftliche Diskriminierungen zu bearbeiten. Dazu braucht es mehr Aufmerksamkeit für z. B. historische Kontinuitäten und deren Auswirkungen auf aktuelle Debatten und pädagogische Räume. Wichtig ist zudem, Bildungsangebote enger an den Erfahrungen der Lernenden auszurichten, Betroffenenperspektiven ernst zu nehmen und Spannungsverhältnisse fachlich gerahmt bearbeitbar zu machen. Nur hierdurch können wir nachhaltig dazu beitragen, aktuelle gesellschaftliche Polarisierungen zu unterlaufen und zu unseres Erachtens dringend erforderlichen allgemeinen und nicht nur selektiv diskriminierungskritischen Haltungen und Ansätzen beitragen.

„Lernen, Ambivalenzen auszuhalten, Emotionen ernst zu nehmen und Solidarität zwischen unterschiedlichen Betroffenen zu fördern.“



Unerreichte in den Fokus stellen Fachbereich „Jugend und Politik“ beschreitet neue Wege

In Zeiten zunehmend sichtbarer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen entsteht bei Vielen das Gefühl des Abgehängtseins und Nicht-Gehörtwerdens. Daher muss politische Bildung sich umso mehr dafür einsetzen, niemanden außen vorzulassen oder zu übersehen. Gerade die Unterrepräsentierten, Marginalisierten und Unsichtbaren stehen seit 2024 bei den Angeboten des Fachbereichs „Jugend und Politik“ im Fokus.

Die Kommunalwahl 2024, die Bundestagswahl 2025 und die Landtagswahl 2026 waren wichtige Anlässe, um diese Netzwerke weiter auszubauen und Formate der politischen Bildung anzupassen.

Wahl- und Demokratie-Workshops gab es in

- Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen,
- Maßnahmen der beruflichen Eingliederungshilfe für Geflüchtete,
- verschiedenen Migrantenorganisationen und Moscheevereinen,
- vhs-Klassen zum Erwerb eines Schulabschlusses sowie
- Jugendtreffs.

Was allen Teilnehmenden gemeinsam war, war das große Interesse und Bedürfnis, sich auszutauschen, mitzureden, gehört zu werden und sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Dazu muss politische Bildung zu den Menschen gehen und das Gespräch dort suchen, wo sie sind.

Rund um die Wahlrechtsänderungen zur Kommunalwahl gab es bereits 2024 drei Ausgaben der Broschüre „Beteiligungs-Dings Light-Faden“. Zum einen ging es um die Frage, wie Menschen ihr Wahlrecht wahrnehmen können, die größere Hürden haben. Zum Beispiel

- eine Sehbehinderung, kognitive Einschränkungen oder geringe Alphabetisierung/Literalisierung und damit Schwierigkeiten, Wahlinformationen und den Stimmzettel zu lesen,
- Wohnungslosigkeit und damit keine eigene Meldeadresse
- oder Inhaftierung.

Zum anderen ging es in der Light-Faden-Reihe um die Absenkung des passiven Wahlalters. Zum ersten Mal durften in Baden-Württemberg auch 16-Jährige für den Gemeinderat kandidieren – das gab es bis dahin in keinem anderen Bundesland. Im Vorfeld wurden viele juristische und lebensweltliche Bedenken diskutiert, etwa im Bereich Jugendschutz bei abendlichen Veranstaltungen oder zur Frage, ob mit der Altersabsenkung Jugendbeteiligungsformen obsolet werden. Im Frühjahr 2025 hat der Fachbereich nach einer kleinen Erhebung die Erkenntnisse zu den Wahlerfolgen der 16- und 17-Jährigen veröffentlicht.

Das Ergebnis: Die Zahl der jungen Menschen bleibt auch nach der Absenkung des passiven Wahlalters vorerst gering. Die Gemeinderäte in Baden-Württemberg sind überwiegend männlich, älter als 55 Jahre, haben einen höheren Bildungsab-

schluss und gehören zu den Gutverdienern. An den Umfrageergebnissen lässt sich außerdem die Relevanz von ehrenamtlichem Engagement ablesen.

Vergleicht man das Sozialprofil, das die Hochschule Kehl erstellt hat, mit den LpB-Umfrageergebnissen, drängt sich die Erkenntnis auf, dass die Arbeit im Gemeinderat von einer eher privilegierten Bevölkerungsgruppe ausgeübt wird. Menschen in nichtakademischen Berufen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderungen, Menschen in prekären Lebensverhältnissen – und nicht zuletzt Frauen – sind am politischen Diskurs auf kommunaler Ebene weniger beteiligt und in den Gemeinderäten unterrepräsentiert.

Deutlich wird: Die politische Bildung muss Wege finden, Mitsprache für mehr Menschen zu ermöglichen. Der politische Diskurs darf in einer Demokratie nicht exklusiv von und für Eliten geführt werden. Politik und politische Bildung sind gleichermaßen dazu aufgerufen, Teilhabe inklusiver und diverser zu gestalten.

518

Jugendliche unter 18 Jahren sind zur Kommunalwahl 2024 angetreten (=0,8% aller Kandidierenden).
59 von ihnen wurden gewählt
(in 56 Kommunen).

Politische Bildung im Klassenzimmer 50 Jahre „Politik & Unterricht“

1975 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Politik & Unterricht“, die im gleichnamigen Fachbereich redaktionell betreut wird. Eine Redaktion aus Lehrkräften, die an verschiedenen Schularten unterrichten, begleitet die Entstehung neuer Hefte. In „Politik & Unterricht“ werden informative und methodisch abwechslungsreiche Unterrichtsmaterialien zu politischen Themen für Schüler:innen in der Sekundarstufe I veröffentlicht.

Unter dem Titel „Christentum und Marxismus“ erschien 1975 das erste Heft von „Politik & Unterricht – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung“. Es richtete sich damals an die gymnasiale Oberstufe und entstand bei einem Werkstattseminar in Weingarten, an dem 16 Lehrer aus Baden-Württemberg teilnahmen. Bereits 1973, ein Jahr nach der Gründung der Landeszentrale, hatte das Kuratorium angeregt, Bildungsmaterialien für die Primarstufe, die Sekundarstufe I und die berufliche Bildung zu entwickeln.

Heute stehen bei „Politik & Unterricht“ die Lernenden der Sekundarstufe I im Mittelpunkt. Die Materialien und Aufgaben sind so konzipiert, dass sie unterschiedliche Niveaustufen berücksichtigen und schulartübergreifend eingesetzt werden können. Eine zentrale Rolle spielen dabei der Lebensweltbezug der Schüler:innen sowie die Anbindung an die Bildungspläne.

Bis zur Veröffentlichung durchläuft jedes Heft einen mehrmonatigen Entstehungsprozess. Grundlage ist ein Exposé, in dem Gliederung, thematische Schwerpunkte sowie Methoden und Materialien festgelegt werden. Das auf dieser Grundlage verfasste Manuskript wird anschließend in einer ganztägigen Redaktionssitzung intensiv diskutiert, wobei die Redaktionsmitglieder ihre

vielfältigen Erfahrungen aus der Schulpraxis einbringen. Im Fachbereich, bestehend aus Redaktionsleitung und Redaktionsassistenten, wird der Text redaktionell bearbeitet und gemeinsam mit Verlag bzw. Grafikbüro für Druck und Online-Veröffentlichung aufbereitet. Seit der ersten Ausgabe ist der Neckar-Verlag aus Villingen-Schwenningen dabei ein verlässlicher Partner.

Aktuell beträgt die Auflage 14.000 Exemplare, von denen etwa 12.000 direkt an Schulen und Hochschulen

versendet werden. Seit 2015 werden die Hefte um digitale Anwendungen ergänzt. Zu jeder Ausgabe steht ein eigener, frei zugänglicher Moodle-Raum mit Zusatzmaterialien wie Lückentexten oder Rätseln zur Verfügung. Die Online-Ausgaben und digitalen Materialien erzielen jährlich über eine halbe Million Zugriffe.

Die aktuellen Ausgaben „Religion und Öffentlichkeit“ sowie „Es lebe der Sport?“ zeigen, wie bei der Themenauswahl grundsätzliche Aspekte und der Aktualitätsbezug zusammengedacht werden. So wird im Religionsheft neben der Rolle von Religion in Politik und Gesellschaft auch ihre Bedeutung im Krieg in der Ukraine thematisiert. Beim Thema Sport wiederum lässt sich stets eine Verbindung zu einem internationalen Großereignis herstellen.



Die aktuelle Redaktion von „Politik & Unterricht“ bei einer Sitzung in Stuttgart.

Zum Fachbereich gehört zudem die Didaktische Reihe der Landeszentrale, die 1986 mit dem Band „Konsens und Dissens in der politischen Bildung“ begann. Sie dokumentiert vor allem die Beiträge der alle zwei Jahre stattfindenden „Beutelsbacher Gespräche“, einer bundesweiten Fachtagung für Politikdidaktik. Außerdem umfasst sie Klassiker wie das „Methodentraining für den Politikunterricht“ und den „Leitfaden für das Referendariat im Fach Politik“. Die Reihe verbindet theoretische Perspektiven mit praxisnaher Unterstützung für Lehrkräfte sowie Multiplikator:innen der außerschulischen politischen Bildung.



Zum Lesen:
www.politikundunterricht.de



Zum Hören:
www.lpb-bw.de/podcast-lpb

**238.374
Downloads**

**kompletter Ausgaben
in 2025**

204 Ausgaben

**sind in den 50 Jahren von
„Politik & Unterricht“
erschienen.**





„Ich habe mich für ein FÖJ entschieden, weil ich nach der Schule noch nicht wusste, wie es weitergehen soll, und ich wollte etwas Praktisches machen. In meinem FÖJ bei einem Systemanbieter für erneuerbare Energien kann ich mich in vielen Aufgabenfeldern ausprobieren und herausfinden, was mir im späteren Beruf Spaß machen könnte.“

Außerdem lernt man auf den Seminaren super liebe Menschen kennen, aus denen sich richtig gute Freundschaften entwickeln können.“

Lucas (19), Hartmann Energietechnik GmbH

„Ich mache ein FÖJ, um Erfahrungen fürs Leben zu sammeln. Dazu gehört vor allem, landwirtschaftliche und ökologische Perspektiven kennenzulernen und zu verstehen. Dabei lerne ich, über mich hinauszuwachsen und entdecke neue Fähigkeiten an mir. Das Schönste an meinem FÖJ ist, dass ich täglich den starken Zusammenhalt der Hofgemeinschaft erlebe. Einer der beeindruckendsten Momente ist es mitzuerleben, wenn Kälber das erste Mal in ihrem Leben auf die Weide gebracht werden.“

Ellen (19), Hof Höllwangen



„Man beginnt dieses freiwillige Jahr, ohne genau zu wissen, was einen erwartet. Alleine wohnen, zum ersten Mal in einem Arbeitsverhältnis stehen, Aufgaben bekommen, die einen fordern, für sich selbst einstehen und stark sein – all das können Herausforderungen sein. In ziemlich kurzer Zeit verändert sich unheimlich viel. Man muss sich auf neue Tagesabläufe und Menschen einstellen. Man lernt viel Handwerkliches wie Traktorfahren oder Tiere versorgen, aber vor allem erfährt man viel Neues über sich selbst. Am Umgang mit Stresssituationen, selbstständigem Arbeiten, Erfolgserlebnissen, aber auch am Eingestehen von Fehlern wächst man als junger Mensch. Diese Erfahrungen im geschützten Raum des FÖJ machen zu dürfen, ist sehr wertvoll.“

Luise (17), Freizeit- und Bildungsstätte CircArtive Pimparello

FÖJ: Mehr über die Natur lernen – und sich selbst Teilnehmende erzählen

„Zu meinen Highlights beim FÖJ gehört neben den Seminaren vor allem die Arbeit in der Natur und mit den Menschen, für die wir einen Ort schaffen, wo sie einfach SEIN können – so wie sie sind! Ursprünglich entschieden habe ich mich für das FÖJ, weil ich mich sehr für ökologische Themen interessiere und mich jetzt bei der Arbeit sowie als Sprecherin auf Landesebene dafür einsetzen kann.“

Valerie (18), VSP-Gärtnerei „Guter Grund“



„Besonders macht meinen FÖJ-Alltag die Arbeit mit den Tieren. Auch wenn wir viele unterschiedliche Aufgaben haben und nicht den ganzen Tag im Stall sind, freue ich mich jeden Morgen darauf, den Tag dort zu beginnen. Insgesamt lerne ich während meines FÖJ jeden Tag dazu, sei es bei der Versorgung der Tiere, bei der praktischen Arbeit draußen oder bei Projekten mit Schulkindern. Kein Tag ist wie der andere und ich darf immer wieder neue Aufgaben übernehmen. Zu den bisher schönsten Erlebnissen gehörte die besondere Aufgabe, ein Kalb mit der Flasche zu füttern, und ein Motorsägenkurs, bei dem wir gelernt haben, Bäume zu fällen.“

Sarah (19), Biohof und Schullandheim Tannenburg



Als Trägerin des Freiwilligen Ökologischen Jahrs (FÖJ) bietet die Landeszentrale über 80 Einsatzstellen an, zum Beispiel in Naturschutzzentren, bei Umweltverbänden oder in der Landwirtschaft. Hier erzählen Teilnehmende des Jahrgangs 2025/2026, warum sie sich für ein FÖJ entschieden haben.

Fotos: privat

„Bei meinem FÖJ bei der Naturschutzjugend bekomme ich interessante Einblicke in die Arbeit einer Umweltorganisation. Außerdem lerne ich viel Selbstorganisation, da wir Freiwilligen unseren Tag meist selbst strukturieren können. Da ist es manchmal herausfordernd, einen Plan zu machen und die To-Dos unterzubringen. An Erfahrungen nehme ich Verschiedenes mit, zum Beispiel wie viel Organisation hinter diversen Veranstaltungen steckt. Besonders freue ich mich noch auf den „Aufstand“ – das Camp für Umwelt, Politik und Gemeinschaft. Das ist unser Freiwilligen-Projekt, an dem wir das Jahr über gemeinsam arbeiten.“

Luisa (18), NAJU Baden-Württemberg



Sicheres Lernen in geschützten Räumen

Ein Schutzkonzept für die LpB

Die LpB machte sich Anfang 2025 auf den Weg, um ein Konzept zum Schutz von Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten. Ziel ist es, die Kompetenz der LpB in ihrer pädagogischen Arbeit weiterzuentwickeln und die Mitarbeitenden zu stärken. Im Fokus des Schutzkonzepts stehen die Bedarfe der jungen Zielgruppen. Denn die Mitarbeitenden sind überzeugt: Bildungsarbeit kann nur in einem sicheren Umfeld erfolgreich sein.

Kindheit und Jugend sind sensible Phasen des Lebens. Bildung in unterschiedlichen Kontexten trägt dazu bei, dass junge Menschen sich zu selbstsicheren und verantwortungsbewussten Personen entwickeln. Für diesen wichtigen Prozess der Persönlichkeitsentwicklung ist es elementar, dass Lernen in sicheren Räumen stattfindet.

Ein Schutzkonzept stellt zuerst einmal eine klare Haltung ins Zentrum: Gewalt, Grenzverletzungen und Diskriminierung haben bei der Landeszentrale für politische Bildung keinen Platz. Wer ein Angebot besucht, soll sich sicher fühlen können. Der Fokus liegt dabei auf Prävention. Dennoch gibt es strukturierte Abläufe für den Interventionsfall.

Bei der Erarbeitung eines Schutzkonzepts steht die LpB vor der Herausforderung, die gesamte Einrichtung mit ihren vielfältigen Arbeitsbereichen zu erfassen. Die Verwaltung, das Tagungszentrum, die Öffentlichkeitsarbeit, die redaktionellen Arbeitsbereiche und natürlich die pädagogische Arbeit sind zu berücksichtigen. In einer interdisziplinär zusammengesetzten Ar-

beitsgruppe fließen die verschiedenen Perspektiven zusammen, unterstützt und begleitet vom Kinderschutzbund Baden-Württemberg mit seiner fachlichen Expertise.

„Für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen ist es elementar, dass Lernen in sicheren Räumen stattfindet.“

Ziel ist es, die bestehenden Qualitätsprozesse weiterzuentwickeln und zu stärken. Die Arbeit der Landeszentrale soll mit dem Fokus auf die Schutzbedürftigkeit von jungen Menschen standardisiert werden. Ein solches Konzept schafft Transparenz und gibt Orientierung für Mitarbeitende und Honorarkräfte.

Die Erarbeitung eines Schutzkonzepts ist kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf. Die Arbeitsgruppe startete mit einer ausführlichen Risiko-Potenzial-Analyse, bei der zahlreiche Dokumente gesichtet und die vielfältigen Organisationsstrukturen unter die Lupe genommen wurden. Es folgten eine Befragung von Mitarbeitenden und Honorarkräften sowie Hospitationstermine durch den Kinderschutzbund. Die Erkenntnisse aus den einzelnen Prozess-

schritten fließen nun in die Textarbeit zum Konzept ein. Und auch nach der Fertigstellung des Schutzkonzepts wird eine stetig andauernde Überprüfung und Weiterentwicklung auf der Agenda stehen.

Damit unterstreicht die Landeszentrale zum einen ihren Anspruch, ihre Angebote transparent, wertschätzend und mit hoher Qualität zu gestalten. Zum anderen zeigt sie durch eigenes verantwortliches Handeln, wie die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen respektiert und gewürdigt werden kann.



Ein starkes Schutzkonzept entsteht aus vielen einzelnen Bausteinen.

Grafik: Kinderschutzbund Landesverband Sachsen.

6

Schlaglichter

Werben für Demokratie – dieses Ziel wird in der Bildungsarbeit unterschiedlich umgesetzt. Die „Schlaglichter“ richten den Blick auf herausragende Angebote der LpB im Jahr 2025.

35 Jahre Deutsche Einheit Veranstaltungen & Dossier

Seit 35 Jahren sind Ost- und Westdeutschland wieder vereint: Am 3. Oktober 1990 trat der Einigungsvertrag in Kraft, mit dem die frühere DDR der Bundesrepublik beitrug – damit war die Teilung Deutschlands nach 45 Jahren überwunden. Auf dieses Jubiläum machte die LpB mit mehreren Veranstaltungen aufmerksam. „Vom Osten lernen“ hieß eine Veranstaltungsreihe gemeinsam mit dem Stuttgarter „Theater Rampe“ und weiteren Kooperationspartnern. Vom 3. Oktober bis 2. November 2025 wurden künstlerische Arbeiten aus Theater, Performance, Tanz und Musik präsentiert, um den Blick auf ostdeutsche und osteuropäische Perspektiven zu werfen.

Über individuelle und gesellschaftliche Kontinuitäten und Brüche nach der Wiedervereinigung sprachen bei einer Podiumsdiskussion am 2. Oktober in der Außenstelle Tübingen Clara Marz von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Journalistin und Podcasterin Katharina Thoms vom Deutschlandfunk und der Zeithistoriker Dr. Robert Pursche von der Universität Tübingen. Lehrkräfte konnten sich Ende September in einer dreitägigen Fortbildung der Außenstelle Freiburg



mit dem Studienhaus Wiesneck den Themen Einheit und (Un-)Gleichheit multiperspektivisch und interdisziplinär widmen.

Ergänzt wurde das Angebot um ein Online-Dossier unter www.lpb-bw.de/tag-der-deutschen-einheit, das mit rund 328.000 Zugriffen im Jahr 2025 stark nachgefragt war.

Putins Gift – Russlands Angriff auf Europas Freiheit Podium mit Gesine Dornblüth und Thomas Franke

Welche Methoden nutzt Russland, um Demokratien zu schwächen? Das war die zentrale Frage einer Podiumsdiskussion am 14. März 2025 in der LpB-Außenstelle Tübingen. Vor voll besetztem Haus gingen die Bestsellerautor:innen Gesine Dornblüth und Thomas Franke auf die Rolle von Angst als Herrschaftsinstrument Putins, hybride Kriegsführung sowie historische Muster russischer Einflussnahme ein. Seit mehr als drei Jahrzehnten berichten beide Journalist:innen über die Entwicklungen in Osteuropa. Während ihrer Korrespondententätig-

keit für „Deutschlandradio“ lebten sie zwischen 2012 und 2017 in Moskau und bereisten den post-sowjetischen Raum vielfach für umfangreiche Recherchen.



Gesine Dornblüth und Thomas Franke (rechts) im Gespräch mit Moderator Prof. Dr. Klaus Gestwa, Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte der Universität Tübingen.

In der Veranstaltung machten die Referent:innen deutlich, dass Russland nicht nur einen offenen Krieg gegen die Ukraine führt, sondern zugleich einen „Schattenkrieg“ gegen die liberalen Demokratien Europas. Dieser äußert sich in Cyberangriffen, Desinformation, wirtschaftlichem Druck und der gezielten Unterwanderung politischer Institutionen. Ziel dieser Strategie sei es, gesellschaftliche Gräben zu vertiefen, Misstrauen gegenüber Medien und demokratischen Verfahren zu schüren und demokratische Ordnungen zu destabilisieren – in Nachbarstaaten wie Georgien oder Armenien ebenso wie innerhalb der Europäischen Union.



Nachzusehen ist die Veranstaltung auf YouTube.

Trans* und Nicht-Binarität zum Thema machen Fachtagung im Tagungszentrum „Haus auf der Alb“



Mit der Fachtagung „Trans*, Nicht-Binarität und politische sowie historische Bildung“ setzte die LpB gemeinsam mit dem Queeren Netzwerk Baden-Württemberg im September 2025 einen wichtigen Akzent für eine zeitgemäße politische Bildungsarbeit. Die hochkarätig besetzte zweitägige Veranstaltung im LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach verband historische Perspektiven zum Beispiel zur Geschichte des Transaktivismus mit aktuellen gesellschaftlichen Debatten und praxisnahen Ansätzen der politischen und historischen Bildung. In Vorträgen, Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion wurden Grundlagen zu Trans* und Nicht-Binarität vermittelt, Diskriminierungsmechanismen analysiert und Strategien für inklusive Bildungsräume entwickelt. Ziel war es, Fachkräfte aus Bildung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie Aktive in queeren Communities zu stärken und zur Sichtbarkeit vielfältiger Lebensrealitäten beizutragen.



Moderator Markus Pfalzgraf vom SWR im Gespräch mit Anastasia Biefang, QueerBW, Nyke Slawik, Mitglied des Bundestags, und Nora Eckert, Publizistin (v. l. n. r.).

Muslimfeindlichkeit in Deutschland Fachtagung in Stuttgart-Hohenheim

Am 22. Juli 2025 fand die Fachtagung „Muslimfeindlichkeit in Deutschland“ im Tagungszentrum Hohenheim der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart statt. Neben der LpB waren die Fachstelle Extremismusbildung (FEX) im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die Muslimische Akademie Heidelberg, das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart beteiligt. Fachlicher Ausgangspunkt der Veranstaltung war der Bericht „Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz“ des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit. So diskutierten Expert:innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bildung das Ausmaß, die Ursachen und die Folgen muslimfeindlicher Einstellungen sowie institutionelle und pädagogische Handlungsansätze. Podien und Fachvorträge thematisierten unter anderem mediale Narrative, strukturelle Diskriminierung und konkrete Interventionsmöglichkeiten gegen Muslimfeindlichkeit in Schulen, Kommunen und Behörden. Die Tagung bot darüber hinaus Raum für multiperspektivischen Austausch und Vernetzung.



Podium mit (v. l. n. r.) Prof. Dr. Dr. Mathias Rohe, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Dr. Christian Ströbele, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Moderation), Birte Freer, CLAIM – Allianz gegen Islam- & Muslimfeindlichkeit, und Derya Şahan, SWR-Rundfunkrätin, Fachstelle Extremismusbildung im Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Foto: Schewe/Akademie.

70 Jahre deutsch-italienisches Anwerbeabkommen Veranstaltung, Online-Dossier und Porträts auf Social Media

Die italienischstämmige Gemeinde in Baden-Württemberg ist die größte Deutschlands. Ihren Ursprung hat sie im deutsch-italienischen Anwerbeabkommen von 1955, das 2025 sein 70-jähriges Jubiläum beging. Was als zeitlich begrenzte „Gastarbeit“ gedacht war, wurde zur Erfolgsgeschichte der Einwanderung. Aus

Gästen wurden Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft nachhaltig geprägt haben. Die gemeinsame Veranstaltung von LpB, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Sozialministerium, italienischem Generalkonsulat und italienischem Kulturinstitut am 26. November 2025 würdigte diese Ge-



Zeitzeugen der ersten „Gastarbeitergeneration“ im Gespräch (v. l.): Domenici Di Bari, Bernadino di Croce, Susanne Babila (Moderation), Anna Picardi.
Foto: Hauptstaatsarchiv Stuttgart.



Porträt anlässlich des Anwerbeabkommens auf dem LpB-Instagram-Kanal.

schichte – und vor allem die Menschen selbst, die ausführlich zu Wort kamen. Bereichert wurde der Abend durch die Eröffnung einer Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Ein Online-Dossier zum Anwerbeabkommen und seinen Folgen bis heute sowie Porträts dreier Baden-Württemberger:innen mit italienischen Wurzeln auf Social Media rundeten das LpB-Angebot zum Jubiläum ab.



[www.lpb-bw.de/
anwerbeabkom-
men-italien](http://www.lpb-bw.de/anwerbeabkommen-italien)

Miteinander leben Kursbuch für Orientierungskurse

Seit vielen Jahren begleitet das Kursbuch „miteinander leben“ Menschen in Orientierungskursen und unterstützt Lehrkräfte bei ihrer Arbeit. Verständliche Texte, zahlreiche Bilder und lebensnahe Beispiele erleichtern den Zugang zu Demokratie, Grundrechten und gesellschaftlichen Werten. Das 211-seitige, auf A2/B1-Niveau angelegte und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anerkannte Buch bereitet gezielt auf den Test „Leben in Deutschland“ vor und unterstützt Menschen dabei, sich in ihrer neuen Lebenswelt zurechtzufinden. 2025 erschien es bereits in der 12. und nun letzten Auflage – nochmals mit aktualisierten Zahlen, Grafiken und neuen Inhalten, etwa zu den Bundestagswahlen 2025, zu Künstlicher Intelligenz, digitalem Alltag und jüdischem Leben in Deutschland.



500 Jahre Bauernkrieg

„In Freiheit leben“ wollten vor 500 Jahren 1524/25 die Aufständischen des Bauernkriegs, der breite Gesellschaftsschichten mobilisierte und sich zur größten Massenerhebung der deutschen Geschichte entwickelte. Die „12 Artikel“, das Manifest für Freiheit und Gerechtigkeit gegen die Herrschaft, gelten als erste Erklärung der Menschenrechte. Mit Veranstaltungen, einem Faltblatt und einer Social-Media-Reihe erinnerte die LpB an die damaligen Ereignisse.

So führte der Fachbereich „Politische Landeskunde“ ein mehrtägiges Exkursionsseminar durch, zunächst in die Schweiz zur Kartause Ittigen und in den Hegau, wo die Aufstände begannen und sich rasant verbreiteten. Die Route endete in Radolfzell am Bodensee, dem Ort der Belagerung, der Verhandlungen und schließlich der Kapitulation der Aufständischen. Zwei Seminartage im Deutschen Bauernkriegsmuseum in Böblingen zeigten die große Bandbreite des Bauernkriegs und der Aufständischen, die sich in der Schlacht von Böblingen endgültig und unter großen Opfern ergeben mussten.

Das Faltblatt in Zusammenarbeit mit dem Bauernkriegsmuseum Böblingen, der Erinnerungsstätte „Balttringer Haufen“ und dem Württemberg-Haus in Weinstadt zeichnet unter dem Titel „Widerstand wagen?!“ die Geschichte der „uffrur“ im deutschen Südwesten nach. Es gibt einen Überblick über den Aufstand des „Gemeinen Mannes“, seiner Ursachen und Dynamik sowie der Wirkung des Bauernkriegs bis in die Gegenwart.



Eine zehnteilige Social-Media-Reihe nahm Persönlichkeiten des Bauernkriegs in den Blick, etwa den in Schwäbisch Gmünd geborenen Jerg Ratgeb, der „vom Kirchenmaler zum Bauernkrieger“ wurde, oder die bei Heilbronn geborene Bäuerin Margarete Renner, deren aktive Rolle im Bauernkrieg nachgewiesen ist. Sie soll die Bauern bei der berühmten Weinsberger Bluttat aufgestachelt haben. Auch aktuelle Bezüge wurden behandelt und unter anderem danach gefragt, ob die „12 Artikel“ von 1525 als Grundrechte heute – 500 Jahre später – vollständig umgesetzt sind. Die zehn Posts der Serie wurden auf Instagram mehr als 27.000 Mal aufgerufen.



Demokratiebildung und politische Bildung für alle Fachtag in Heidelberg

Erstmals fand im Mai 2025 ein Fachtag zur Demokratiebildung in Kooperation mit dem baden-württembergischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB e.V.) in Heidelberg statt. Im Mittelpunkt standen vier praxisorientierte Workshops,

die den Teilnehmenden neue Methoden in der Demokratie- und Medienbildung vermittelten. Zum Einstieg hielt Jun.-Prof. Steve Kenner von der PH Weingarten eine Keynote. Der Fachtag bot Möglichkeiten zur Vernetzung untereinander und zum Kennenlernen außerschulischer Kooperationspartner. Rund 80 Lehrkräfte aller Schularten nahmen an der Premiere des Fachtags teil, der nun im zweijährigen Turnus an unterschiedlichen Orten in Baden-Württemberg stattfinden soll.

Von Sachsen lernen Treffen mit der Partnerorganisation in Dresden

Nach der Landtagswahl (in Sachsen) ist vor der Landtagswahl (in Baden-Württemberg). Was also lässt sich von den Kolleg:innen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) lernen? Mit dieser Frage im Gepäck reiste eine Delegation

der LpB Baden-Württemberg zum Austausch nach Dresden. Am 1. April 2025, ein gutes halbes Jahr nach der Landtagswahl in dem östlichen Bundesland, trafen sich dort Mitarbeitende beider Partnerorganisationen zu einer ganztägigen Be-

sprechung: Welche Formate bietet die SLpB im Vorfeld von Wahlen an? Wie werden die „typisch sächsischen“ Wahlforen gestaltet? Was treibt dort die Bürger:innen um? Mit Blick auf die nahende Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 2026 diskutierte man in großer Runde über Erfahrungen, Erkenntnisse und Erwartungen. Mit dem intensiven Treffen setzten die beiden Landeszentralen ihren gemeinsamen Austausch fort, den sie im Juni 2023 im LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach begonnen hatten – und dies anknüpfend an die traditionsreiche Verbindung beider Institutionen, die bis in die Gründungszeit der SLpB im Jahr 1991 zurückreicht. Die gewinnbringende Begegnung, darin waren sich die Beteiligten aus beiden Bundesländern einig, soll fortgesetzt werden – dann wieder in Baden-Württemberg.



Mitarbeitende beider Landeszentralen beim Treffen in Dresden.

Foto: SLpB

Zukunft der Bibliotheken Fachtagung im Tagungszentrum „Haus auf der Alb“



Seit dem Jahr 2000 veranstaltet die LpB fast jährlich in Kooperation mit den Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen bei den Regierungspräsidien in Baden-Württemberg Tagungen zur Bibliotheksentwicklung – im Mai 2025 bereits zum 24. Mal. Thema dieser Tagung waren „Bibliotheken als Orte der Demokratie“. Gemeinsam mit kommunalen Verbänden und Landtagsfraktionen wurde über Entwicklungen, Herausforderungen und Erwartungen diskutiert. Ergebnis der Tagung ist das gemeinsame Thesenpapier „10 Gründe für Demokratiearbeit in Bibliotheken“. Ein Gang über das zukünftige Gelände der Landesgartenschau 2027 in Bad Urach rundete die Tagung ab.



Teilnehmende der Bibliotheks-Tagung beim Rundgang über das geplante Gelände der Landesgartenschau 2027 in Bad Urach.

„Abenteuer Demokratie“ Die Vorgeschichte der Landeszentrale als Gegenstand historischer Forschung



Foto: Landeshauptstadt Hannover

Jolin Diekmann hat Geschichtswissenschaft in Erfurt, Jena und im finnischen Jyväskylä studiert. Im Rahmen des breit angelegten Forschungsprojekts „Politische Bildung, Ideen und Praktiken der Demokratisierung nach 1945“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena stieß sie 2018 auf die Anfänge der politischen Bildung im deutschen Südwesten – und damit auf ihr Promotionsthema.

Nun liegt die Dissertation vor. Unter dem Titel „Um das Abenteuer Demo-

kratie zu bestehen.“ Politische Bildung im deutschen Südwesten nach 1945“ zeichnet die Historikerin die besondere Vorgeschichte der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg nach. Der zeit- und zugleich regional-geschichtliche Ansatz der Forschungsarbeit ermöglicht dabei Zugänge zur gesellschaftlichen Demokratisierung der Deutschen nach dem Ende der NS-Diktatur. Der Aufbau der Bildungsarbeit, der bereits 1946 in Stuttgart und Tübingen mit der Gründung erster „Heimatsdienste“ begann, wird plastisch. Schon bald kamen Bürgerrechtsgesellschaften in Freiburg und Mannheim/Heidelberg nach US-amerikanischem Vorbild dazu.

Diese höchst unterschiedlichen, wissenschaftlich und gesellschaftlich vielfältig vernetzten Einrichtungen, die sich der Demokratie und der Demokratiebildung verschrieben hatten, schlossen sich Ende 1950 in

der Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat e.V.“ zusammen.

Jolin Diekmann geht in ihrer Dissertation auch der anfänglichen Wechselbeziehung zwischen politischer Bildung und Politikwissenschaft nach. Sie beschreibt, wie dabei die noch jungen akademischen Disziplinen im deutschen Südwesten von Arnold Bergstraesser in Freiburg und von Theodor Eschenburg in Tübingen mitgeprägt wurden.

Die Arbeit endet mit dem Gründungsjahr der LpB: 1972 wurde der Verein in staatliche Strukturen überführt. Doch das Erbe der frühen Zeit wirkt bis heute fort – in der dezentralen Struktur der LpB mit ihren vier Außenstellen in den Regierungsbezirken des Landes, in der stark operativ ausgerichteten Tätigkeit und nicht zuletzt auch in der Vernetzung mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern der politischen Bildung.

Besondere Ehrung für Wolfgang Berger Verleihung der Staufermedaille

Der frühere LpB-Mitarbeiter Wolfgang Berger ist am 28. Oktober 2025 mit der Staufermedaille des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet worden. Gewürdigt wurden damit vor allem seine großen Verdienste um die politische Beteiligung junger Menschen. Die Verleihung fand in Pforzheim, dem Wohnort Bergers, statt. Oberbürgermeister Peter Boch überreichte die Auszeichnung stellvertretend für Ministerpräsident Winfried Kretschmann. In seiner Laudatio erinnerte Andreas Schwarz, Vorsitzender der Grünen-Fraktion im Landtag, an Bergers langjährige Tätigkeit bei der LpB von 1990 bis 2016, darunter als Leiter der Außenstelle Heidelberg. Berger habe viele Jugendliche zur politischen Beteiligung motiviert und wichtige Impulse in der Friedenspädagogik gesetzt, so Schwarz.



Feierliche Übergabe der Auszeichnung (v. l.): FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Ulrich Rülke, Wolfgang Berger, Oberbürgermeister Peter Boch und Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz.

Vermittlung von Medienkompetenz

Medienpädagogische Angebote der Außenstelle Ludwigsburg



Schulkinovorführung bei den Dokumentarfilmtagen LETsDOK.

Foto: Stephan Haase

Die Außenstelle Ludwigsburg setzt einen Schwerpunkt auf die Vermittlung von Medienkompetenz. In Kooperation mit Partnern beteiligt sie sich an Medienprojekten, Filmfestivals und Schulkinovorführungen sowie jährlich an den Schülermedi-entagen rund um den Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai.

Gemeinsam mit dem Netzwerk „Journalismus macht Schule“, der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) sowie Journalist:innen regionaler Medien werden Workshops und Vorträge zu Fake News, Desinformation und Qualitätsjournalismus durchgeführt. 2025 fanden im Regierungsbezirk Stuttgart insgesamt 27 Veranstaltungen statt.

Angesichts veränderter Mediennutzung durch Smartphones und Streaming fördert die Außenstelle gemeinsame Kinoerlebnisse von jungen Menschen mit pädagogischer Begleitung. Filmgespräche stärken Medienkompetenz, Empathie und demokratische Gesprächskultur. In Kooperationen mit Film-

festivals wie dem Internationalen Trickfilmfestival oder dem Indischen Filmfestival sowie mit Medienagenturen und Filmschaffenden organisiert die Außenstelle Vorführungen, pädagogische Rahmenprogramme und Diskussionsformate. So wurde im April 2025 die Schulkinovorführung des Filmes „Mit der Faust in die Welt schlagen“ von Regisseurin Constanze Klaue begleitet. Im Rahmen der Europawochen zeigte eine Filmtour den europapolitischen Dokumentarfilm „Surf on, Europe!“. Zudem beteiligte sich die Außenstelle an den Dokumentarfilmtagen LETsDOK mit einer Schulkinovorführung von „Born to Fake“ und einem Filmgespräch zur Frage „Warum glauben wir, was wir sehen?“.

WERTSACHEN zu Artikel 3 des Grundgesetzes

Die Debattenreihe „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält“, die von der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg Muhterem Aras MdL 2017 begründet wurde, hat auch 2025 den Blick auf die Werte des Grundgesetzes gerichtet. Am 11. März 2025, unmittelbar nach dem Internationalen Frauentag, stand im Landtag von Baden-Württemberg die in Artikel 3 verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Fokus.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt: Viel erreicht, noch mehr zu tun?“ Mit dieser Frage stieß die Präsidentin den Austausch ihrer Gäste an. Nach dem Impulsvortrag der Soziologin Prof. Dr. Jutta Allmendinger diskutierten die Publizistin Shila Behjat und Leah Eh, die im Jahr zuvor als Preisträgerin aus dem Schülerwettbewerb des Landtags hervorgegangen war. „Feminismus“, stellte Jutta Allmendinger unter großem Applaus des überwiegend weiblichen Publikums fest, „ist eine Sache von Männern und Frauen“.

Mit diesem frauen- und durchaus auch männerbewegten Abend ging die WERTSACHEN-Reihe, die von der Landeszentrale für politische Bildung mitentwickelt worden ist, für die 17. Legislaturperiode zu Ende.



Podiumsgäste und Teilnehmende der WERTSACHEN-Veranstaltung gemeinsam mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL und Moderatorin Kübra Sekin (beide mittig). Foto: LTBW

7

Die LpB in Zahlen

Ob bei Veranstaltungen, an Infoständen, im Internet, in den Sozialen Medien oder über Publikationen – die LpB macht politische Bildung auf vielen Kanälen: das Jahr 2025 im statistischen Rückblick.

Kooperationspartner (Auswahl):

Landtag von Baden-Württemberg · Ministerien · Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen · Verbraucherzentralen · Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung · Baden-Württemberg Stiftung · Europa Zentrum · Jugendgemeinderäte · Kommunen · Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung · Gleichstellungsbeauftragte · Berghof Foundation · Landesfrauenrat · Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur · Landesanstalt für Kommunikation · Landesmedienzentrum · Landesnetzwerk Politische Bildung · Initiative MedienFokus · Landkreise · Medien · Volkshochschulen · Bibliotheken · Schulen · (Politische) Stiftungen · Museen · Hochschulen · Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben · Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen · Kirchen und Religionsgemeinschaften · Demokratiezentrum Baden-Württemberg · Bündnis für Lebenslanges Lernen · SCORA · Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex) · Zentrum für Kulturelle Teilhabe · Initiative Allianz für Beteiligung · Taskforce gegen Hass und Hetze · Taskforce Desinformation · Bildungswerke und Akademien

Die LpB ist im Land vernetzt**Mehrere****100****Kooperationspartner****Veranstaltungen mit Kooperationspartnern**

2025 führte die LpB

352 Veranstaltungen

mit Kooperationspartnern durch.

Wiederkehrende Kooperationsveranstaltungen (Auswahl)

- Stuttgarter Tage der Medienpädagogik
- Gesprächsreihe „WERTSACHEN“ des Landtags
- Bundesweite Aktionstage Netzpolitik und Demokratie
- Beutelsbacher Gespräche
- Vernetzungstagung für freie Mitarbeitende
- Fachtagung Politische Medienbildung
- Vernetzungskonferenz für Multiplikator:innen der politischen Bildung
- Exkursionsreihe „Im Gedenken unterwegs“
- Fachtagung zur Bibliotheksentwicklung

**ORT DER BEGEGNUNG**

3.640 Teilnehmende besuchten insgesamt **139** Veranstaltungen im LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“. **99** Seminare, Workshops und Tagungen mit **2.781** Personen organisierte die LpB, **40** Veranstaltungen mit **859** Teil-

nehmenden waren von externen Anbietern. Aufgrund einer mehrmonatigen Sanierung konnte das „Haus auf der Alb“ nicht ganz so viele Besucher:innen willkommen heißen wie im Vorjahr. Doch nun erstrahlt das Tagungszentrum in neuem Glanz und freut sich auf zahlreiche Gäste.

Veranstaltungen

111.626

**Personen nahmen 2025
an insgesamt
2.050 Veranstaltungen teil.
Davon fanden
104 online, 28 als Hybrid-
veranstaltungen statt.**

Mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen – **1.070** – waren Politische Tage an Schulen. Zudem führte die LpB **353** Workshops, **187** Seminare und **181** Vorträge durch. Weitere Veranstaltungsformate waren etwa Podiumsdiskussionen, Aktionsstände oder Ausstellungen.

TOP 4 „Thematischer Schwerpunkt bei Veranstaltungen“:

- 1** Demokratie und Beteiligung (334)
- 2** Extremismus und Gewalt (274)
- 3** Politisches System (238)
- 4** Medien und Kommunikation (214)



Hinzu kommen Veranstaltungen, die von den Projekten in Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg Stiftung durchgeführt wurden.

An dritte und vierte Klassen richtet sich das **fünftägige Grundschulformat** „Nicht ohne uns!“, das an **26 Schulen** mit **544 Teilnehmenden** durchgeführt wurde. „Get reel!“, ein ebenfalls **fünftägiges Angebot** der Demokratie- und Medienbildung für fünfte und sechste Klassen, fand in **33 Klassen** mit insgesamt **768 Schüler:innen** statt. Seit 2025 neu im Portfolio ist das **zweitägige Format** „Arena der Argumente“ für Berufsschulen. Dieses Angebot konnte von **14 Schulklassen** mit **326 Teilnehmenden** wahrgenommen werden.

Ebenfalls an Berufsschulklassen und ihre Fach-/Lehrkräfte richtet sich das Projekt „Läuft bei Dir!“ mit Projekttagen und Fortbildungen. **1.043 Personen** spielten den medienpädagogischen Escape Room „Hacker Attack“ online, **2.004 Schüler:innen** in Präsenz. Um das Thema Diskriminierung dreht sich der Projekttag „Bias Breaker“, der von **71 Schulen** mit insgesamt **1.329 Teilnehmenden** ebenfalls stark nachgefragt war. Zusätzlich bot „Läuft bei Dir!“ **36 eintägige Fortbildungen** für Fach-/Lehrkräfte etwa zum Umgang mit Abwertungen oder zu Selbstwirksamkeit an. Neu war eine sechstägige Fortbildung, bei der Teilnehmende das Zertifikat „Demokratiebildner:in“ erwarben.



HÄTTEN SIE'S GEDACHT?

Politische Bildung gibt's auch zum Hören: Vom Podcast „Politisch bildet“ sind bereits **27 Folgen** erschienen, etwa zu Wahlen, Verschwörungstheorien oder KI. **10 Episoden** gibt es in Leichter Sprache. Beim Format „#MeinDigitalerLieblingsort“ werden Teilnehmende selbst aktiv und produzieren ihren eigenen Podcast zu digitalen Lieblingsorten. An den bisher **24 Episoden** haben **199 Personen** mitgewirkt. Der gemeinsam mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg realisierte True-Crime-Podcast „Tatort Baden-Württemberg“ erschließt historisch-politische Themen erzählerisch. Die erste Staffel „Chronik des Terrors“ wurde **8.334 Mal** heruntergeladen. **Alle Podcasts finden Sie unter www.lpb-bw.de/podcasts.**

Öffentlich- keitsarbeit

6.174

Bestellungen im
LpB-Webshop unter
www.lpb-bw.de/shop

110

Aktions- und
Infostände in allen
4 Regierungsbezirken

39

versandte
Pressemitteilungen

154

Werbemails

6

Newsletter
mit fast 19.000
Abonent:innen;
600 Teilnehmende
beim Newsletter-Quiz;
Anmeldung für den
Newsletter:



TOP 5 der im Webshop bestellten Produkte:

- 1** Grundgesetz und Landesverfassung
- 2** Mach's klar zur Bundestagswahl 2025
- 3** Wahlhilfe in Leichter Sprache zur Bundestagswahl 2025
- 4** Kursbuch „miteinander leben“
- 5** Wahlhilfe in Leichter Sprache zur Landtagswahl 2026

Social Media

Die Gesamtreichweite auf Instagram hat 2025 zum ersten Mal die Millionengrenze geknackt und lag beim LpB-Hauptkanal bei **1.060.849 Aufrufen**. Die durchschnittliche monatliche Reichweite betrug rund **90.000 Aufrufe**.

Erfolgreichster Instagram-Post war der Schultipp „Diese Emojis & ihre Bedeutung solltest Du als Lehrkraft kennen“ vom 4. November 2025. Bis heute wurde er **480.000-mal** aufgerufen, bekam mehr als **5.000 Likes** und mehr als **300 Kommentare**. Dieser Beitrag löste kontroverse Diskussionen aus: Viele Kommentator:innen fanden die Einordnung, welche Emojis auch in rechtsextremistischen Kontexten genutzt werden, hilfreich – andere hielten diese Hinweise für bevormundend.

Auch auf dem nichtkommerziellen, dezentralen Netzwerk Mastodon war die LpB auf dem Server **@bawue.social** aktiv und hat 2025 einige hundert neue Follower:innen dazugewonnen.

Internet

Insgesamt erzielten die LpB-Internetportale im Jahr 2025 **17 Millionen Besuche** mit **44 Millionen Seitenaufrufen**. Stärkster Monat war der Februar – der Monat der Bundestagswahl – mit **4,1 Millionen Zugriffen**. Durchschnittlich kamen alle Portale monatlich auf **1,4 Millionen Besuche**.

So belegte das Bundestagswahlportal **bundestagswahl-bw.de** mit **5,7 Millionen Besuchen** den Spitzenplatz im Ranking der meistbesuchten LpB-Webseiten, gefolgt vom Hauptportal **lpb-bw.de** mit **5,2 Millionen Besuchen**. Auf dem dritten Platz landete das Osteuropaportal **osteuropa.lpb-bw.de** mit **1,3 Mio. Besuchen**.

695.000 Mal wurden die vier Zeitschriften der LpB heruntergeladen. Während sich „Bürger & Staat“ an ein breiteres Publikum richtet (**205.000 Downloads**), bieten die Zeitschriften „Politik & Unterricht“ (**238.000 Downloads**), „Deutschland & Europa“ (**121.000 Downloads**) sowie „mach's klar“ (**130.000**) Beiträge und Unterrichtsmaterialien speziell für Schulklassen und Lehrkräfte.



8

Anhang

Wer sind wir? Was tun wir? Und mit wem stehen wir in Verbindung? Der Anhang klärt auf.

Organigramm

der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Stand: 1. Januar 2026



Mitglieder des Kuratoriums

Kuratorium 17. Legislaturperiode 2021–2026

Stand: Dezember 2025

Stimmberechtigte Mitglieder

Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg

- ➔ Dr. Susanne Aschhoff MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- ➔ Dr. Alexander Becker MdL, CDU
- ➔ Daniel Born MdL, SPD
- ➔ Ayla Cataltepe MdL, CDU
(Stellvertretende Vorsitzende)
- ➔ Daniela Evers MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- ➔ Alena Fink-Trauschel MdL, FDP/DVP
- ➔ Dr. Marilena Geugjes MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- ➔ Michael Joukov MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- ➔ Dr. Timm Kern MdL, FDP/DVP
- ➔ Christine Neumann-Martin MdL, CDU
- ➔ Thomas Poreski MdL, Bündnis 90/Die Grünen
(Vorsitzender)
- ➔ Dr. Michael Preusch MdL, CDU
- ➔ Christiane Staab MdL, CDU
- ➔ Katrin Steinhilb-Joos MdL, SPD
- ➔ Fadime Tuncer MdL, Bündnis 90/Die Grünen

Sachverständige Persönlichkeiten

- ➔ Dr. Tobias Diemer,
Verbandsdirektor, Volkshochschulverband
Baden-Württemberg e. V., Leinfelden-Echterdingen
- ➔ Prof. Dr. Havva Engin,
Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrations-
forschung und Transkulturelle Pädagogik (Hei-MaT);
Institut für Erziehungswissenschaft, Pädagogische
Hochschule Heidelberg
- ➔ Dr. Sebastian Frieze,
Stellvertretender Direktor, Bildungswerk
der Erzdiözese Freiburg, Freiburg
- ➔ Martina Krattenmacher,
Vorständin, Landesjugendring
Baden-Württemberg e. V., Stuttgart
- ➔ Stefan Küpper,
Geschäftsführer Politik, Bildung und
Arbeitsmarkt, Verband Unternehmer
Baden-Württemberg (UBW) e. V., Stuttgart
- ➔ Monika Stein,
Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft, Landesverband Baden-Württemberg,
Stuttgart
- ➔ Friedhelm Werner,
Bildungsleiter, Bildungswerk für Kommunalpolitik
Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme

Landtag von Baden-Württemberg

- ➔ Landtagsdirektorin Christine Werner
- ➔ Ministerialrätin Christina Arendt,
Leiterin des Referats „Protokoll, Besucherdienst“

Staatsministerium

- ➔ Leitender Ministerialrat Tilo Berner,
Leiter des Referats „Grundsatz und Strategie“
- ➔ Regierungsdirektorin Stéphanie Barth,
Referat „Wissenschaft, Forschung und Kunst,
Erinnerungskultur“

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

- ➔ Ministerialrat Dr. Carsten Rabe,
Leiter des Referats „Jugend“

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)

- ➔ Sibylle Thelen, Direktorin
- ➔ Prof. Dr. Reinhold Weber, Stellvertretender Direktor

Weitere Gremien der Landeszentrale

Redaktion Zeitschrift „Deutschland & Europa“

Stand: Dezember 2025

- ➔ Dr. Gerhard Altmann,
Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am Regierungspräsidium Stuttgart, Gymnasium Friedrich II., Lorch
- ➔ Georg Arnold,
Studiendirektor, Abteilungsleiter am Carl-Laemmle-Gymnasium Laupheim
- ➔ Florian Benz,
Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Lehrbeauftragter am Seminar Esslingen, Remstalgymnasium Weinstadt
- ➔ Jana Deiß,
Studiendirektorin, Abteilungsleiterin am Gymnasium Friedrich II., Lorch
- ➔ Tobias Gerber,
Studiendirektor, Fachberater für Wirtschaft/WBS am ZSL, Lehrbeauftragter am Seminar Karlsruhe, Fichte-Gymnasium Karlsruhe
- ➔ Michael Hofer,
Oberstudienrat, Lehrbeauftragter am Seminar Stuttgart, Stromberg-Gymnasium Vaihingen/Enz
- ➔ Antje Kaz,
Professorin, Fachberaterin für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Fachleiterin am Seminar Rottweil, Ellenrieder-Gymnasium Konstanz
- ➔ Andrea Rall,
Studienrätin, Lehrbeauftragte für Wirtschaft/WBS am Seminar Esslingen, Gymnasium Plochingen
- ➔ Ralf Engel,
Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Mörike-Gymnasium Göppingen, Landeszentrale für politische Bildung (Chefredakteur)
- ➔ Sylvia Rösch,
Landeszentrale für politische Bildung (Redaktionsassistentin)

Redaktion Zeitschrift „Politik & Unterricht“

Stand: Dezember 2025

- ➔ Anja Binder,
Lehrerin für Gemeinschaftskunde und Mathematik, München
- ➔ Dipl.-Päd. Martin Mai,
Besucherdienst des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart, Wilhelm-Lorenz-Realschule, Ettlingen
- ➔ Dipl.-Päd. Holger Meeh,
Akademischer Oberrat, Pädagogische Hochschule, Heidelberg
- ➔ Dr. Wibke Renner-Kasper,
Konrektorin der Schule am Stromberg, Gemeinschaftsschule Illingen-Maulbronn
- ➔ Inga Schlenker,
Studienrätin am Carlo-Schmid-Gymnasium, Tübingen
- ➔ Angelika Schober-Penz,
Oberstudienrätin i. R.
- ➔ Robby Geyer,
Landeszentrale für politische Bildung (Redaktionsleitung)
- ➔ Sylvia Rösch,
Landeszentrale für politische Bildung (Redaktionsassistentin)

Förderbeirat Gedenkstättenarbeit

Stand: Dezember 2025

- ➔ Thomas Stöckle,
Gedenkstätte Grafeneck, Gomadingen
- ➔ Dr. Martin Ulmer,
Geschichtswerkstatt Tübingen, Geschäftsführer
des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb
- ➔ Dr. Nicola Wenge,
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, Ulm

- ➔ Dr. Katrin Hammerstein,
Landeszentrale für politische Bildung
- ➔ Sibylle Thelen,
Landeszentrale für politische Bildung
- ➔ Prof. Dr. Reinhold Weber,
Landeszentrale für politische Bildung

Beirat Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

Stand: Dezember 2025

Abgeordnete

- ➔ Dennis Birnstock MdL, FDP/DVP
- ➔ Ralf Nentwich MdL, Bündnis 90/Die Grünen,
Vorsitzender des Beirates
- ➔ Christine Neumann-Martin MdL, CDU,
Stellvertretende Vorsitzende des Beirates
- ➔ Daniel Lindenschmid MdL, AfD
- ➔ Barbara Saebel MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- ➔ Peter Seimer MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- ➔ Christiane Staab MdL, CDU
- ➔ Katrin Steinhülb-Joos MdL, SPD
- ➔ Andreas Sturm MdL, CDU

Externe Sachverständige

- ➔ Ulrike Hagenbuch
- ➔ Dr. Nils Hirsch
- ➔ Anke Kiefert
- ➔ Vanessa Kieser
- ➔ Hartmut Majer
- ➔ Volker Philippin
- ➔ Ralf Michael Röckel
- ➔ Martina Schiller
- ➔ Sibylle Thelen
- ➔ Lisa Welzhofer

Beratende Mitglieder

- ➔ Theresa Ritzer,
Landtag von Baden-Württemberg
- ➔ Julia Hacker,
Landeszentrale für politische Bildung
- ➔ Andreas Schulz,
Landeszentrale für politische Bildung

Gremium zur Auswahl der Förderpreise

- ➔ Dr. Nils Hirsch,
Studienrat, Remstal-Gymnasium Weinstadt
- ➔ Ralf Nentwich MdL,
Bündnis 90/Die Grünen (Vorsitzender)
- ➔ Christine Neumann-Martin MdL,
CDU (Stellvertretende Vorsitzende)
- ➔ Theresa Ritzer,
Landtag von Baden-Württemberg
- ➔ Julia Hacker,
Landeszentrale für politische Bildung
- ➔ Andreas Schulz,
Landeszentrale für politische Bildung
- ➔ Sibylle Thelen,
Landeszentrale für politische Bildung

Steuerungsgruppe der Servicestelle Friedensbildung

Stand: Dezember 2025

- ➔ Sibylle Thelen,
Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
- ➔ Prof. Uli Jäger,
Senior Associate für Friedenspädagogik,
Berghof Foundation
- ➔ Anne Kruck,
Head of Unit Peace Education, Berghof Foundation
- ➔ Robert Feil,
Referent für Demokratiebildung, Referat 21
„Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten der
Lehrerbildung, Landeslehrerprüfungsamt,
schulische Querschnittsthemen“, Ministerium
für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- ➔ Dr. Thomas Nielebock,
AkadOR a. D., ehemals am Institut für Politikwissen-
schaft im Bereich Friedensforschung/Internationale
Beziehungen, Eberhard Karls Universität Tübingen
- ➔ Dr. Richard Bösch,
Geschäftsführer und Bildungsreferent,
pax christi Rottenburg-Stuttgart
- ➔ Klaus Pfisterer,
Deutsche Friedensgesellschaft –
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK),
Landesverband Baden-Württemberg

Beirat der Servicestelle Friedensbildung

Stand: Dezember 2025

- ➔ Corinna Blume,
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Baden-Württemberg
- ➔ Silvia Bopp,
Friedenswerkstatt Mutlangen e. V.
- ➔ Dr. Richard Bösch,
pax christi Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
- ➔ Dr. Ursula Carle,
Friedensregion Bodensee e. V.
- ➔ Robert Feil,
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg
- ➔ Martina Fischer,
Friedensregion Bodensee e. V.
- ➔ Volker Haury,
Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee
- ➔ Martin Hurter,
Bischöfliches Jugendamt der Diözese
Rottenburg-Stuttgart
- ➔ Prof. Uli Jäger,
Berghof Foundation
- ➔ Anne Kruck,
Berghof Foundation
- ➔ Stefan Maaß,
Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Kinder-
und Jugendwerk Baden
- ➔ Robert Macke,
Alt-Katholische Kirche in Baden-Württemberg
- ➔ Hanna Maier-Gschwend,
Friedensbündnis Esslingen
- ➔ Eva Masurowski,
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Landesverband Baden-Württemberg
- ➔ Jürgen Menzel,
act for transformation gem. eG
- ➔ Dr. Thomas Nielebock,
ehemals am Institut für Politikwissenschaft,
Eberhard Karls Universität Tübingen
- ➔ Klaus Pfisterer,
DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg
- ➔ Sabine Renelt,
Landesjugendring Baden-Württemberg e. V.
- ➔ Franziska Schopf,
Abteilung Jugendpastoral des Erzbischöflichen
Seelsorgeamtes der Erzdiözese Freiburg
- ➔ Pfarrer Stefan Schwarzer,
Friedenspfarramt der Evangelischen Landeskirche
in Württemberg
- ➔ Sibylle Thelen,
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
- ➔ Renate Wanie,
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden
- ➔ Markus Weber,
pax christi Diözesanverband Freiburg

Mitgliedschaften in externen Gremien

Stand: Dezember 2025

Mitarbeitende der Landeszentrale sind in folgenden externen Gremien vertreten:

- ➔ Beirat Demokratiezentrum Baden-Württemberg (Felix Steinbrenner)
- ➔ Beirat der Salmengespräche, Kultur- und Erinnerungszentrum „Salmen“, Offenburg (Sibylle Thelen)
- ➔ Beirat der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung (Angelika Barth)
- ➔ Beirat des Europa Zentrums Baden-Württemberg (Sibylle Thelen)
- ➔ Beirat des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Beirat Dokumentationszentrum Nationalsozialismus Freiburg (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Beirat Projekt Lernort Weiße Rose in Ulm (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Beirat teamGLOBAL (Robby Geyer)
- ➔ Beirat Zentrale Stelle – Zukunftskonzept „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ (Sibylle Thelen)
- ➔ Beratendes Mitglied des „Runden Tisches gegen Rassismus“ der Stadt Heidelberg (Regina Bossert)
- ➔ Beraterkreis der Muslimischen Akademie Heidelberg i. G. (Sibylle Thelen)
- ➔ Bundesarbeitsgemeinschaft „Aufsuchende politische Bildung“ (Daniel Can)
- ➔ Bundesarbeitsgemeinschaft „Politische Bildung Online“ der Landeszentralen für politische Bildung (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Bund-Länder-Austausch Erinnerungskultur (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Bündnis für Demokratie und Menschenrechte Baden-Württemberg (Sibylle Thelen)
- ➔ Bündnis für Lebenslanges Lernen Baden-Württemberg (Sabine Keitel, Sibylle Thelen)
- ➔ Fachbeirat DeRex – Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention im Rems-Murr-Kreis (Felix Steinbrenner)
- ➔ Fachbeirat Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg, konex (Felix Steinbrenner)
- ➔ Fachbeirat Zentrum für Kulturelle Teilhabe, Baden-Württemberg, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Sibylle Thelen)
- ➔ Fachkommission „Geraubte Kinder im Südwesten“ der Landesregierung Baden-Württemberg (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ FÖJ-Denkwerkstatt in Baden-Württemberg (Steffen Vogel)
- ➔ FÖJ-Träbergemeinschaft Baden-Württemberg (Steffen Vogel)
- ➔ Förderbeirat Lernort Kislau (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Förderverein Ökologische Freiwilligendienste (Steffen Vogel)
- ➔ Gutachtergruppe des Fördervereins Ökologische Freiwilligendienste (FÖF) zur Prüfung und Erteilung des FÖF-Qualitätssiegels (Max Kemmner)
- ➔ Initiative Allianz für Beteiligung (Sibylle Thelen)
- ➔ Initiative MedienFokus BW (Martina Peao)
- ➔ Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg (Prof. Dr. Reinhold Weber, ordentliches Mitglied)
- ➔ Kuratorium der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Prof. Dr. Reinhold Weber, ordentliches Mitglied)
- ➔ Kuratorium des Deutsch-Türkischen Forums Stuttgart e. V. (Sibylle Thelen)
- ➔ Kuratorium der Evangelischen Akademie Bad Boll (Sibylle Thelen)
- ➔ Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit (Amira Sadat, Felix Steinbrenner)
- ➔ Landesnetzwerk Politische Bildung Baden-Württemberg, koordinierende Funktion (Sibylle Thelen, Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Leitungskonferenz der Zentralen für politische Bildung (Sibylle Thelen)
- ➔ Lenkungsausschuss konex des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg (Sibylle Thelen)
- ➔ Mitgliederversammlung Landeskomitee der Europäischen Bewegungen in Deutschland (Sibylle Thelen, Thomas Schinkel)
- ➔ Mitglied im Ludwigsburger Innenstadtverein LUIS e. V. (Außenstelle Ludwigsburg)
- ➔ Mitglied im Tübinger Bildungsnetzwerk (TüBi) (Außenstelle Tübingen)
- ➔ Museumsbeirat Museum zur Geschichte von Christen und Juden Laupheim (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Netzwerk Gleichstellung Baden-Württemberg (Beate Dörr)
- ➔ Programmbeirat „Hotel Silber“ Stuttgart (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Programmrat für Soziokultur im Scala Ludwigsburg (Thomas Franke)
- ➔ Projektbeirat (Post-)Migrationsbewusste Ansätze für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit (Felix Steinbrenner)
- ➔ Rat für Migration, bundesweiter Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur kritischen Begleitung der Politik in Fragen von Migration und Integration (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Ressortkreis des Beauftragten gegen Antisemitismus des Landes Baden-Württemberg (Dr. Katrin Hammerstein, Felix Steinbrenner)
- ➔ Runder Tisch „Hotel Silber“ Stuttgart (Dr. Katrin Hammerstein)

- ➔ Steuergruppe zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung zur Förderung historisch-politischer Bildung an außerschulischen Geschichtsorten (Cornelius Kückelhaus)
- ➔ Stiftungskomitee Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel (Beate Dörr)
- ➔ Stiftungsrat der Stiftung Hospitalhof, Stuttgart (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Taskforce Desinformation (Dr. Konstantin Broese, Martina Peao)
- ➔ Taskforce gegen Hass und Hetze (Tobias Rieger, Felix Steinbrenner)
- ➔ Vergabegremium zur Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland durch Mittel des Landes Baden-Württemberg im Programm „bwirkt! Ausland“ (Dr. Julia Hagen)
- ➔ Vertretung der Landeszentrale beim Partnerprojekt LEO-BW (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Vorbereitungsgruppe Gedenkstunde des Landtags zum 27. Januar (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Wissenschaftlicher Beirat der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Wissenschaftlicher Beirat des Mannheimer NS-Dokumentationszentrums im „Marchivum“ (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- ➔ Wissenschaftlicher Beirat Lernort Kislau (Dr. Katrin Hammerstein)
- ➔ Württembergische Bibliotheksgesellschaft (Sibylle Thelen, Mitglied im Vorstand)

Adressen der Zentralen für politische Bildung

- ➔ **Bundeszentrale für politische Bildung**
Bundeskanzlerplatz 2,
53113 Bonn,
www.bpb.de
- ➔ **Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit**
Englschalkinger Straße 12,
81925 München,
www.blz.bayern.de
- ➔ **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**
Heinrich-Mann-Allee 107,
Haus 17, 14473 Potsdam,
www.politische-bildung-brandenburg.de
- ➔ **Berliner Landeszentrale für politische Bildung**
Hardenbergstraße 22-24,
10623 Berlin,
www.berlin.de/politische-bildung
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung Bremen**
Birkenstraße 20/21,
28195 Bremen,
www.lzpb-bremen.de
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung Hamburg**
Dammtorstraße 14,
20354 Hamburg,
www.hamburg.de/politische-bildung
- ➔ **Hessische Landeszentrale für politische Bildung**
Mainzer Straße 98-102,
65189 Wiesbaden,
www.hlz.hessen.de
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern**
Jägerweg 2, 19053 Schwerin,
www.lpb-mv.de
- ➔ **Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung**
Georgsplatz 18/19,
30159 Hannover,
www.demokratie.niedersachsen.de
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen**
Völklinger Straße 4,
40219 Düsseldorf,
www.politische-bildung.nrw.de
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz**
Kaiserstraße 22,
55116 Mainz,
www.lpb.rlp.de
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes**
Trierer Straße 2-4,
66111 Saarbrücken,
www.saarland.de/lpb/DE/Home
- ➔ **Sächsische Landeszentrale für politische Bildung**
Schützenhofstraße 36,
01129 Dresden,
www.slpb.de
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt**
Leiterstraße 2,
39104 Magdeburg,
www.lpb.sachsen-anhalt.de
- ➔ **Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein**
Karolinenweg 1,
24105 Kiel,
www.politische-bildung.sh
- ➔ **Landeszentrale für politische Bildung Thüringen**
Regierungsstraße 73,
99084 Erfurt,
www.lztthueringen.de

Impressum

Herausgegeben von der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg (LpB)

Direktion:
Sibylle Thelen

Redaktionsleitung:
Nicole Lang

Redaktionsteam:
Nicole Lang, Klaudia Saupe,
Sibylle Thelen, Prof. Dr. Reinhold Weber

Anschrift:
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
Besucheradresse: Heilbronner Straße 35
Postanschrift: Vordernbergstraße 6
70191 Stuttgart

Kontakt:
Telefon: 0711/164099-0
E-Mail: lpb@lpb-bw.de
Internet: www.lpb-bw.de



Gestaltung:
VH-7 Medienküche GmbH
Kreuznacher Straße 62
70372 Stuttgart
www.vh7.de

Druck:
Wahl-Druck GmbH
Carl-Zeiss-Straße 26
73431 Aalen
www.wahl-druck.de

Auflage:
1.000 Exemplare
Druckprodukt mit finanziellem Klimabeitrag.
Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier.

Bilder:
LpB, soweit nicht anders angegeben.
Ricardo Resende | unsplash: Seite 8
Steffen Roller: Seite 28
Pxhere: Seite 32
Rioyu Li: Seite 43
freeillustrated | pixabay: Seite 44
Adobe Stock: Titelbild und Seiten 1, 4 (KI-generiert), 5, 11, 12, 16, 17, 26, 30,
31, 35, 36, 38, 52, 53, 56, 60, 64

Alle in diesem Geschäftsbericht enthaltenen externen Links begründen keine inhaltliche Verantwortung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB), sondern sind allein vom jeweiligen Dienstanbieter zu verantworten. Die LpB hat die verlinkten externen Seiten zum Zeitpunkt dieser Publikationsveröffentlichung sorgfältig überprüft. Mögliche Rechtsverstöße waren dabei nicht zu erkennen. Auf spätere Veränderungen haben wir keinen Einfluss. Eine Haftung der LpB ist daher ausgeschlossen.

Stuttgart, Juli 2026



www.lpb-bw.de



lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg